april

konkret

4/77 - DM 3,50

C4143 EX

FEMINISMUS 77

Schwach auf der Brust

Robert Jungk:

Der totale Atomstaat

Interview mit Bürgerrechtler Wüstenhagen

Luis Corvalan: „Ich gehe zurück zu Pinochet!"

Reinhard Lettau
Wolfgang Abendroth
Günter Amendt
Rudi Dutschke
Walter Boehlich

Italien Lire 1400
Holland hfl 4.25
Schweiz sfr 3.80
Österreich S 28,–

Die ist von Knopf bis Fuß auf ewig eingestellt.

Ein Knopf, der ewig hält. Ein Stoff, der ewig sitzt. Ein Reißverschluß, dem das ewige Rauf und Runter nichts ausmacht: Wenn Sie eine kritische Einstellung zu Jeans haben, wird Ihnen Wrangler gefallen. Denn Wrangler ist Qualität. Die echten Wrangler Jeans & Jackets gibt es in allen möglichen Formen, Farben und Größen.

Wrangler®

Home office: Greensboro North Carolina USA.

konkret

Monatszeitschrift für Politik und Kultur · Hamburg, 31. März 1977 · Heft 4/77

KONKRET-Autoren: Wolfgang Abendroth · Günter Amendt · Wolf Biermann · Norbert Blüm · Walter Boehlich · Heinrich Böll · Martin Buchholz · Peter O. Chotjewitz · Franz Josef Degenhardt · F. C. Delius · Rudi Dutschke · Bernt Engelmann · Hans Magnus Enzensberger · Hubert Fichte · Erich Fried · Gerd Fuchs · Max von der Grün · Peter Hamm · Karl-Heinz Hansen · Wolfgang Harich · Günter Herburger · Alexander von Hoffmann · Jörg Huffschmid · Walter Jens · Yaak Karsunke · Franz Xaver Kroetz · Hans Matthöfer · Günther Nenning · Peggy Parnass · Karl W. Pawek · Hermann P. Piwitt · Peter Schneider · Alice Schwarzer · Klaus Staeck · Horst Tomayer · Henning Venske · Günter Wallraff · Martin Walser · Peter Paul Zahl

Inhalt

KONKRET-Intern 4

Leserbriefe 4

Die Tyrannei kommt sanft daher 20
von Robert Jungk

Jetzt kommt es auf die Gewerkschaften an 21
KONKRET-Interview mit Umweltschützer Hans-Helmuth Wüstenhagen

Aktion Verfassungs-Müll 24
Alexander von Hoffmann über einen ganz normalen Abhörskandal

Die Wahrheit über die Ämter 25
Wolfgang Abendroth rezensiert ein Buch über den Verfassungsschutz

„Zum Lichte empor" Staeck-Plakat zum 1. Mai 29

Luis Corvalan: Warum ich ja zu Moskau sage 30
Interview mit dem Generalsekretär der KP Chiles

Martin Walser: Der Grund zur Freude 42
VIII. Teil der Sprüche zur Erbauung des Bewußtseins

Der rote Faust 44
Martin Buchholz über Hanns Eislers „Johann Faustus"

Die Tagesschau 46
oder: Wie eine Meinung in einem Volk entsteht (2. Teil)

Ich habe gelesen 48
Rudi Dutschke stellt vier linke Zeitschriften vor

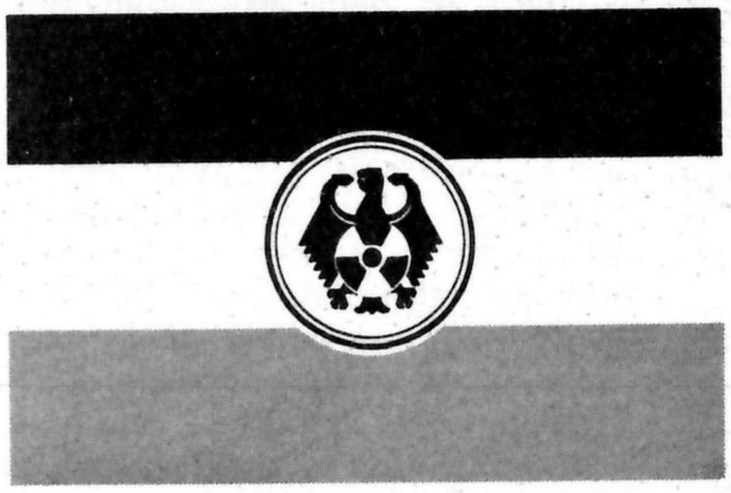
Zeigt es ihnen! 49
Karl W. Pawek beschreibt die Möglichkeiten, die ein neues Medium bietet: Video

Plattentips 54

Heiteres Berufsverbote-Raten 56
von Georg Bungter und Hans Conrad Zander

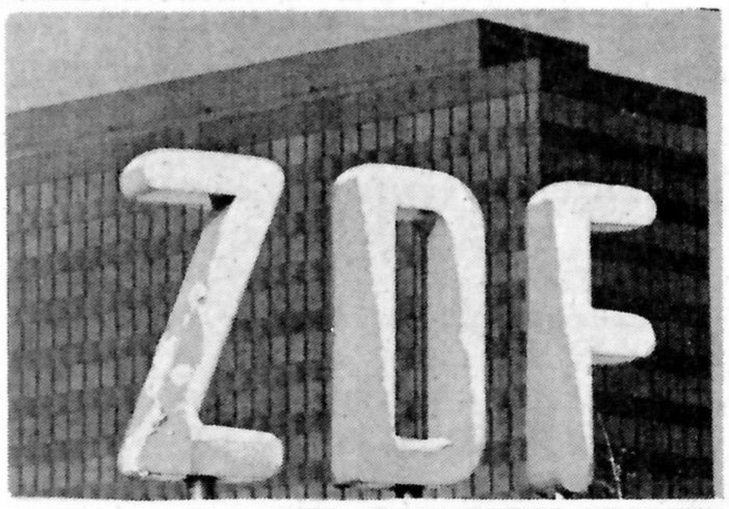
KONKRET ex-press 58

Feminismus '77: Schwach auf der Brust 8
Wie schwach und warum, untersucht Hartmut Schulze, ergänzt durch ein „Interview" mit August Bebel; Lottemi Doormann nimmt sich einer neuen „Brigitte"-Aktion an; Günter Amendt schreibt über Feminismus und Homosexualität



Ernsthafter Versuch, die Verfassung der Verfassungswirklichkeit anzupassen 26
Immmer noch lügt das Grundgesetz. Zum Beispiel mit der Behauptung, daß seine ersten Artikel, die Grundrechte, ebenso unantastbar seien wie die Menschenwürde. Walter Boehlich will die Verfassung der BRD glaubwürdiger machen.

KONKRET-Magazin 33
Hans Kirchmann stellt einen US-Gewerkschafter mit Klassenbewußtsein vor: Einer spielte kein Golf; Lothar Neuse berichtet vom Prozeß gegen Karl-Heinz Roth: Der Mörder war wieder der Linke; über die Nazis von Mainz schreibt Wolfgang Klein und Markus Köln enthüllt neue Praktiken der Pharma-Industrie: Goldenes Copyright.



Die Barbarei des Feingeistes 40
Mit dem neuen Intendanten Karl-Günther von Hase und dem Programmdirektor Dieter Stolte ist für die CDU „die Spitze des Zweiten Deutschen Fernsehens optimal besetzt". So optimal wie unter Intendant Holzamer. Pawel Klinger zeigt mit seinem Holzamer-Porträt, was das bedeutet.

Deutschland als Ausland 52
Reinhard Lettau („Täglicher Faschismus") lebt seit vielen Jahren in den USA. Bei einem Besuch in der Bundesrepublik sah er ein Deutschland, das wir vor lauter Deutschen nicht mehr sehen.

Neuer Konkret Verlag GmbH,
Rentzelstraße 7, 2000 Hamburg 13, Telefon (040) 44 32 53–54

Herausgeber und Chefredakteur (verantwortlich für den Inhalt):
Hermann L. Gremliza

Redaktion: Hartmut Schulze (Politik), Ingrid Krüger (Kultur), Georg von Kieseritzky (Layout), Uwe Herzog · Verlagsleiter: Manfred Schachtschneider · Anzeigenleitung (Verantwortlich für den Inhalt der Anzeigen): Ulrich Alberti

Jahresabonnemt DM 42,– frei Haus incl. Mehrwertsteuer, im Ausland zusätzlich Porto, Abonnement-Bestellung bitte an: Deutscher Presse Vertrieb, Wendenstraße 27–29, Postfach 10 16 06, 2000 Hamburg 1 · Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 21 vom 1. 1. 1977 · Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Konto-Nr. 11 806 256 · Postscheckkonto Hamburg, Konto-Nr. 3840 30-202 · Druck: Druckerei Erwin Jungfer, Herzberg am Harz · Satz: Studio für Textverarbeitung, Neumann-Reichardt-Str. 27–33, Haus 14, 2000 Hamburg 70 · Vertrieb: IPV Inland Presse Vertrieb GmbH, Wendenstr. 27–29, 2000 Hamburg 1

konkret intern

Offenbach, Stadthalle, 8. März. Auf Einladung der Sozialistischen Jugend „Die Falken", Bezirk Hessen-Süd, treten zur Solidaritätsveranstaltung „Gemeinsam gegen rechts" an: Wolf Biermann; der Theoretiker der Juso-Linken, Detlef Albers; der verantwortliche Redakteur des „Berliner Extra-Dienst", Carl L. Guggomos. Alle drei sind KONKRET-Autoren, der vierte, Günter Wallraff, konnte nicht kommen. Für ihn sprang KON-

KONKRET-Autoren: Biermann (l.), Guggomos

KRET-Herausgeber Gremliza ein. Biermann entschuldigte Wallraff bei den rund 4000 Besuchern: Der Reporter sei gerade wieder einschlägig tätig, irgendwo im Süden. Er lasse grüßen und bestellen, er halte unterschiedliche Positionen zur Ausweisung Biermanns aus der DDR nicht für einen akzeptablen Grund, die Gemeinsamkeit in den Initiativen gegen das Berufsverbot zu sprengen. Bevor Protest bei den in großer Zahl angereisten Spontis aller Arten aufkommen konnte, stellte sich Biermann hinter die Wallraff-Erklärung. Es sieht so aus, als kämen einige Leute, die Biermann flugs vor ihren antikommunistischen Karren spannen wollten, noch in ziemliche Schlamastik – mit Schwejk zu sprechen.

Drei Tage zuvor: Juso-Pressefest in Westberlin. Zum Thema „Innere Pressefreiheit" diskutierten unter anderen der Bundesvorsitzende der Deutschen Journalisten Union, Eckart Spoo, die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz, die Professoren Erich Küchenhoff und Fritz Eberhard, die Medienexperten Manfred Kötterheinrich und Axel Zerdick, der Medienberater des SPD-Schatzmeisters Dröscher, Klaus-Detlef Funke, und KONKRET-Herausgeber Gremliza. Fazit der Po-

KONKRET-Herausgeber: Gremliza

diumsrunde, vehement vorgetragen von dem achtzigjährigen Fritz Eberhard, der einst zu den (SPD-)Vätern des Grundgesetzes gehörte und später neun Jahre lang Intendant des Süddeutschen Rundfunks war: Die privatwirtschaftliche Organisation der Presse läßt weder innere noch sonstige Pressefreiheit zu, sie ist auch nicht reformierbar. Anzustreben ist ihre Ablösung durch ein öffentlich-rechtliches System.

SPD-MdB Karl-Heinz Hansen und sein KONKRET-Beitrag über die „Grenzen der Selbstachtung" läßt nicht nur die SPD-Rechte nicht ruhen: „In der ‚Deutschen Zeitung' – Christ und Welt" kriegte sich der Kölner Systemjeck Erwin K. Scheuch gar nicht mehr ein: „Wo veröffentlicht wohl Geschichtslehrer Karl Heinz Hansen, schon lange linker Flügel der SPD-Bundestagsfraktion, seine Erklärung, die ‚harte Linke' werde der Regierung bei schwerwiegenden politischen Entscheidungen den Gehorsam verweigern? Selbstverständlich in dem Volksfront-Blatt KONKRET, in dem auch der linke Jochen Steffen gerne schreibt." Scheuch ist einer jener deutschen Professoren, die nicht ausgestorben sind, und als solcher der Wahrheit nicht besonders verpflichtet: Das angebliche Hansen-Zitat von der „harten Linken" taucht in dem Hansen-Beitrag überhaupt nicht auf. Und Jochen Steffen schreibt in KONKRET (leider) weder gerne noch überhaupt. Pro Satz eine Falschbehauptung – das könnte als Maßeinheit in die wissenschaftliche Literatur eingehen als: 1 Scheuch.

KONKRET-Autor Alexander von Hoffmann, Professor für Publizistik an der FU Berlin, schreibt in diesem Heft über den Fall Maihofer. Bei Lektüre der einschlägigen „Spiegel"-Geschichte fiel ihm auf, daß sich Rudolf Augstein darüber mokierte, daß ein Vorstandsmitglied der Kraftwerk-Union sich erboten hatte, eine Vertrauenskrise zu „inszenieren", um den mißliebigen Dr. Traube loszuwerden. Dies Verfahren hätte Augstein bekannt vorkommen müssen: Im Jahre 1971 kündigte ein Verleger den hausinternen Sprecher einer Mitbestimmungskampagne, den er deshalb loswerden wollte, mit der Begründung, das Vertrauen zwischen diesem Redakteur und einigen seiner Kollegen sei heillos zerrüttet. Der Verleger hieß Augstein. Der Redakteur: Alexander von Hoffmann.

Auf Seite 29 steht diesmal ein Poster zum 1. Mai von Klaus Staeck. Dessen Arbeiten werden zukünftig häufiger in KONKRET erstveröffentlicht. Staeck hat dafür ein anderweitiges Engagement abgebaut – ein Jahr nach Günter Wallraff, aber aus ähnlichen Gründen.

Zusatz: Vor kurzem erschien in einer Hamburger Zeitschrift für Popolitik „exklusiv" ein „Geheimpapier aus der SED". In einem offenen Brief solidarisierten sich „oppositionelle Mitglieder der SED" mit Wolf Biermann. Das „exklusive" Papier war gleichzeitig einem guten Dutzend anderer Blätter (darunter KONKRET) zugegangen, die allesamt keinen Gebrauch davon machten. Auch Biermann bekam ein Exemplar – per Boten, dem er auf den Kopf zusagte: „Das ist nicht aus der DDR. Das habt Ihr selbst gemacht!" Man mußte nicht Biermann sein, um die Quelle zu erkennen: Einen freien Mitarbeiter einer Westberliner CIA-Filiale.

Briefe

Aufs Brot

In KONKRET 3/77 schrieb Karl W. Pawek über Fluch und Segen des „Eurokommunismus". In einer Glosse hierzu wehrte sich Michael Scharang gegen „käsige ideologische Gesundbeter"

Ich fragte im letzten KONKRET-Heft: „Kommunismus – wie hätten Sie's denn gern?" und versuchte in einem Artikel eine Antwort drauf zu geben. Die KONKRET-Redaktion wollte mit ihrem Wissen nicht hinterm Berg halten und stellte sich in Form eines Bildtextes ihrerseits mit einer Antwort ein: „Ja, so hätten wir's alle gern – mit menschlichem Antlitz." So haben sie ihn mir also aufs Brot geschmiert, den Kommunismus mit menschlichem Antlitz. Ich beiße gern hinein und frage weiter: „Gremliza – wie hätten Sie ihn denn gern?" Und werde meinerseits vorlaut: „Ja, so hätten wir ihn alle gern – mit kommunistischem Antlitz." Er müßte dann von einer Schönheitskonkurrenz zur anderen eilen und hätte nicht mehr so viel Zeit, mit Zusatztexten anderen den Text umzudrehen.

Michael Scharang
Wien

Och, Michael, hätten wir die Bildunterschrift denn wirklich kursiv drucken müssen?

Die Red.

Dank für den klaren und spekulationsfreien Artikel von Karl W. Pawek über den „Eurokommunismus", der, ähnlich wie Michael Scharangs Beitrag, endlich auch einmal die Bedingungen berücksichtigt und in Rechnung stellt, unter denen in Frankreich / Italien / Spanien diese Diskussion entstanden ist und geführt wird. Und im Zusammenhang damit auch die Bedeutung, die die Eurokommunismus-Debatte bei uns haben soll – wenn sie uns von interessierter bürgerlicher und sozialdemokratischer Seite aufgezwungen wird; und welche positive Bedeutung sie haben kann – wenn wir sie richtig anpacken und verarbeiten. Dazu noch ein Tip: Ihr habt bei Euren Literaturhinweisen „zum Weiterlesen" den aktuelleren sowjetischen „Klassiker" zum Thema nicht aufgeführt: „Probleme der Kommunistischen Weltbewegung", 1976 ebenfalls im Verlag Marxistischer Blätter auf Deutsch erschienen und für 8,50 Mark zu erstehen.

Holger Schmale
Westberlin

Noch eine Ergänzung zu den Buch-Hinweisen: Das Proto-

koll der Berliner Konferenz ist in der Ausgabe des Dietz-Verlages jetzt wieder in allen „Collectiv"-Buchhandlungen oder beim Brücken-Verlag, Akkerstr. 3, 4000 Düsseldorf, erhältlich (320 Seiten, 4,75 Mark).

Die Red.

Aber, aber, meine Daumen

Die Leserreaktion auf Brigitte Rohkohls „Emma"-Kritik (KONKRET 2/77) entspricht – leider – den Erwartungen der Redaktion

Der strahlende Rosenkohl, der euch die Kritik geschrieben hat, ist genau so ein behämmertes Wesen, wie die Typinnen, die mich in den großen Zeitungen geärgert haben. „Emma" will und wird die Frauen ansprechen, die noch kaum mit dem intellektuellen Touch der Linken vertraut sind, darum ist sie den Brigittes so ähnlich, aber der Mantel birgt ein erfolgversprechendes Konzept, das mehr Kopfschmerzen in den Chefetagen der Modezeitschriften und Frauenschleimblätter bereiten wird, als je ein anderes linkes Projekt. Ich drücke sicher im Namen vieler Genossen diesem mutigen Projekt und Alice Schwarzer alle meine Daumen.

Reimar Stenzel
Lahn 1

Frau Schwarzer als die schwärzeste Schwarzer zu bezeichnen, ist nicht nur falsch, sondern schlicht eine politische Dummheit. Verbirgt sich dahinter vielleicht die grundsätzliche Ablehnung feministisch orientierter Initiativen? Soll die Frauenbewegung (für die Linke) denn die gleiche Rolle spielen wie die Bürgerinitiativen nach Wunsch der Politiker für den kapitalistischen Staat: nämlich – wie es immer heißt – ein Problem ins öffentliche Bewußtsein rücken, die Entscheidungen aber den „Sachverständigen der richtigen Perspektive" überlassen?

H. Ott
Hamburg

Für die „Emma"-Rezensentin Frau Rohkohl dürfte folgendes von Interesse sein: „Emma" wird entgegen anderslautenden Gerüchten nicht heimlich von Gruner & Jahr finanziert, sondern klammheimlich vom Institut der Deutschen Wirtschaft. Unrichtig ist, daß die Dame Pinl den Herrn Abs durch Frau Abs ersetzen möchte. Richtig ist vielmehr, daß Frau Abs schon des längeren einen Beraterinnen-Vertrag mit der „Emma"-Redaktion hat. Auch klammheimlich versteht sich.
Ohne Kenntnis dieser Tatsachen mußte Frau Rohkohls Einschätzung, die Emma-Damen kriegten es fertig, jedem Thema eine reaktionäre Seite abzugewinnen, etwas gewagt erscheinen. Diese nicht allgemein bekannten Zusammenhänge rechtfertigen aber die Rohkohl-These auf's schönste: „Emma" ist eine Verschwörung des Großkapitals, um die Frauen dem Klassenkampf abspenstig zu machen.

Claudia Pinl
Köln

Tiefer bohren

Etlichen Lesern wird die Autoren-Diskussion auf den Forum- und anderen KONKRET-Seiten zu viel

Verkümmert KONKRET zum Debattierzirkel für In-group-Probleme? Wen interessiert es denn schon außerhalb eines kleinen Klüngels, ob der Borneman und die Janssen-Jurreit nicht miteinander können und warum nicht! Oder Wagenbach: Da darf man nicht einfach Yaak Karkunke den Wagenbach kritisieren lassen, da muß auch Klaus Wagenbach Gelegenheit erhalten, Y. K. zu kritisieren. Dabei erfährt der geneigte Leser so faszinierende Dinge wie die persönlichen Verdrückungen, die Y. K. laut K. W. bei seiner Kritik an K. W. geleitet haben. Ich schlage vor, tiefer zu bohren und eine Kritik von Y. K. an K. W. zu veröffentlichen. Gegen diese Kritik könnte dann Günter Herburger Klaus Wagenbach in Schutz nehmen, was wiederum Martin Walser auf den Plan rufen würde und so weiter. Und schon wäre eine Reihe linker Autoren aufs possierlichste beschäftigt.

Gerd Menzel
Bremen

Dutschke:Pawek, Wagenbach:Karsunke, Schwarzer:Rohkohl – das ist keine kritische Solidarität mehr, sondern Profilierungswille um jeden Preis. Die Notwendigkeit zusammenzuhalten, sich gegenseitig zu ermutigen, scheint

Nr. 53 – Nov '76 Handlungsmöglichkeiten und alternative Aktionsformen an der Uni / Der ‚neue Student' und die alternde Linke / Oldenburger Fahrraddemonstration / Anarchistische Erkenntnistheorie? – Rezension zu Duerr und Feyerabend

Nr. 54 – Febr. '77: Erinnerungen an einige Besonderheiten deutscher Geschichte / Kampf um Verfassungspositionen und sozialistische Politik / Erwitte: Arbeitskampf und Frauenbefreiung / „Zittert, zittert, die Hexen sind wieder da": Extreme Linke und Frauenbewegung in Italien

Nr. 55 – April '77: geplant sind Artikel zu Schule, Hochschule und neuen Organisationsformen von Studenten: Uni als Fabrik – Taylorisierung der Uni / , Außeruniversitäre Projekte ' als Organisation des studentischen Lebenszusammenhanges und als Kritik des Systems der Berufe / Situation arbeitsloser Akademiker / Schülerbewegung

POLITIKON

Abo: (4 Hefte + Vers.): DM 7,– / (6 Hefte + Ver.): DM 10,– / (8 Hefte + Vers.): DM 12,– – Abo-Preis bitte mit dem Vermerk: Politikon – Abo ab Nr. . . auf das Pschkto Hannover 87377 (Politikon) einzahlen

Probeexemplare können bestellt werden bei der Redaktion Politikon, 34 Göttingen, Postfach 640. Bitte Rückporto (min. 70 Pf. in Briefmarken) beifügen.

Briefe

nicht recht begriffen worden zu sein.

Horst Kietzmann
Wuppertal

Rosenbaum

In Heft 2/77 schrieb Peggy Parnass über die Haftverschonung für den NS-Verbrecher Rosenbaum („Auge um Auge")

Die Zahl derer, die wehrlose Menschen umgebracht haben und die heute ungestört unter uns leben, ist Legion. Und die, die es akzeptiert haben, nicht dagegen gekämpft haben? Was ist mit denen? Gäbe es Peggy Parnass' Artikel nicht, ich hätte es okay gefunden, den Rosenbaum eines Tages rauszulassen. Weil ich dafür bin, daß alle rauskommen, die Knäste abgerissen oder umfunktioniert werden.

Peter Milberg
Frankfurt

Ich bekomme immer richtige Magenstiche, wenn ich lese, wie glimpflich solche menschenartigen Bestien davonkommen, die ausgelieferte Menschen peinigen konnten, wie sie wollten. Wie kann man da überhaupt an „lange genug her" denken oder gar an „Resozialisierung"!

Hans Günther Stemmler
Herschbroich

Kleinkariert

In KONKRET 2 und 3/77 nahmen Yaak Karsunke und Verleger Klaus Wagenbach selbst zum „Krach bei Wagenbach" Stellung.

Sind die einfallsreichen Feldzüge gegen den linken Verleger Klaus Wagenbach – nun auch in KONKRET – ein Anzeichen dafür, daß der antikapitalistische Kampfgeist endlich wieder erwacht? Allerdings wüßte ich einige kapitalistische Betriebe, die sogar noch größer und gefährlicher sind als der Verlag Klaus Wagenbach, wenn auch vielleicht nicht ganz so leicht zu bekämpfen. Jedenfalls wollen einige meiner Freunde und ich aus opportunistischen Gründen weiter bei Wagenbach veröffentlichen, obwohl es an Angeboten anderer „bürgerlicher" Verlage nicht fehlt. Aber im Ernst: Klaus Wagenbach hat sich offenbar gegenüber einigen Mitarbeitern (ich meine nicht Wolfgang Dressen) im Verlag danebenbenommen. Ich meine, weniger auf Grund seiner Position als Verleger, sondern weil er durch Angriffe auf ihn außerhalb des Verlages schon einigermaßen mitgenommen war. Wie aber derzeit gegen ihn gehetzt und gestichelt wird – von ganz verschienenen Seiten und zum Teil mit ausgesprochen unwahren Begründungen – das ist kleinkariert und unter aller Kritik.

Erich Fried
London

Die erste Spaltung, 1973, an die heute vielfach erinnert wird, hat der Linken einen weiteren Verlag, den Rotbuchverlag, gebracht, den wir auch nicht mehr missen möchten. Der zweite Verlagskonflikt, 1976, ist keine „Spaltung", sondern bloß noch Gefährdung. Ihr solltet es nicht für selbstverständlich halten, daß der Wagenbach-Verlag durchhält, und Aufforderungen an die Autoren, nicht mehr bei Wagenbach zu publizieren, wie ich sie in einer Alternativzeitung fand, sind zerstörerisch und selbstzerstörerisch. Die herrschende Klasse hat viele Privilegien, das Privileg auf Dummheit hat sie nicht.

Peter Brückner
Hannover

Zugeklappt

Die Februar-Ausgabe von KONKRET muß mal wieder schlimm gewesen sein. So schlimm wie die Wirklichkeit?

Oh, Mann, ich bin mal wieder völlig fertig, total deprimiert und habe einen unheimlichen Haß auf die Welt, die voll von neofaschistischen und reaktionären Elementen ist: Nach etlichen Stunden Lektüre von KONKRET 2/77 bin ich zugeklappt. Ich habe gezählt: von 38 Artikeln waren 36 Berichte von Unterdrückung (zum Beispiel Berufsverbote, Repression), von eigenem Versagen (zerstrittene Linke) oder Schicksalen Einzelner (wie bei Wallraff). Es blieb ein ganzer Beitrag mit positiven Aussichten, und der war ausgerechnet von Johannes Mario Simmel.

Klaus Bonikowski
Bell (Eifel).

Wieso Gesicht?

Anzeigen in KONKRET sind immer wieder beliebter Diskussionsstoff

Nachdem ich die März-Ausgabe gesehen habe, glaube ich, daß Ihr Eintreten für die Emanzipation der Frau nicht ganz ernst gemeint oder zumindest unreflektiert ist. Anders kann ich mir nicht erklären, wie auf den Umschlag eine ganzseitige Anzeige für „Levi's Jeans" kommen kann, die eine Frau „von ihrer besten Seite", nämlich ihren Hintern zeigt. Für Frauen muß dies ein Schlag ins Gesicht sein.

Anette Hautumm
Göttingen

Nicht glaubwürdiger?

Wanke nicht, mein Simmel-Bild, sagten sich viele Leser nach dem KONKRET-Interview in Heft 2/77

Auch wir waren sehr gespannt zu erfahren, ob Simmel nun ein „Geheimsozialist" ist oder nicht. Schon als Udo Lindenberg in KONKRET interviewt wurde, spürten wir, daß hinter Pop-Kommerz auch Klassenkampf stecken kann.

Udo Schaub und
Klaus Grundmann
Rüsselsheim

Zunächst gilt mein Dank Hella Schlumberger, die es möglich gemacht hat, Simmel selbst einige Bemerkungen abzulocken, die seine Kritiker in ihren bisherigen Äußerungen nur bestärken können.
Daß viele Autoren zu Unrecht von sich behaupten, sozialpolitische Themen in einer leicht verdaulichen Verpackung zu liefern, ist nichts Neues. Simmel erreicht zwar in seinen Romanen, daß der Leser erkennt, hier werden Schweinereien begangen; gleichzeitig aber wird ihm durch die mit Spannung und verwirrenden Handlungen überladenen Geschichten suggeriert, daß man nicht in der Lage ist, etwas dagegen zu unternehmen.
Auch durch einen Beitritt zum PDI und einem einer linken Zeitschrift gegebenen Interview wird Simmel nicht glaubwürdiger. Er muß mit seiner Arbeit beim PDI erst beweisen, daß er in der Lage ist, von den „kleinen Leuten" das „kleine" zu abstrahieren.

Ulf Andresen
Hamburg

Wir schreiten ein

In Konkret 1/77 beschrieb Peter Fischer, wie er einen Aufenthalt im Gefängniskrankenhaus Lingen mit Not überstand

Schon vor einiger Zeit haben wir uns mit Mißständen in der JVA Lingen befaßt. Im Frühjahr 76 wurde zum Beispiel dem Strafgefangenen Wilfried Kiel verboten, die Zeitschrift KONKRET zu beziehen. Unsere Beschwerden wurden allerdings durch rechtliche Balanceakte der Anstaltsleitung und des Präsidenten des Justizvollzugsamtes in Celle boykottiert. Mit Empörung haben wir jetzt den Artikel „Ich freue mich, daß ich noch lebe" gelesen. Bei den hier geschilderten Haftbedingungen und vor allem den hygienischen Umständen halten wir es für unsere Pflicht, einzuschreiten. Entsprechende Proteste und Eingaben sind in Vorbereitung.

Lutz Fischmann
Juso-Ortsverein Lingen

Stammbaum-Entsorgung

Winfried Thomsen korrigiert seine Skizze der verwandtschaftlichen Beziehungen in der „Atom's Family" (KONKRET 2/77)

Fehler im Reaktor? Nie. Fehler aber – trotz Scheck und Gegenscheck – beim Entwirren atomfamilienchronischer Wahlverwandtschaften (Atom's Family, KONKRET 2/77). Nicht die URANGESELLSCHAFT MBH ist mit 12 % eine Stiefmutter von NUKEM, sondern die METALLGESELLSCHAFT AG ist mit gleichem Anteil dessen Stiefvater. Dadurch ergeben sich in der Stammtafel u. a. diese Veränderungen:
Herr METALLGESELLSCHAFT ist Schwiegervater der SIEMENS-Tochter KWU und als Enkel von SIEMENS zugleich Sohn seiner Schwiegertochter. SIEMENS ist der Großvater des Schwiegervaters seiner Tochter. Nicht nur der BUND und SIEMENS sind Großväter der NUKEM-Tochter RBG, sondern auch SIEMENS-Enkel METALLGESELLSCHAFT ist Großvater der Enkelin seines Großvaters, womit SIEMENS der Großvater seiner Enkelin und so sein eigener Großvater ist. Die VEBA wiederum ist verheiratet mit dem Sohn des Enkels des Schwiegervaters ihres Mannes; der Vater ihres Mannes ist gleichzeitig der Vater ihrer Tochter und Urenkelin URANGESELLSCHAFT, ihr Schwiegervater sowie Großvater ihrer Töchter KEWA und URANIT. METALLGESELLSCHAFT aber ist auch Vater der Tochter der Frau seines Sohnes. Der BUND ist Vater von SIEMENS, dessen Sohn und sein eigener Großvater.

Winfried Thomsen
Standesbeamter

Zweitausendeins No 9.
„Die größte Bluessängerin der Welt hört niemals zu singen auf. Bessie Smith. 1895–1937."

Dieser Satz steht auf dem Grabstein, den Janis Joplin im Juni 1970 für 500 $ im Friedhof Sharon Hill, Pennsylvania, auf ein Grab setzen ließ, das 33 Jahre lang weder Kreuz noch Blumen gesehen hatte. Nach einem Autounfall war dort die Sängerin Bessie Smith verscharrt worden. Bessie Smiths Plattenfirma Columbia Records setzte ihr ein zweites Denkmal: Sämtliche 160 erhaltenen Aufnahmen auf zehn Langspielplatten. Jetzt exklusiv bei uns für ganze 69,90 DM.

„Von den 180 Blues, die Bessie Smith zwischen 1923 und 1933 bei einem garantierten Jahreseinkommen von 20.000 Dollar mit so berühmten Jazz-Musikern wie Louis Armstrong und Bennie Goodman aufnahm", schreibt Der Spiegel, „sind 20 verschollen. Andere Aufnahmen, die in den Archiven mittlerweile unbrauchbar geworden waren, spürte die Columbia in Trödlerläden und bei Schallplattensammlern wieder auf." Eine Platte wurde nach langem Suchen in einem Antiquitätenladen in Camden N.J., ausgegraben. Robert Fertig, ein privater Sammler von Bessie-Smith-Platten, wollte sie nur persönlich ins Aufnahmestudio nach New York bringen und flog am nächsten Tag wieder mit seinen Schätzen nach Rochester zurück.

„Es war die aufwendigste Wiederveröffentlichungs-Aktion aller Zeiten."
So schreibt Time-Magazine. „So etwas wurde nicht einmal für Caruso gemacht", sagte der Columbia-Produzent John Hammond, „es gab einfach keinen Künstler wie Bessie Smith in der Geschichte der Schallplattenindustrie."

Zwei Liter Gin am Tag.
Eigentlich ist es nur den etwas unkonventionellen Umgangsformen von Bessie Smith zu verdanken, daß sie nochmals auf Columbia-Platten erscheint. Und nicht etwa auf denen von Black Swan Productions. Dort hatte Bessie Smith damals eine Probeaufnahme. Als es losgehen sollte, brüllte Bessie plötzlich zu den Musikern hinüber: „Wartet ein wenig, ich muß noch ausspucken!" Und sie spuckte, mitten auf den Studioboden. Sie flog bei Swan raus und ging zu Columbia. Der Spiegel: „Sie war eine Frau, die mit pornographischen Versen (‚Ich bin wild auf dieses Ding') den Beischlaf besang und den Gin direkt aus der Flasche soff – bis zu zwei Liter am Tag."

„Sie ist die Kaiserin des Blues."
So feierte sie Paul Ackermann im Billboard, „die Grundlage, die Quelle von Jazz, Rock and Roll und Rock. Sie ist die größte Vokalistin in den Annalen der amerikanischen Musik." Und Jazz-Kritiker Berendt fällt keine geringere Metapher für ihr Können ein als: „Für die Neger Nordamerikas hat der Name Bessie Smith einen fast religiösen Sinn."

„Ein kolossales Unternehmen."
Ist für das Fachblatt Melody Maker die Kassette mit allen existierenden 160 Titeln von Bessie Smith. „Wundervoll geordnet und ediert. Ich flehe (jeden Blues-Interessenten) an, sie zu kaufen." Und die Süddeutsche Zeitung schrieb hingerissen: „Eine musikhistorische Leistung von wegweisender Qualität, weil hier zum erstenmal ein Lebenswerk authentisch und vollständig aus den akustischen Zeugnissen selbst dargestellt werden konnte."

Wir haben jetzt einen Exklusivvertrag für diese Kassette.
Einen Vertrag, der uns die alleinigen Verbreitungsrechte in Deutschland für das Gesamtwerk von Bessie Smith zusichert. Die Pressung liegt bei der CBS. Und dennoch kostet die Kassette mit 10 Langspielplatten, die früher für rund 150 Mark gehandelt wurden, bei uns nur noch ganze 69,90 DM.

Wo es die Bessie-Smith-Kassette mit allen 160 Aufnahmen für nur 69,90 gibt.
Entweder persönlich in unseren Zweitausendeins-Läden *Berlin* Kantstraße 131, *Frankfurt* Eschersheimer Ldstr. 5, *Freiburg* Schiffstraße 10, *Mainz* Große Langgasse 8 und *München* Amalienstraße 45.

Oder per Post direkt ins Haus.
Der Coupon dafür steht unter diesen Zeilen.

Hiermit wird bestellt:
Bitte ausschneiden und einsenden an
Zweitausendeins Versand,
Hahnstraße 54-56, Postfach 710 507,
6000 Frankfurt am Main 71.

Ich bestelle _____ Exemplar(e) der Bessie-Smith-Kassette mit 10 Langspielplatten für zusammen nur 69,90 DM inkl. Mehrwertsteuer
Lieferung solange der Vorrat reicht.

☐ Ich füge 1 Post/Bankscheck bei über _____ DM plus 2,80 Versand.
☐ Schicken Sie die Kassette bitte per Nachnahme. Die Nachnahme- und Versandkosten will ich tragen.
Keine Lieferung ins Ausland.
Ihr gratis Merkheft bekomme ich bereits regelmäßig: ☐ ja ☐ nein

Name, Vorname

Straße, Nummer

Postleitzahl, Ort

Meine Unterschrift, Datum K 4 (Bessie Smith)

Frauenrechtskämpferinnen 1920 (Mitte: Clara Zetkin), Feministinnen-Hemd 1977: Radikale Trennung von den Linken?

Feminismus '77

Zur Frauenfrage schreiben in diesem Heft drei Männer und eine Frau. Zeichen der Frauenfeindlichkeit von KONKRET? Man weiß doch von links (Alice Schwarzer: „Ich habe in den letzten Jahren kaum Gescheites von Männern zur Frauenfrage gelesen") bis rechts (CSU-Minister Pirkl gehts darum, „frauenspezifische Betrachtungsweisen in die vermännlichte Politik zu bringen"), daß es männliche und weibliche Politik gibt. KONKRET geht davon aus, daß es nur richtige oder falsche Politik gibt. Über Arbeitslosigkeit können nicht nur Arbeitslose schreiben, über Krankenhäuser nicht nur Ärzte und Patienten. Der Betroffene bleibt oft in subjektiven Wahrheiten stecken, die häufig objektive Lügen sind. Deshalb wurde auch die weibliche Betroffenheit, die so wichtige Grundlage der Selbstorganisation unter Männern leidender Frauen, nicht zum Maßstab der Autorenschaft gemacht. KONKRET will die Erwartungen linker Frauen nicht enttäuschen: Wir werden auch künftig die „Courage" haben, diese Zeitschrift nicht zur „Emma" machen zu lassen

Hartmut Schulze

„Emma" hat dafür gesorgt, daß das Thema „Unterdrückung der Frau" wieder mal heiß und folgenlos diskutiert wird. Alice Schwarzers „Emma" wird viel gekauft und sehr gelobt. „Emmas" Vorbild ist das amerikanische Millionenblatt „Ms", das ebenfalls ausschließlich von Frauen gemacht wird. „Emma" hat eine Konkurrenz: „Courage", eine in Westberlin erscheinende Frauenzeitschrift. „Courage" ist zwar noch etwas dilettantischer gemacht als „Emma", ist aber trotzdem besser, weil politischer. Darum auch weniger bekannt und weniger gelobt. „Courage" wollte ein Interview mit der Herausgeberin von „Ms" bringen, mit Gloria Steinem. Das Interview ist nicht erschienen, weil die Westberliner Frauen herausbekamen, daß Gloria Steinem für eine CIA-Organisation arbeitet. (Was sie inzwischen bestätigt hat.) Welches Interesse kann die CIA haben, eine bestimmte Spielart von Feminismus zu unterstützen?

Zurück in die Bundesrepublik. Vor zwei Monaten hat Alice Schwarzer hier in KONKRET – ich unterstelle: zufrieden – festgestellt, daß die Menschen auf ihren „Kleinen Unterschied" leidenschaftlicher reagiert hätten als auf einen Report über Leichtlohngruppen, „weil ihnen das näher geht". Daß Elke Klose eine Fehlgeburt hatte, ging „den Menschen", nämlich den „Bild"-Lesern, auch näher als das letzte Sparprogramm ihres Mannes, des Hamburger SPD-Bürgermeisters. Interesse und Interesse sind nun mal zweierlei.

Und wenn „Emma" dann erfreut („wohlerzogen und differenziert") auch noch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in eigener Sache zitiert: „Auf Dauer wird hier für die moderne Gesellschaft mehr Sprengstoff liegen als in den Traumtänzereien verworrener Systemveränderer", dann möchte man am liebsten seinen ganzen linken Chauvinismus zusammennehmen und die Emmas mal richtig rannehmen. Die rechten Chauvis tun's nämlich nicht. Die wissen, was sie an diesem Feminismus haben. Der Macker Schleyer zum Beispiel, der die „Brigitte"-Aktion „Frauen wählen Frauen" ganz toll findet. Wenn aber dann seine Parteifreundin Helga Wex meint, „Die Aktivitäten der Frauen sind der Männerwelt unangenehm", ist das genauso ungereimt wie Alices Hinweis auf die Gemeinsamkeiten zwischen Gabriele Henkel und der Arbeiterin in ihrem Waschpulver-Werk, die größer seien als die Gemeinsamkeiten zwischen der Henkel-Arbeiterin und dem Henkel-Arbeiter. (Ohne Klassenstandpunkt wird's eben immer kraus.)

Die Neo-Feministinnen aber sind von ihrem systemverändernden Sprengstoff ausgesprochen überzeugt. Zitat aus dem „Frauenjahrbuch 76" aus dem „Verlag Frauenoffensive": „Feminismus trifft das Patriarchat an der Wurzel, und wir sind in höchstem Grade bedrohlich für den Staat." Da lachen ja die Hähne. Weil nämlich, wieder das „Frauenjahrbuch": „Der feministische Feminismus plädiert für eine radikale Trennung von den Linken". Jetzt verstehen wir Frau Wex.

Zugegeben, oft machen's einem(r) natürlich diese Linken nicht gerade leicht. Da erscheint zum Beispiel die DKP-Zeitung „UZ" mit der Überschrift: „Frauen an der Seite der Arbeiterklasse". Schon Clara Zetkin muß bei ähnlichen Anlässen Bauchschmerzen gekriegt haben. Lenin hat sie getröstet: „Jawohl! Leider heißt es auch bei vielen unserer Genossen: ‚Kratzt den Kommunisten und der Philister erscheint'. Natürlich muß man an der empfindlichen Stelle kratzen, an seiner Mentalität in puncto Frau. Gibt es einen drastischeren Beweis dafür, als daß die Männer ruhig zusehen, wie die Frauen bei der kleinlichen, eintönigen, kraft- und zeitverzehrenden Arbeit im Einzelhaushalt verkümmern?"

Das Thema Hausarbeit ist ein Kernproblem der Frauenbewegung. Bestenfalls gemildert, aber nicht aus der Welt geschafft, wird es durch den babywickelnden und abwaschenden Mann. Und schon gar keine Lösung bringt die Forderung nach Entlohnung der Hausarbeit. Wer soll da zahlen? Der Mann, so daß die schon bestehende Abhängigkeit durch ein Unternehmer-Arbeiterin-Verhältnis komplett gemacht wird? Und wird eine Arbeit weniger eintönig, kraft- und zeitverzehrend, wenn es Geld dafür gibt?„Die Hausfrauenlohnforderung basiert auf einer Mißachtung der emanzipatorischen Elemente in jeder Frauenberufstätigkeit. Denn trotz Doppelbelastung und bei schlechter Qualifikation fördert absolut jede Berufstätigkeit die Unabhängigkeit der Frau." Meint Alice Schwarzer (hier soll ja nicht der Eindruck entstehen, das sei alles Kokolores, was sie sagt!). Aber wer macht dann die Hausarbeit? Ich sehe keine andere Lösung als Lenins Forderung nach einer „Industrialisierung", eine Lösung allerdings, zu der's wohl den Sozialismus braucht:

„Die wahre Befreiung der Frau (...) wird erst dort und dann beginnen, wo und wann der Massenkampf (...) gegen diese Kleinarbeit der Hauswirtschaft oder, richtiger, ihre massenhafte Umgestaltung zur sozialistischen Großwirtschaft beginnt...öffentliche Speiseanstalten, Krippen, Kindergärten – das sind Musterbeispiele derartiger Keime (des Kommunismus), das sind jene einfachen alltäglichen Mittel, die frei sind von allem schwülstigen, hochtrabenden, feierlichen, die aber tatsächlich geeignet sind, die Frau zu befreien, tatsächlich geeignet sind, ihre Ungleichheit gegenüber dem Mann im Hinblick auf ihre Rolle in der gesellschaftlichen Produktion wie im öffentlichen Leben zu verringern und aus der Welt zu schaffen."

Gut, aber so weit sind wir noch lange nicht. Und es wird um so länger dauern, wie sich Programme wie die des Kopenhagener Frauenfestivals 1975 weiter unter den Feministinnen durchsetzen: „Unsere Bewegung widerspricht den Ansichten der linken Bewegung. Sie sehen den Tag, an dem der

Wagenbach:

Von
und über
Frauen

Frauenhäuser. Gewalt in der Ehe und was Frauen dagegen tun.
Herausgegeben von Sarah Haffner.
WAT 25. 224 Seiten DM 10.-

Maria-Antonietta Macciocchi
Jungfrauen, Mütter und ein Führer
Frauen im Faschismus.
Politik 73. 112 Seiten. DM 7.50

Peter Brückner, Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse
Ein politischer Lebenslauf.
WAT 29. 192 Seiten. DM 8.50

Elke Erb, Einer schreit: Nicht!
Geschichten und Gedichte. 80 Seiten. DM 7.80

Ingeborg Bachmann
Ein Ort für Zufälle
Bericht aus Berlin. 72 Seiten. DM 6.80

Horst Kurnitzky
Triebstruktur des Geldes
Zur Theorie der Weiblichkeit
Politik 52. 176 Seiten. DM 8.50

Ulrike Marie Meinhof
Bambule. Fürsorge – Sorge für wen?
Politik 24. 112 Seiten. DM 7.50

Frauenbuchverlag

BILDER ZUR FRAUENARBEIT UND FRAUENBEWEGUNG

FRAUEN BEFREIEN SICH

BILDBAND 174 Seiten 22.- DM

3. Auflage,
überarbeitet:

ANTJE KUNSTMANN

MÄDCHEN

SEXUALAUFKLÄRUNG - EMANZIPATORISCH

92 S. mit Fotos 9,80 DM
ab 12 Jahre

OWEIA

„Die emanzipatorische Entwicklung der Frau findet schlicht dort Grenzen, wo ihre biologische Beschaffenheit sie hindert, wie ein Mann zu sein."

Kapitalismus überwunden ist, als den Tag, wo alle positive Entwicklung anfängt. Wir haben unsere Zweifel und Ängste vor diesem Tag. An dem Tag werden wir einen Kopf des Monsters gefällt haben, den Kopf, der Kapitalismus heißt. Aber der Kopf, der Patriarchat heißt, überlebt."

Die Konsequenzen aus diesem klassenneutralen Männer-Herrschafts-Konstrukt sind entweder zynisch oder reaktionär, bestenfalls dumm. Meist aber alles zusammen. Dumm und reaktionär ist zum Beispiel die Feststellung des „Frauenjahrbuchs", die Suffragettenbewegung sei am Engagement der Frauenrechtlerinnen gegen den Ersten Weltkrieg zerbrochen. Reaktionär und zynisch ist die Feststellung des von Alice Schwarzer herausgegebenen Frauenkalenders, der chilenische Faschismus sei „die Form der Männerherrschaft in höchster Potenz". Ich frage genauso zynisch zurück: Wieviele Bürgerfrauen haben mit ihren „Kochtopf-Demonstrationen" zum Sturz Allendes beigetragen, und wieviele Männer schmachten in den KZs der Junta? Ich glaube, wir halten uns in Sachen Chile und Frauen eher an Hortensia Allende und Gladys Marin als an Alice Schwarzer.

Was ist eigentlich neu an dieser Frauenbewegung? Bestenfalls ihre Militanz. Etwas grundsätzlich anderes als das, was Louise Otto-Peters, Helene Lange und die gesamte bürgerliche Frauenbewegung seit der französischen Revolution mit ihrem Gleichheits-Postulat forderten, gibt es nicht. Aber wenig ist das ja auch nicht gerade.

„Die Hälfte des Himmels", hat Mao mal sehr schön gesagt, gehöre den Frauen. In der Bundesrepublik sogar noch ein bißchen mehr: 52 Prozent. Auf der Erde jedoch sind sie oft genug noch der letzte Dreck.

Karl Marx: „Der gesellschaftliche Fortschritt läßt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts (die Häßlichen eingeschlossen)". Ich mißbillige zunächst auf's schärfste die lüsternde Kategorisierung dieses Paschas, von dem uns ja Fritz Raddatz erzählt hat, wie er hinter seiner Haushälterin her war und Jenny sitzen ließ. Unterstellen wir trotzdem, daß Marx recht hat. Dann steht es in dieser Republik, als hätte es dieses Beweises noch bedurft, in der Tat schlecht um den gesellschaftlichen Fortschritt. Ja, sogar schlechter als 1919, wenn man die parlamentarische Repräsentanz der Frauen zum Maßstab ihrer gesellschaftlichen Stellung nimmt. In der Nationalversammlung der Weimarer Republik war nämlich „schon" jeder zehnte Abgeordnete eine Frau, im deutschen Bundestag sind es nur halb so viel. In einigen Länderparlamenten sieht's noch trauriger aus: In Baden-Württemberg gibt es beispielsweise nur 3,2 Prozent Parlamentarierinnen. Dabei ist die Wahlbeteiligung bei Männern und Frauen ungefähr gleich groß. Fragt man übrigens Helmut Schmidt, warum das so sei, antwortet er: „Das weiß der Kuckuck." Merke: **der** Kuckuck.

Eine der ältesten Forderungen der Frauenbewegung ist zugleich eine der ältesten der Arbeiterbewegung: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Bis heute ist sie in keinem einzigen kapitalistischen Land verwirklicht. In der Bundesrepublik ist der durchschnittliche Stundenlohn von Arbeiterinnen immer noch um rund 30 Prozent niedriger als der ihrer männlichen Kollegen; weibliche Angestellte verdienen sogar 37 Prozent weniger.

Kein Sonntagsredner, der nicht dagegen wäre. Wenn aber der praktische Kampf gegen die Leichtlohngruppen aufgenommen wird, und zwar nicht auf Frauenfêten sondern in den Gewerkschaften des DGB (in denen übrigens nur knapp 18 Prozent der Mitglieder Frauen sind), wird Klartext gesprochen: „Das Bestreben der Gewerkschaften, die sogenannten Leichtlohngruppen abzuschaffen, wird eine Verschärfung der Beschäftigungsprobleme nach sich ziehen. Wie lange diese höhere Arbeitslosigkeit anhalten wird, hängt nicht zuletzt davon ab, wie sich die geschlechtsspezifischen Kosten der Frauenbeschäftigung verringern werden". So das Kieler Institut für Weltwirtschaft im August vergangenen

Jahres. Ich glaube kaum, daß Frau Liselotte Linsenhoff dem widersprechen wird.

Rund 34 Prozent aller Erwerbstätigen sind Frauen, während ihr Anteil an den Arbeitslosen mehr als die Hälfte beträgt – wobei die „Dunkelziffer" der arbeitslosen Frauen, die sich nicht registrieren lassen, oder der Frauen, die von den Arbeitsämtern nicht anerkannt werden (weil sie zum Beispiel Kinder zu versorgen haben), gar nicht berücksichtigt ist. Die Frauen als industrielle Reservearmee, als Gastarbeiter im eigenen Land, das funktioniert nur, wenn ihr Qualifikationsniveau möglichst niedrig gehalten wird: Nur sechs Prozent der Arbeiterinnen haben eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Das – und nicht nur die Vergewaltigung, die in der BRD jede Viertel Stunde eine Frau erleidet – ist Gewalt gegen Frauen. Und wie zynisch diese Gewalt ausgeübt wird, zeigt noch mal das Kieler Institut für Weltwirtschaft: „Das Bemühen, in immer stärkerem Maße arbeitsrechtliche Vorschriften zum Schutz der erwerbstätigen Frauen einzuführen, kann sich – so wünschenswert diese aus sozialethischer Sicht auch sind – zu Lasten der Beschäftigungschancen der Frauen auswirken, *wenn sie die Kosten der Unternehmer belasten.*" Nicht also, wenn sie zu Lasten der männlichen Arbeitskollegen gingen. Die Kieler und ihre Auftraggeber dürfen sich hier einig wissen mit den Feministinnen, denen der Kampf gegen den Mann wichtiger ist als der Kampf gegen den Unternehmer - ob mit oder ohne Schwanz.

Aber vielleicht sagen wir hier mal, daß Emanzipation nicht gleich „Emma" ist, daß Feminismus nicht gleich Alice Schwarzer ist. Seit kurzem sind unter den neu eintretenden DGB-Mitgliedern zum ersten Mal mehr Frauen als Männer (über 52 Prozent). In einer „Demokratischen Fraueninitiative" engagieren sich Tausende von Frauen, von der Betriebsratsvorsitzenden Anita Holt bis zur KONKRET-Autorin Peggy Parnass, „Für die Gleichberechtigung der Frau in einer humanen Gesellschaft" – so das Motto ihres Kongresses, der am 16. April in Oberhausen stattfindet. Im Aufruf hierzu heißt es über die Frauen, denen aus begreiflichen Gründen keine emma-nente Publizität zuteil wird:

„Nicht gegen die Männer, sondern gemeinsam mit ihnen, mit der gesamten demokratischen Bewegung wollen sie die Gleichberechtigung verwirklichen. Sie arbeiten in Gewerkschaften, Verbänden und Elterninitiativen, setzen sich ein für wohnliche Städte und Gemeinden, engagieren sich in Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote, für Umweltschutz, für Entspannung und allgemeine Abrüstung."

Das hört sich natürlich alles viel langweiliger an, als etwa das Programm der Gefolgsfrauen der männermordenden Valery Solanes, die sich in der Bundesrepublik um die Zeitschrift „Die schwarze Botin" scharen. Mit Mäxchen, einem männlichen Fötus in Spiritus vor sich auf dem Tisch, debattieren sie über ihre „blutige Revolution", die Ausrottung der Männer. Und da sie weitdenkende Wesen sind, sorgen sich die Schwarzen Botinnen auch über den Bestand der eigenen Art, für den sie nun mal Männer brauchen. Allerdings reicht einer für eine Million Frauen, und der hat seinen ekligen weißen Schleim bei Samenbanken abzuliefern. Von den neugeborenen Buben werden wieder nur die am Leben gelassen, die der Frauen-Rasse weiterhelfen.

Gar nicht so weit entfernt von den Schwestern der Schwarzen Botin liegt eine Feministin, die ernst genommen wird: Shulamith Firestone. Sie will auch noch das Gebären abschaffen, zu den Samenbanken sollen Kinderzucht-Anstalten kommen – Befreiung der Frau also erst als Befreiung vom Gebärzwang, also erst, wenn Kinder weltweit im Reagenzglas ausgebrütet werden können. Die Liebe zum Mann wurde schon vorher als Ursprung aller Frauenunterdrückung abgeschafft.

Alice Schwarzer allerdings ist da anderer Meinung. Sagt sie jedenfalls: „Es gibt nichts ‚Weiblicheres', als sein Leben mit einem Mann zu teilen." Zweifellos eine Lebensgemeinschaft aus Haß-Liebe, denn „eine von Männern – einzeln oder/und gesamtgesellschaftlich – unterdrückte Frau hat recht, etwas gegen Männer und/oder die Männergesellschaft zu haben", schreibt Alice Schwarzer in ihrem „Emma"-Beitrag „Männerhaß".

Die Antwort hierauf stammt aus der „Sozialdemokratischen Monatsschrift" und ist 87 Jahre alt:

„Es ist ungemein töricht und naiv und spricht für eine kindlich oberflächliche Auffassung der Gesellschaft, wenn gewisse Frauenrechtlerinnen für die soziale Emanzipation des weiblichen Geschlechts eintreten, indem sie voller moralischer Entrüstung gegen den männlichen Egoismus poltern und in ihm den Urheber allen Übels erblicken. Die Befreiung der Frau kann nun und nimmermehr das Werk eines Kreuzzuges gegen die Männerwelt und deren Vorrechte sein, sie steht und fällt vielmehr einzig und allein mit der Emanzipation der Arbeit vom Kapital." Kuckuck. ■

Zum Weiterlesen

Die Literatur über die und aus der Frauenbewegung ist nicht mehr zu überblicken. In fast jeder größeren Stadt gibt es inzwischen Frauenbuchläden, die die vornehmlich von Frauen selbst verlegten Zeitschriften (neben „Courage" und „Emma" zum Beispiel die Literaturzeitschrift „Mamas Pfirsiche", „Frauen und Film", „Lesbenpresse", „CLIO" und Exotisches von der „Schwarzen Botin" bis zu „Fischgebrüll") und Bücher (Verlag Frauenoffensive, Verlag Frauenpolitik oder Amazonen-Frauenverlag) vertreiben.
Bester Einstieg: **Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau,** herausgegeben von Jutta Menschik im Pahl-Rugenstein-Verlag, (424 Seiten, 9,80 Mark). Umfangreiches empirisches Material **Zur Frauenfrage im Kapitalismus** liefern Gisela Brandt, Johanna Kootz und Gisela Steppke in ihrem Buch aus der edition suhrkamp (255 Seiten, 8 Mark). **Frauenbewegung und Frauenemanzipation** ist auch das Thema der neuesten Ausgabe des „Marxismus Digest" (herausgegeben vom Frankfurter Institut für Marxistische Studien und Forschungen): Dokumente und Analysen aus der internationalen Gewerkschafts- und kommunistischen Bewegung (132 Seiten, 6 Mark).

Die Frau in der Gesellschaft

Shulamith Firestone
Frauenbefreiung und sexuelle Revolution
Band 1488/DM 6,80

Jutta Menschik
Gleichberechtigung oder Emanzipation?
Die Frau im Erwerbsleben der Bundesrepublik
Band 6507/DM 4,80

Mary Kathleen Benét
Die Sekretärinnen
Frauen im goldenen Käfig
Band 1633/DM 5,80

Margot Schroeder
Ich stehe meine Frau
Roman, Hg.: Werkkreis Literatur der Arbeitswelt
Band 1617/DM 4,80

Germaine Greer
Der weibliche Eunuch
Aufruf zur Befreiung der Frau
Band 1450/DM 6,80

Hedi Wyss
Das rosarote Mädchenbuch
Ermutigung zu einem neuen Bewußtsein
Band 1763/DM 5,80

Liebe Kollegin
Texte zur Emanzipation der Frau in der BRD
Hg.: Werkkreis Literatur der Arbeitswelt
Band 1379/DM 3,80

Elaine Morgan
Der Mythos vom schwachen Geschlecht
Wie die Frauen wurden, was sie sind
Band 1604/DM 6,80

Evelyn Leopold/ Jutta Menschik
Gretchens rote Schwestern
Originalausgabe
Frauen in der DDR
Band 1394/DM 5,80

Ursula Scheu
Wir werden nicht als Mädchen geboren – wir werden dazu gemacht
Zur frühkindlichen Erziehung in unserer Gesellschaft
Originalausgabe
Band 1857/DM 4,80

Alice Schwarzer
Der „kleine" Unterschied und seine großen Folgen
Frauen über sich – Beginn einer Befreiung
Erweiterte und aktualisierte Auflage
Band 1805/DM 5,80
[Mai]

FISCHER TASCHENBÜCHER

rororo aktuell

Die größte politische Taschenbuchreihe der Bundesrepublik
Herausgegeben von Freimut Duve

Hernán Valdés
Auch wenn es nur einer wäre...
Tagebuch aus einem chilenischen KZ (4064 / 5,80 DM)

Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern
Exportinteressen gegen Muttermilch. Tötet Nestlé Babies? (4065 / 4,80 DM)

Freimut Duve (Hg.)
Technologiepolitik in Lateinamerika. aktuell-Magazin 6 (4066 / 7,80 DM)

Mohamed Sid-Ahmed
Nach vier Kriegen im Nahen Osten. Thesen zu einer offensiven Friedenspolitik (4062 / 5,80 DM)

Volker Friedrich / Adam Hehn / Rolf Rosenbrock
Neunmal teurer als Gold. Die Arzneimittelversorgung in der Bundesrepublik (4067 / 9,80 DM)

Atommüll oder Der Abschied von einem teuren Traum. Arbeitsgruppe »Wiederaufbereitung« (WAA) an der Universität Bremen (4117 / 5,80 DM)

Jürgen Fuchs
Gedächtnisprotokolle. Mit Liedern von Gerulf Pannach und einem Vorwort von Wolf Biermann (4122 / 4,80 DM)

Ulfried Kleinert
Seelsorger oder Bewacher?
Pfarrer als Opfer der Gegenreform im Strafvollzug (4116 / 5,80 DM)

Johano Strasser
Die Zukunft der Demokratie.
Grenzen des Wachstums – Grenzen der Freiheit? (4118 / 4,80 DM)

André Gorz
Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise (4120 / 5,80 DM)

Freimut Duve (Hg.)
Brokdorf / Unterelbe / Kernenergie. aktuell-Magazin 7 (4121 / 7,80 DM)

aktuell rororo

„Interview" mit dem SPD-Gründer August Bebel

Mutterrecht bedeutet Kommunismus

Die Neofeministinnen vom Westberliner Frauen-Selbstverlag halten August Bebel für den „Märchenonkel der Frauenfrage". KONKRET findet, daß seine fast hundert Jahre alten Antworten auf aktuelle Fragen immer noch richtig sind.

KONKRET: In Ihrem umfangreichen Werk „Die Frau und der Sozialismus" haben Sie engagiert Partei ergriffen für die Befreiung der Frau. Allerdings vertreten Sie die Auffassung, daß die Lösung der Frauenfrage untrennbar verbunden sei mit dem allgemeinen politischen Kampf für eine neue, eine sozialistische Gesellschaft

BEBEL: Von unserem Standpunkt fällt diese Frage zusammen mit der Frage, welche Gestalt und Organisation die menschliche Gesellschaft sich geben muß, damit an Stelle von Unterdrückung, Ausbeutung, Not und Elend die physische und soziale Gesundheit der Individuen und der Gesellschaft tritt. Die Frauenfrage ist also für uns nur eine Seite der allgemeinen sozialen Frage; sie kann daher ihre endgültige Lösung nur finden durch die Aufhebung der gesellschaftlichen Gegensätze und Beseitigung der aus diesen hervorgehenden Übel. Dennoch ist es notwendig, die Frauenfrage speziell zu behandeln.

KONKRET: Weshalb?

BEBEL: Das weibliche Geschlecht in seiner Masse leidet in doppelter Beziehung: Einmal leidet es unter der sozialen und gesellschaftlichen Abhängigkeit von der Männerwelt – diese wird durch formale Gleichberechtigung vor den Gesetzen und in den Rechten zwar gemildert, aber nicht beseitigt – und durch die ökonomische Abhängigkeit, in der sich die Frauen im allgemeinen und die proletarischen Frauen im besonderen gleich der proletarischen Männerwelt befinden. Daraus ergibt sich, daß alle Frauen ohne Unterschied ihrer sozialen Stellung, als ein durch unsere Kulturentwicklung von der Männerwelt beherrschtes und benachteiligtes Geschlecht, das Interesse haben, diesen Zustand soweit als möglich zu beseitigen durch Änderungen in den Gesetzen und Einrichtungen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung.

KONKRET: Sie gehen aber noch einen Schritt weiter und fordern die radikale Umgestaltung der gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsweise als Voraussetzung dafür, daß sich die Beziehungen der Geschlechter „von Grund aus" ändern – um, wie Sie sagen, „sowohl die Lohnsklaverei, unter der das weibliche Proletariat am meisten schmachtet, wie die Geschlechtssklaverei, die mit unseren Eigentums- und Erwerbszuständen aufs innigste verknüpft ist, zu beseitigen".

BEBEL: Von welchem Punkte man immer bei der Kritik unserer Zustände ausgeht,

Der Kanzler am Tisch, der Sozialist an der Wand: Schmidt vor Bebel

man kommt schließlich stets darauf zurück: Eine gründliche Umgestaltung unserer sozialen Zustände und durch sie eine gründliche Umgestaltung in der Stellung der Geschlechter ist notwendig. Die Frau muß, um rascher zum Ziele zu kommen, sich nach Bundesgenossen umsehen, die ihr naturgemäß in der Proletarierbewegung begegnen.

KONKRET: Können Sie das begründen?

BEBEL: Frau und Arbeiter haben gemein, Unterdrückte zu sein.

KONKRET: Das sehen die hiesigen Feministinnen anders. Sie meinen, daß „auch Genossen nicht automatisch Brüder" und daß „Frauen noch die Opfer der Opfer sind".

BEBEL: Die Frau hat gegenüber dem Arbeiter das eine voraus: Sie ist das erste menschliche Wesen, das in Knechtschaft kam. Die Frau wurde Sklavin, ehe der Sklave existierte.

KONKRET: Daraus ziehen nun die Feministinnen den Schluß, daß auch die Änderung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse Frauenunterdrückung nicht aufzuheben vermag. „In der Frauenfrage", behauptete kürzlich eine ihrer Wortführerinnen, Alice Schwarzer, „sind auch Klassenfeinde Kumpel" - und daher gelte es, gegen die „Männergesellschaft" schlechthin – „egal ob in einer kapitalistischen oder sozialistischen Gesellschaft" – zu kämpfen.

BEBEL: Daß diese Lösung nicht die rechte sein kann, ist klar. Alle soziale Abhängigkeit und Unterdrückung wurzelt in der ökonomischen Abhängigkeit des Unterdrückten vom Unterdrücker.

KONKRET: Sie sind also der Meinung, daß der Geschlechterwiderspruch sehr wohl mit der ökonomischen Frage zusammenhängt?

BEBEL: Die Ehezustände wie die Lage der gesamten Frauenwelt sind nicht willkürlich geschaffen, sie sind das natürliche Produkt unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Mit der Herrschaft des Privateigentums war die Unterjochung der Frau unter den Mann besiegelt. Die Geltung des Mutterrechts bedeutet Kommunismus, Gleichheit aller; das Aufkommen des Vaterrechts bedeutete Herrschaft des Privateigentums, und zugleich bedeutete es Unterdrückung und Knechtung der Frau. Mit dem Privateigentum und dem damit verbundenen Erbrecht entstanden weiter die Klassenunterschiede und Klassengegensätze. Damit wäre bewiesen, daß die Art der Produktionsweise auf die Beziehungen der Geschlechter von maßgebendem Einfluß ist.

KONKRET: Und Sie folgern daraus, daß die Abschaffung des Privateigentums und damit auch der Klassengegensätze, also die sozialistische Revolution, notwendigerweise einer Lösung der Frauenfrage vorauszugehen habe. Wie steht die Frauenbewegung zu diesem Punkt?

BEBEL: Die in der bürgerlichen Frauenbewegung stehenden Frauen begreifen die Notwendigkeit einer solchen radikalen Umgestaltung nicht. Beeinflußt von ihrer bevorzugteren Stellung sehen sie in der weitergehenden proletarischen Frauenbewegung gefährliche und nicht zu billigende Bestrebungen, die sie zu bekämpfen haben. Der Klassengegensatz, der zwischen der Kapitalisten- und Arbeiterklasse klafft und sich bei Zuspitzung unserer Verhältnisse immer schroffer entwickelt, ist also auch innerhalb der Frauenbewegung vorhanden. Immerhin haben die feindlichen Schwestern weit mehr als die im Klassenkampf gespaltene Männerwelt eine Reihe Berührungspunkte, in der sie, getrennt marschierend, aber vereint schlagend, den Kampf führen können. Das ist auf allen Gebieten der Fall, auf welchen die Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern, auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung, in Frage kommt.

KONKRET: Auch hier stehen ja den emanzipatorischen Bestrebungen der Frauen große Widerstände entgegen. Ungeniert propagieren die Bewahrer der alten Ordnung nach wie vor das Leitbild von der zuhausebleibenden Mutter, die ihre Lebenserfüllung ausschließlich in der Sorge für Mann und Kinder findet.

BEBEL: Die Berufung auf den Naturberuf der Frau, wonach sie Haushälterin und Kinderwärterin sein soll, ist ebenso sinnreich als die Berufung darauf, daß es ewig Könige geben müsse, weil, solange es eine Geschichte gebe, es irgendwo welche gab. Jene, die alles beim alten lassen wollen, sehen nicht, daß Millionen Frauen gar nicht in der Lage sind, den ihnen vindizierten „Naturberuf" als Hauswirtinnen, Kindergebärerinnen und Kindererzieherinnen zu erfüllen. Das kümmert freilich diese „Weisen" ebensowenig wie die Tatsache, daß Millionen Frauen in den verschiedensten Lebensberufen, oft in unnatürlichster Weise und weit über das Maß ihrer Kräfte, sich abrackern müssen, um das nackte Leben zu fristen. Die Zunahme des weiblichen Geschlechts bei den Erwerbstätigen trägt den Hauptteil an der Steigerung des Anteils der Erwerbenden an der Gesamtbevölkerung. Die Frauenarbeit hat somit einen solchen Umfang, eine solche Bedeutung gewonnen, die die ganze lächerliche Hohlheit des Philistersprüchleins erweisen: Die Frau gehört ins Haus.

KONKRET: Gibt es Ihrer Meinung nach eine Chance, unabhängig vom sozialen Kampf die Gleichstellung der Frauen in dieser Gesellschaft voranzutreiben?

BEBEL: Die volle Emanzipation der Frau und ihre Gleichstellung mit dem Mann ist eins der Ziele unserer Kulturentwicklung. Aber sie ist nur möglich auf Grund einer Umgestaltung, welche die Herrschaft des Menschen über den Menschen – also auch des Kapitalisten über den Arbeiter – aufhebt. Es handelt sich also nicht nur darum, die Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, was das Ziel der bürgerlichen Frauenbewegung ist, sondern darüber hinaus alle Schranken zu beseitigen, die den Menschen vom Menschen, also auch das eine Geschlecht vom anderen, abhängig machen. Diese Lösung der Frauenfrage fällt mit der Lösung der sozialen Frage zusammen. Es muß daher, wer die Lösung der Frauenfrage in vollem Umfange erstrebt, mit jenen Hand in Hand gehen, welche die Lösung der sozialen Frage als Kulturfrage für die gesamte Menschheit auf ihre Fahne geschrieben haben, das sind die Sozialisten. ■

Zitate aus: August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Verlag Marxistische Blätter, 564 Seiten, 6,50 Mark.

Verlag Neue Kritik

NEUAUFLAGEN

Hans-Jürgen Krahl, Konstitution und Klassenkampf, 406 Seiten, DM 19,80

Peter-Paul Zahl, Eingreifende oder ergriffene Literatur, 98 Seiten, DM 7,80

Alice Rühle-Gerstel, Die Frau und der Kapitalismus, 436 Seiten, DM 19,80

Alexandra Kollontai, Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung, 264 Seiten, DM 16,80

Karl Retzlaw, Spartakus. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, 446 Seiten, DM 25,00. Studienausgabe, 330 Seiten, DM 14,80

Otto Rühle, Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats, 606 Seiten, DM 32,00

Verlag Neue Kritik, 6000 Frankfurt Myliusstrasse 58, (0611) 72 75 76

KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE ★

Beiträge des internationalen Marxismus

In den jeweiligen Schwerpunktheften (Länderstudien) werden in der 'KRITIK' Brennpunkte der internationalen Klassenkämpfe kommentiert.
Auf Revolutionseuphorie wird verzichtet zugunsten kritischer Analysen der jeweiligen sozialen und ökonomischen Strukturen, aus denen die Perspektive der Kämpfe gewonnen, aber auch deren Grenzen angegeben werden können.

Das nächste Heft – **Nr. 13, Italien** – behandelt zwei zentrale Aspekte der gegenwärtigen Situation Italiens: die politische Kräftekonstellation im Inneren und die ökonomische Situation des Landes vor allem im Hinblick auf die außenwirtschaftliche Abhängigkeit, um der Frage nachzugehen, inwieweit unter den gegebenen Verhältnissen eine alternative Nationalpolitik, wie sie die PCI anstrebt, überhaupt möglich ist, bzw. wo ihre Grenzen liegen.

Beiträge von Krippendorf, Flores, Moretti u. a.

Bisher erschienen: **Nr. 1 – Widersprüche und Funktion der Theorie von Bettelheim. Nr. 2 – Imperialismus und Unterentwicklung. Nr. 3/4 – Reform und Revolution in Portugal. Nr. 5 – Portugal - Grenzen der Revolution. Nr. 8/9/10 – Spanien – Die zweite Revolution:** Beiträge zu Bürgerkrieg, Franco-Regime, Wirtschaftskrise, Militärapparat, Arbeiterbewegung, KP Spaniens. **Nr. 11/12 – USA, Südafrika;** Beiträge von Armanski, Sam Mhlongo, u. a.
Einfachheft DM 6.–; Doppelheft DM 9.–; Dreifachheft DM 15.–; Abo, 4 Nr. incl. Porto DM 21.–

Bitte fordern Sie unseren Katalog unter Beifügung einer 50 Pf. Marke an: Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

olle&wolter

Mann bleibt Mann

Wenn das Geschäft mit der Frauen-Emanzipation anfängt, sich negativ aufs Geschäft auszuwirken, holt man sich am besten eine Frau, die die Dinge ins rechte Licht rückt. Lottemi Doormann unterwarf sich dem Mannbarkeits-Ritus einer „Brigitte"-Pressekonferenz mit Helge Pross

„Jetzt wissen wir es" – dank „Brigitte": Der Durchschnitts-Mann von heute „glaubt an seine natürliche Überlegenheit": daß er „stärkere Nerven und größere Muskelkraft, aber auch höhere geistige und seelische Fähigkeiten" habe als die Frau. Er wünscht sich die Frau vor allem als gute Hausfrau und Mutter und glaubt, daß die Frau im Mann jemanden sucht, „zu dem sie aufblicken kann". Er „denkt im Prinzip wie sein Vater und sein Großvater" und weist es als „völlig indiskutabel" zurück, Hausmann zu sein.

Solche staunenswerten Erkenntnisse über männliche Einstellungen herausgefunden zu haben, ist das Verdienst der Gießener Soziologin und „Brigitte"-Haus-Wissenschaftlerin Helge Pross („Die Wirklichkeit der Hausfrau"). Ihre „Große Untersuchung", durchgeführt im Auftrag der Frauenzeitschrift, trägt den Titel: DER DEUTSCHE MANN. Deutsch gleich BRD, versteht sich, aber wer regt sich schon über Kleinigkeiten auf, wenn es um Größeres geht, nämlich um unsere „heutige Ordnung der Geschlechterverhältnisse" und „die Einstellung der männlichen Bevölkerung" ihr gegenüber „in Ehe, Familie, Beruf und Öffentlichkeit".

„Es ist in den letzten Jahren soviel über Frauen geredet und geschrieben worden. Ich fand es an der Zeit, einmal den Mann zu befragen, was er eigentlich denkt", gestand Frau Pross auf einer von „Brigitte" arrangierten Pressekonferenz, wo sie die Ergebnisse ihrer repräsentativen Untersuchung vom deutschen Mann, interpretiert im aktuellen Bewußtseinsjargon, unter die zahlreichen Journalisten brachte. Zum Beispiel so: „Die Masse der bundesdeutschen Männer profitiert von der heutigen Ordnung der Geschlechterverhältnisse." Und ihr Fazit: „Die Mehrheitsmeinung der Männer sorgt dafür, daß Frauen so bleiben und sind, wie Männer sie sich wünschen."

So geraten die gesellschaftlichen Widersprüche der kapitalistischen Bundesrepublik zur allumfassenden Geschlechterordnung an sich. War es Zufall, daß der Professorin beim Presseempfang eine Dame applaudierte, die sich zuvor selbstredend als Feministin auswies: „Ich freue mich so über Ihre Untersuchung und möchte Ihnen dafür danken. Endlich wird einmal wissenschaftlich bewiesen, wie es ist."

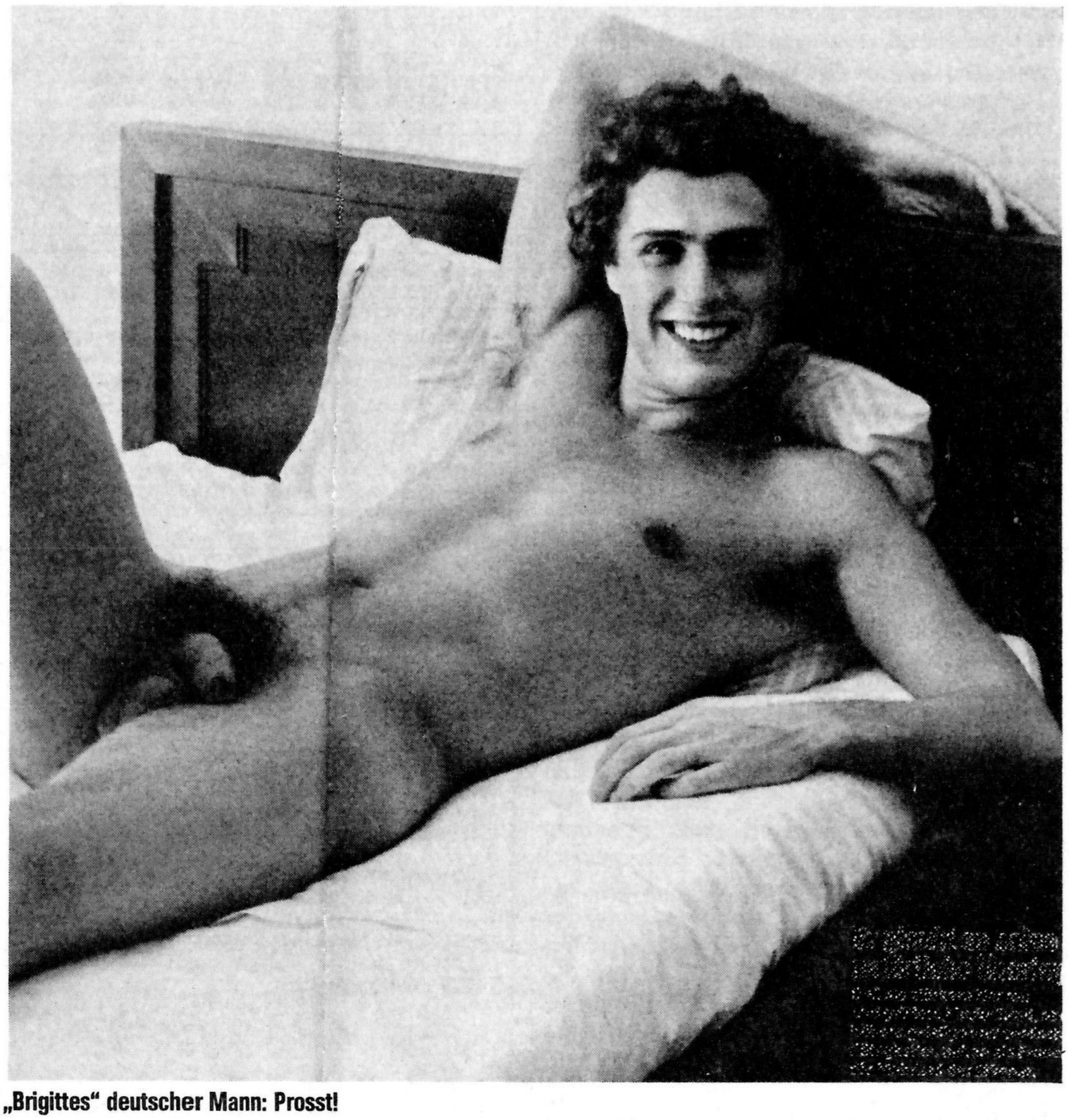
Die Machart solcher „Wissenschaft" ist allerdings von entlarvender Dürftigkeit: Man nehme 400 ausgewählte Männer zwischen 20 und 50 Jahren, stelle ihnen an die 250 Fragen mit diversen vorgegebenen Antworten, sortiert nach den verbreitetsten Vorurteilen von denen jeweils eins oder mehrere anzukreuzen sind – zum Beispiel: „Was erwartet Ihrer Meinung nach die Mehrzahl der Frauen heute von einem Mann? – daß er sie beschützt / daß er sich ihr anpaßt / daß er eine Familie versorgen kann / daß er intelligent ist / daß er Erfolg im Beruf hat". Alles weitere erledigen die auszählenden Computer. Und man präsentiere anschließend dem Volke das Zahlenwerk als Mehrheitsmeinung, als Durchschnittsmentalität, wohlgemerkt noch zurechtgerückt in den Rahmen der „heutigen Ordnung der Geschlechterverhältnisse". Und heraus kommt: MANN BLEIBT MANN. Egal, ob Bauarbeiter, Betriebswirt oder Bankdirektor, ob 20 oder 50, ob verheiratet, Vater oder nicht, egal auch, ob in einer sozialistischen oder kapitalistischen oder in einer „in Mischform organisierten" Gesellschaft - laut Pross/„Brigitte" ist die Problemlage sowieso in allen Industriegesellschaften gleich –: so ist er, DER DEUTSCHE MANN, so war er, so wird er wohl oder übel bleiben müssen.

Denn Frau Pross ahnt andernfalls Schreckliches: „Eine Neuverteilung der Familienrollen würde Unruhe mit sich bringen, Diskontinuität, Instabilität. Sie würde eine Neuordnung der Zuweisung der Berufsrollen an die Geschlechter nach sich ziehen und auch damit das Funktionieren der gegenwärtigen Industriesysteme wenigstens vorübergehend gefährden."

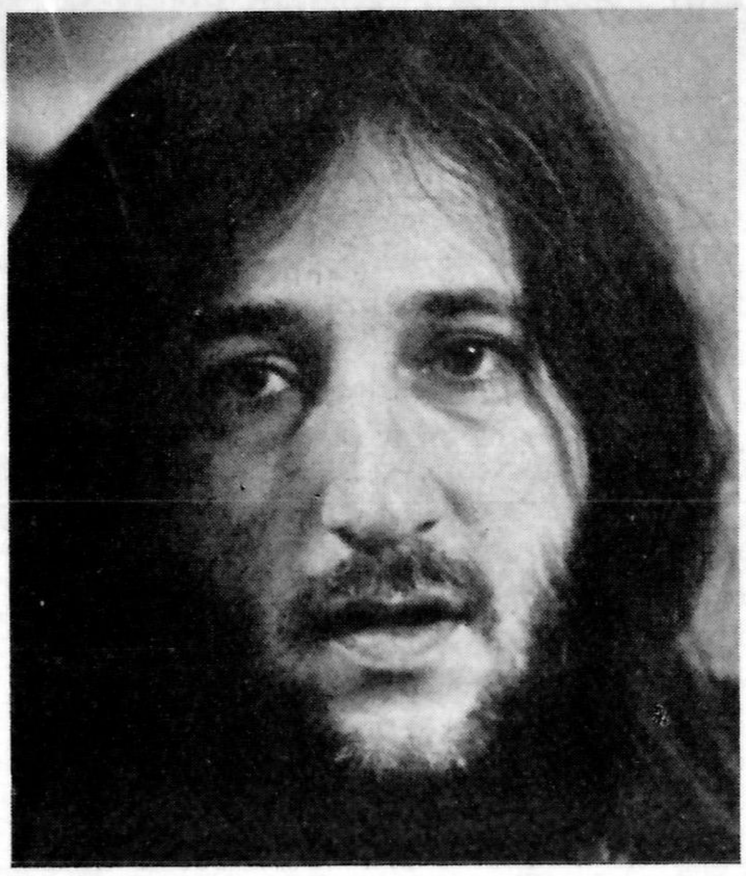
Wie das nun? War nicht eben noch die (zufällig in den Köpfen der Männer vorhandene) Mehrheitsmeinung schuld daran, daß sich an den Rollen nichts ändert? Nun, die Analyse der Volksbefragerin klärt den Widerspruch mit Leichtigkeit sogleich im nächsten Satz: „Die Masse der Männer profitiert von diesen strukturellen Imperativen." So ist das also. Und da das nun mal so ist, entdeckt Professor Pross auch keinen Ausweg aus dem von ihr so beklagten Frauendilemma. Und weigerte sich daher auch hartnäckig, Fragen einer Antwort zu würdigen, die ihr gesellschaftsfernes Konzept ankratzten. Zum Beispiel, ob sie nicht der Meinung sei, daß der Bewußtseinszustand der von ihr befragten 400 Männer keineswegs irgendwo aus dem Himmel gefallen sei, sondern vielmehr exakt der 25jährigen bundesrepublikanischen Familiengesetzgebung und anderen gesellschaftlich gewollten und regierungsamtlich verordneten Vorgaben entspreche?

Aber nach Ursachen zu forschen, Zusammenhänge zu untersuchen und Relationen herzustellen ist die Sache der Pross nicht. Sie macht ihre Rechnung auf der anderen Seite der Barrikade, indem sie Erscheinungsformen des Bestehenden als objektiv gemessene wissenschaftliche Erkenntnis erneut unter die Leute trägt – und sie damit multiplizieren und verfestigen hilft.

Emanzipation in „Brigitte"? Rolv Heuer ist dazu vor Jahren das Urteil eingefallen: „Brrr...igitt...äh!" ■



„Brigittes" deutscher Mann: Prosst!



Günter Amendt

Feminismus und Homosexualität

Feminismus ist die Theorie – Lesbianismus ist die Praxis, behaupten homosexuelle Feministinnen und wollen den Frauen eine neue sexuelle Abhängigkeit aufzwingen.

Warum es unter Frauen weniger Homosexuelle geben soll als unter Männern, war vielen Frauen, einigen Männern und wenigen Sexualforschern schon immer ein Rätsel. Zweifel an den Ergebnissen des Kinsey-Reports auch in dieser Frage werden erst jetzt bestätigt, wo der Zahlenberg, den Kinsey und seine Mitarbeiter aufgetürmt haben, langsam ins Rutschen kommt.

Auch wenn Statistiken die Entwicklung der letzten Jahre noch nicht erfaßt haben, so ist eine Zunahme weiblich homosexuellen Verhaltens zu beobachten. Mehr homosexuelle Frauen als je zuvor „bekennen" sich zur Homosexualität, und, was wichtiger sein dürfte, viele Frauen, die glaubten, heterosexuell zu sein, „entdecken", daß sie homosexuell sind.

Diese Entwicklung eingeleitet und begünstigt zu haben, ist ein Verdienst der Frauenbewegung, sie voranzutreiben eine ihrer Aufgaben. Denn noch immer finden zu viele Mädchen und Frauen zu spät ihre homosexuelle Identität, zu lange gehen sie den Leidensweg der sexuellen Nicht-Identität, der von Männern als Zickigkeit und von Therapeuten und Ärzten als Frigidität interpretiert wird.

Vergleicht man jüngere Untersuchungen über weibliche und männliche Homosexualität, wird die zusätzliche Benachteiligung homosexueller Frauen deutlich. Im Alter von 16 Jahren beispielsweise ahnten 66 Prozent der männlichen, aber nur 35 Prozent der weiblichen Homosexuellen, daß sie homosexuell sein könnten; entsprechend hatten 53 Prozent der befragten homosexuellen Männer mindestens einmal Geschlechtsverkehr mit einem Mann, aber nur 21 Prozent der weiblichen Homosexuellen Geschlechtsverkehr mit einer Frau.

Nach allem, was wir über die Entstehung der Sexualität wissen, werden die Weichen für das Triebschicksal in einer frühen Phase der menschlichen Entwicklung gestellt. Dieser Zeitpunkt mag zwar wissenschaftlich interessant sein, für die psychosexuelle und psychosoziale Verarbeitung der Betroffenen ist er unerheblich, denn, er läßt eine bewußte Beeinflussung nicht zu. So ist es schließlich gleichgültig, welche theoretische Annahme über die Entstehung der Homosexualität sich einmal als richtig erweisen wird. Die Betroffenen, deren Verhalten die Gesellschaft als abweichend oder unnormal bezeichnet, führt das Lesen im Chromosomensatz ebenso wenig weiter wie Spekulationen über das Eltern-Kind-Verhältnis. Ihnen tritt ihre „Veranlagung" faktisch gegenüber wie etwas, das sie ererbt haben. Erst wenn sie wissen, daß sie homosexuell sind, können sie was draus machen. Deshalb sind die Umstände, unter denen sie es erfahren, so entscheidend. Diese Entwicklungsphase *ist* beeinflußbar, sie wird bewußt erlebt und erlitten.

Sollte die Frauenbewegung, wie ich es beobachtet habe, homosexuellen Frauen die Identitätsfindung erleichtern und in vie-

len Fällen erst ermöglichen, erfüllt sie eine therapeutische Funktion. Warum aber dann in den neo-feministischen Gruppen derart erbitterte Auseinandersetzungen über weibliche Homosexualität? Warum ist die Rolle der „Lesben" in der „Bewegung" so umstritten?

Die theoretischen Annahmen des Neo-Feminismus leiten den gesellschaftlichen Hauptwiderspruch aus dem „Antagonismus der Geschlechter" ab. Dieser Widerspruch beruhe auf dem Patriarchat und äußere sich im Sexismus. Die Beziehung der Geschlechter beruhe auf der Herrschaft und der Unterordnung. Ursache von Herrschaft und Unterordnung sei das Patriarchat. Daraus folge: Das einheitliche Interesse *aller* Frauen sei, die Männerherrschaft zu bekämpfen und den Sexismus zu brechen. Diese Annahmen, auf das Sexualverhalten angewandt, führen zu Schlußfolgerungen, wie sie etwa in der US-amerikanischen Feministinnen-Literatur angeboten werden: „Feminismus ist die Theorie – Lesbianismus die Praxis". Richtig. Das hat eine innere Logik. Die Konsequenz eines radikal feministischen Lebens, von Männern abgewandt und gegen Männer gelebt, ist u. a. die Homosexualität. In der Theorie stimmt alles. Wenn die Theorie stimmt.

Geistesgeschichtlich heben sich die Theorien des Neo-Feminismus nicht ab von Strömungen, die die Protestbewegungen der letzten Jahre beeinflußten und bestimmten. Es ist die Tradition der single-point-movements, wie Ostermarschbewegung, Kampf dem Atomtod, Sexualkampagne, Schwulenbefreiungsbewegung. Ich korrigiere im übrigen den Begriff single-point-movement (Einpunktbewegung) nicht, auch wenn mir auffällt, daß der Begriff im Zusammenhang mit einem Aufsatz über Aspekte des Neo-Feminismus zu bitterem Lachen herausfordern mag. Aber die feministische Sprachsensibilität, die sich wie ein Zuchtmeister über alle Frauen betreffende Texte stülpt, kann mich nicht überzeugen. Sie überzeugt mich so lange nicht, so lange sich homosexuelle Frauen „Lesben" und homosexuelle Männer „Schwule" nennen lassen. Diese Sprache ist nicht Waffe in der alltäglichen politischen Auseinandersetzung. Sie fordert keine kämpferische Auseinandersetzung heraus. Sie ist eine würdelose Umarmung der Verfolger. Was in der Subkultur Selbstironie sein mag, ist, wenn man es dem Gegner gestattet, Selbstverachtung, ist wie das Gestammel eines kleinen Jungen, der nur dann aus dem Schwitzkasten eines Stärkeren gelassen wird, wenn er dreimal sagt, ich bin ein Schwein, ich bin ein Schwein, ich bin ein Schwein. Nenn einen Neger im Getto von New York Nigger, und du bekommst eine in die Fresse. Frag einen Homosexuellen im Fernsehen, ob er „schwul" sei, und du bekommst zur Antwort: „Ja, ich bin schwul, und ich bin stolz darauf!"

Historisch treten Einpunkt-Bewegungen in Zeiten und an Orten auf, in denen das Bewußtsein der Arbeiterklasse schwach entwickelt und ihre Organisationen wenig gefestigt sind. Ein hoher moralischer Anspruch, ein großes demokratisches Engagement einerseits, diffuse Theorien gepaart mit bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologien andererseits, sind ein weiteres Charakteristikum der sogenannten Einpunkt-Bewegungen.

Den Neo-Feministinnen ist das Patriarchat (und seine Ausgeburt Sexismus) zentrale Kategorie zur Interpretation gesellschaftlicher Wirklichkeit. Vieles scheint mit diesem Ansatz erklärbar. In den Konzeptionen und Glaubenssätzen der verschiedenen Strömungen des Neo-Feminismus erkennen viele Frauen ihre Erfahrungen wieder, im Kampf gegen den Sexismus sehen sie den Ansatzpunkt für den Kampf gegen Unterdrückung, wie sie ihn täglich, in Männern personifiziert, erfahren.

Aber der Sexismus will auch dort noch erklären, wo er nichts mehr erklären kann. Je weiter sich deshalb die Erklärungsversuche des radikalen Feminismus von konkreten Frauen-Erfahrungen lösen, je weniger es um die Interpretation subjektiver psychischer Erfahrungen geht, je deutlicher

„Heterosexuelle Frauen sind heterosexuell weil sie heterosexuell sein müssen"

sich objektive ökonomische Mechanismen in das Leben von Frauen einmischen und zu klassenspezifisch sehr unterschiedlichen Erfahrungen führen, desto mehr erweisen sich die Theorien des allumfassenden, alles erklärenden Feminismus als ein idealistischer Höhenflug und Ausdruck bürgerlicher Ideologie.

Erinnern wir uns: Die antiimperialistische Protestbewegung der 60er Jahre, als Generationenkonflikt interpretiert, brachte schließlich die „Theorie" von „der Jugend als Klasse" hervor; der demokratische Kampf der Frauen als Geschlechterkonflikt interpretiert, bringt die „Theorie" vom „Kampf der Geschlechter" hervor.

Wo die Klassenwurzeln dieser theoretischen Verblendung liegen, macht das folgende Zitat aus der US-amerikanischen Feministinnen-Literatur deutlich. Was ist eine Lesbierin? „Lesbierinnen sind Frauen, die sich *entschieden* haben, Frauen zu lieben". Welch elitärer Quatsch! Lesbierinnen sind Frauen, die homosexuell sind. Sie sind homosexuell, weil sie homosexuell sein müssen. Und wenn sie was kapiert haben von ihrer Lage, dann wollen sie auch homosexuell sein. So ist das. Es gibt da keine freie Wahl nach dem Motto: Was hätten gnädige Frau denn heute gern? Homo? Hetero?

Was nährt diese Illusion, frei über die Richtung des Sexuellen verfügen zu können? Vielleicht ist es eine falsche Ableitung aus den Erfahrungen des sexuellen Werdegangs der sogenannten „Bewegungslesben", also der Frauen, die erst durch die Frauenbewegung zur Homosexualität gefunden haben. Unter dem Einfluß des studentischen Milieus und in stiller Verachtung der kleinbürgerlichen „Lebens-Szene" haben viele dieser Frauen über Jahre in heterosexuellen Beziehungen gelebt. Unbewußt und unglücklich. Die Frauenbewegung, erst die Frauenbewegung setzte ihre wahren Bedürfnisse frei. Sie wurden homosexuell und damit das, was sie schon immer waren.

Hier wäre ein legitimer Anwendungsbereich für die Theorie vom Sexismus. Sexismus ist sexuelle Gewaltherrschaft. Die Erfahrung von offener oder subtiler Gewalt ist Ursache für die oft jahrelange Selbstverleugnung homosexueller Frauen. Die körperlichen Voraussetzungen der Frau, die anatomische Tatsache, daß man eine Frau (ran)nehmen kann und eine männliche Sexualität, die Schwanz und Körperkraft wie eine Waffe benutzt, verursachen das physische Gewaltverhältnis, in dem viele Frauen unterzugehen drohten und an das viele homosexuelle Frauen noch immer gefesselt sind.

Die „Entdeckung" und das Akzeptieren der Homosexualität bedürfte keiner Begründung. Die „Bewegungslesben" jedoch sind gebunden an die Anforderungen der bürgerlichen Moral, sie müssen ihr Verhalten rechtfertigen und rationalisieren, um es akzeptieren zu können.

Die Anstrengungen, homosexuelles Verhalten zu begründen, macht ein weiteres Charakteristikum des Neo-Feminismus deutlich. Man deckt sich mit Theoriestükken ein wie in einem wissenschaftlichen Gemischtwarenladen. Typisch für die Sprache radikaler Feministinnen ist der Gebrauch eines historisch-materialistischen Vokabulars mit dessen Hilfe man die unterschiedlichsten Ansätze zu einem Theorienpuzzle zusammenlegt.

„Bisexualität" ist eines der knarrenden Scharniere für die Begründung homosexuellen Verhaltens. Simone de Beauvoir stellt die Behauptung auf, alle Frauen seien homosexuell, was heißen soll: zwar nicht ausschließlich, aber eben auch, also bisexuell. Doch die Theorien von der Bisexualität stehen auf einem schwankenden wissenschaftlichen Grund. Es gibt eine statistisch meßbare Bisexualität. Es gibt Männer und Frauen, die sowohl zu hetero- wie homosexuellen Beziehungen oder mindestens zu sexuellen Betätigungen fähig sind. Mir sind aber nur wenige Fälle bekannt, auch in der Literatur finden sich kaum Beispiele, wo man von einer Symmetrie zwischen den beiden Sexpolen sprechen könnte. Noch weniger sind mir Beispiele bekannt, wo man von einer psychischen Bisexualität sprechen könnte. Das wäre ein sexuelles Verhalten, wo Frau oder Mann ohne Mangel und ohne Bevorzugung des einen oder anderen Geschlechts, auch ohne Fixieren auf ein Schönheitsideal, beliebig und jederzeit Partner des eigenen wie des anderen Geschlechts lieben können. Eine Utopie, deren Verlockungen die Phantasie vieler Menschen erregt, eine Utopie, für deren Verwirklichung zu kämpfen lohnte. Aber immer noch nur eine Utopie!

Ist es also die Fähigkeit von Frauen, intensive emotionale Beziehungen zu anderen Frauen zu entwickeln und ohne Angst diese Beziehungen auch körperlich zu erleben, die berechtigt, von einer konstitutionellen weiblichen Bisexualität zu sprechen?

Die meisten Frauen in feministischen Gruppen weisen diese Interpretation zurück, auch die, die homosexuelle Erfahrungen gemacht haben und bewußt solche Erfahrungen suchen. Sie verstehen sich auch dann noch als heterosexuell, wenn sie homosexuelle Beziehungen suchen. Heterosexuelle Frauen sind heterosexuell, weil sie

heterosexuell sein müssen. Ihnen bleibt keine andere Wahl. Sie kämpfen darum, auch ihre Heterosexualität selbst zu bestimmen und nicht von Männern interpretiert zu bekommen.

Deshalb begründet der Versuch, den Lesbianismus als *die* sexuelle Praxis der feministischen Theorie auszuweisen, ein neues Gewaltverhältnis. Frauen fühlen sich bedroht von Frauen. Frauen machen die Erfahrung, daß ihnen heterosexuelle Wünsche weginterpretiert werden. Sie erleben, daß man ihnen erklären will, was sexuell richtig für sie sei; wie gehabt. Viele Frauen wehren sich zudem gegen die Idealisierung des Lesbianismus, wie sie von den sogenannten und sich selbst so nennenden „Bewegungslesben" betrieben wird. Auch homosexuelle Frauen müssen um angst- und herrschaftsfreie Beziehungen erst kämpfen. Die stellen sich nicht einfach ein, sie müssen erst hergestellt werden. Auch in der gesellschaftlichen Realität verhalten sich homosexuelle Frauen nicht à priori solidarisch gegenüber anderen Frauen. In sogenannten Frauenberufen, in denen Frauen Leitungs- und damit Herrschaftsfunktionen wahrnehmen, müssen Frauen – die unten sind – erleben, daß Frauen – die oben sind – sich verhalten wie Männer in vergleichbaren Rollen.

Die Idealisierung der weiblichen Homosexualität, ihre Darstellung als eine vorweggenommene Utopie muß deshalb heterosexuellen Frauen wie die Forderung einer puritanischen Verzichtmoral erscheinen. Sie wollen Ursachen und Folgen einer verkommenen, von Männern deformierten Heterosexualität bekämpfen, und werden aufgefordert, die Heterosexualität abzuschaffen.

Mir ist schleierhaft, was homosexuelle Frauen, die den Lesbianismus als höchste Stufe des Feminismus beschreiben, erreichen wollen. Selbst als eine Form der Anmache wäre es ein billiger Trick, der nichts bringt. Zwar kann es gelingen, eine heterosexuelle Frau zur Homosexualität zu „überreden". Eine so manipulierte Frau schläft aber nicht *mit* einer Frau sondern mit ihr *gegen* einen Mann oder gegen die Männer. Das entspräche jener männlichen Freierhaltung, die nur auf körperliche Befriedigung drängt, unvereinbar mit einer nach Befreiung strebenden Sexualität.

Die Festlegung auf *eine* Geschlechtsrolle wird von vielen als Terror empfunden. Durch einen Willensakt aber ist der Terror der Geschlechtsrollenfixierung nicht zu durchbrechen. Es sei gleich, so kann man von Verfechtern der Bisexualität hören, mit wem man sich einlasse und mit wem man schlafe. Wäre es gleich, dann könnte man es lassen. Es ist *anders!* Nur Frauen (und Männer), die die Erfahrung, anders zu sein, aushalten, werden als Heterosexuelle in homosexuellen Beziehungen Lust finden. Sie brauchen die Hilfskonstruktion der „Bisexualität" nicht, um ihre Erfahrung zu rechtfertigen.

Es kann kein Zufall sein, daß das neue Selbstbewußtsein der Homosexuellen, das offene und bewußte Eintreten vieler Homosexueller für das Recht, so zu sein wie man ist, zusammentrifft mit Bestrebungen, die unter dem Stichwort Bisexualität weismachen wollen, man könne auch anders sein. Objektiv ist die „Theorie" von der Bisexualität eine neue, subtile Form der Homosexualitätsunterdrückung. ■

Stark auf der Brust

Wenn „drüben" ein Chef aufmuckt, hauen ihm die Frauen sofort drei Gesetzbücher um die Ohren. Absolute Gleichberechtigung im Betrieb. Doch abends steht die sozialistische Frau immer noch am Herd. Auch deshalb heißt der Generalsekretär Erich und nicht Erika. KONKRET-Reporter Uwe Herzog war zum Internationalen Frauentag in dem Land, in dem die Anti-Baby-Pille „Wunschkindpille" heißt

Berlin-Ost. Fernsehturmanlage. Schlangestehen vor der Diskothek. Vor mir warten mindestens dreißig Leute. Warteschlangen in der DDR haben immer etwas zu bedeuten. So suchen meine Westaugen verzweifelt nach dem, was hier rar sein muß. Haben die jetzt etwa schon Mißernten in der Schlagerbranche?

„Wo bleebt der denn?" fragt das Mädchen neben mir. „Der " ist Discjockey, steht hinter der Glastür und kramt den Schlüssel aus der Tasche. Also doch keine Mißernte. Nach zehn Minuten sind fast alle Tische besetzt. Die Mädchen tragen Jeans, Hosenröcke, Pluderhosen mit passendem Westchen. Der Discjockey legt die erste Scheibe auf: „Summer Party". Westtitel. Einer nach dem anderen. Frank Schoebels „Rose von Chile" will hier niemand hören. „Und nun machen wir ein kleines Päuschen und bieten ihnen eine Einlage, meine Herren. Den Damen empfehlen wir das, was jetzt kommt, zur Nachahmung", sagt Frank, der Discjockey.

Alle setzen sich, die Light-Show wird auf die Bühne gerichtet. Wieder ein Westti-

tel. Eine vielleicht achtzehnjährige Blondine klettert auf die Bühne. Mir gehen die Augen über: In knapper Reizwäsche veranstaltet das Mädchen eine Show mit Joga-Übungen. Stürmischer Applaus nach jeder Verrenkung. Und das am Vorabend des 8. März, des Internationalen Frauentags, in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Glück, daß man an den Stellungen der Blondine nicht die Stellung der Frau im Sozialismus der DDR festmachen kann.

Die Statistiken hierzu lesen sich für Westdeutsche nahezu abenteuerlich!

86,5 Prozent der arbeitsfähigen weiblichen Bevölkerung sind heute berufstätig, lernen oder studieren. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten in der Wirtschaft liegt bei 49,6 Prozent.

57,2 Prozent aller berufstätigen Frauen haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, elf Prozent einen Hoch- oder Fachschulabschluß. Von den 370 000 Arbeitern, die von 1971 bis 1975 einen Facharbeiterabschluß machten, waren 56 Prozent Frauen.

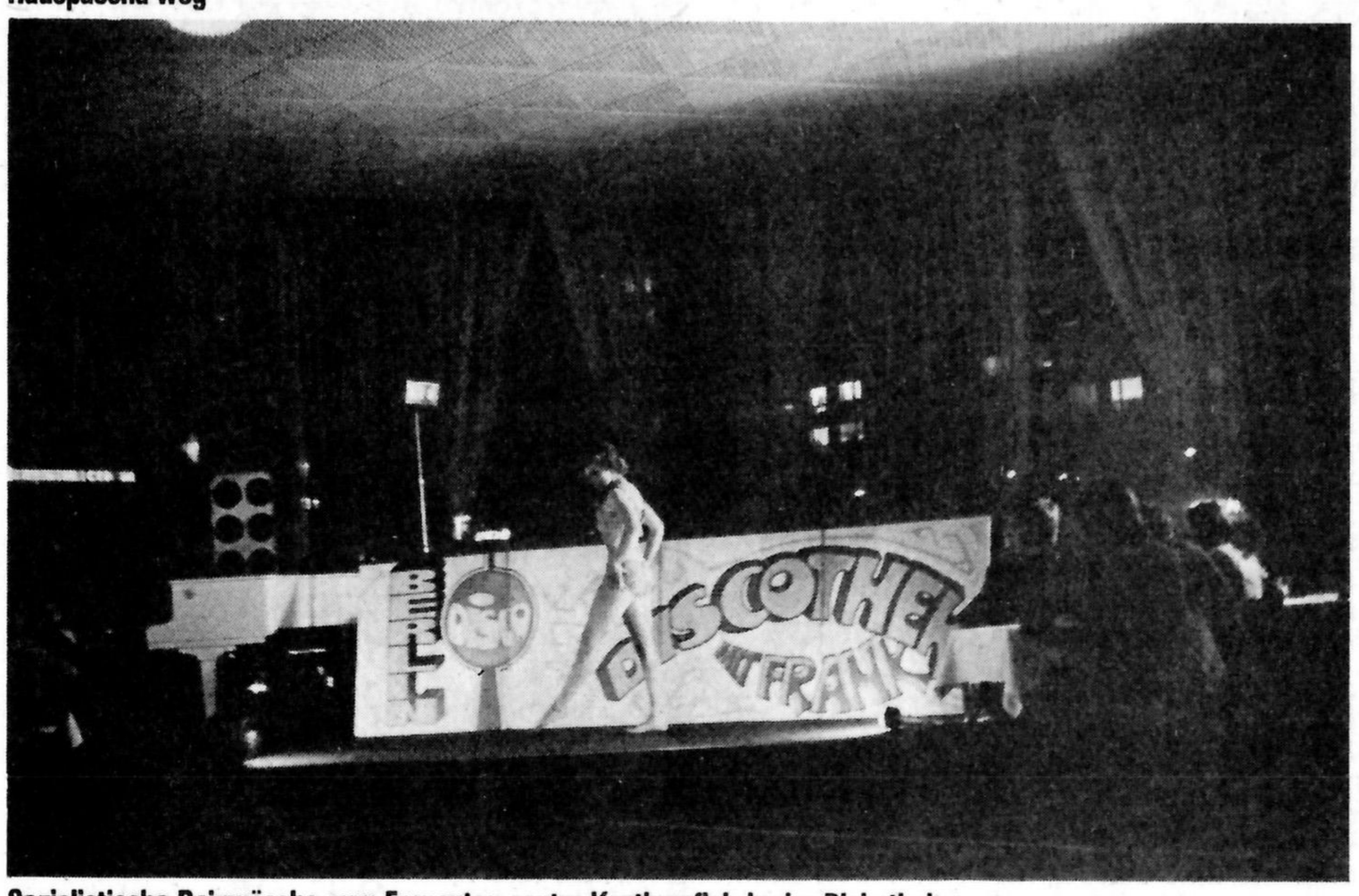
Ab Mai dieses Jahres gilt für Frauen mit zwei oder mehr Kindern die 40-Stunden-Woche – ohne daß ihnen auch nur eine Mark vom Lohn gekürzt wird. Für Frauen mit drei Kindern und für in Schicht arbeitende Mütter gilt diese Regelung schon jetzt. Bisher gab es für junge Mütter ein Jahr bezahlten Urlaub mit der Auflage für die Betriebe, sie wieder an ihrem alten Arbeitsplatz einzustellen. Das neue Arbeitsrecht, jetzt in der DDR diskutiert, sieht drei Jahre Urlaub für Mütter mit Neugeborenen vor. Es soll im Sommer verabschiedet werden.

In der DDR sind 32 Prozent der Volkskammerabgeordneten, 36 Prozent der Bezirksabgeordneten, 44 Prozent der Gewerkschaftsfunktionäre, 21 Prozent der Bürgermeister, 20 Prozent der Schuldirektoren, 45 Prozent der Schöffen, 36 Prozent der Richter, 25 Prozent der Leiter in der Wirtschaft und 35 Prozent der Vorstandsmitglieder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften Frauen.

Rund vier Millionen Mädchen und Frauen, also 50 Prozent aller Mitglieder, gehören dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) an. Mitglied bedeutet in der DDR oft nur zur Hälfte „mit Glied". Wolfgang, mein Begleiter vom DDR-Fernsehen, sagt: „Weißt du, wenn wir hier in der DDR eine Geschichte über Frauen machen, dann ist das, was wir bisher geschafft haben, total unwichtig. Wir würden über die Hauspaschas schreiben, die sich von oben herablassen und ab und zu abspülen. Die meisten Frauen machen das nämlich immer noch selbst. Und wir würden fragen, wie es kommt, daß es meistens Männer sind auf den Fotos in unseren Zeitungen."

Eva Hahn vom Bundesvorstand des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD): „Die Gesetzesbedingungen sind am schnellsten geschaffen. Wir hatten das Glück, daß '45 siebzig Prozent aller Werktätigen Frauen waren." Von den Trümmern zum Kümmern. Ums Kind nämlich. Tagsüber arbeiten, abends das Kind von der Krippe holen, abspülen und bügeln – da ist die Energie fürs Politikmachen weg. Hella Glodniok, verantwortlich für pädagogische Fragen im DFD-Bundesvorstand: „Frauen, die keine Kinder haben, haben die gleichen Rechte wie Männer."

Für die Frauen „drüben" ist die erreichte Gleichberechtigung schon fast Gedenkstätte - jetzt muß nur noch der Hauspascha weg



Sozialistische Reizwäsche zum Frauentag contra Kantinenflair in der Diskothek

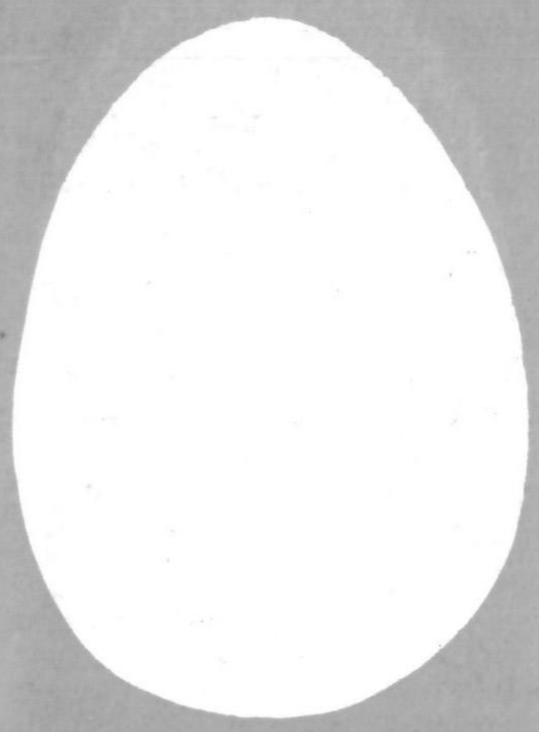
Doch: Wer abends beim Einkaufen Schlange steht, hat keine Zeit, Generalsekretär zu werden. Der heißt immer noch Erich. Beim Friseur hält einer neben mir 'ne Illustrierte in den Händen. Aufgeschlagen: Die „Seite für die Frau". Schönes Zitat oben rechts: „Der typische Funktionär: Ein würdiger Vertreter. Die typische Funktionärin: Eine würdige Stellvertreterin."

Bevor ich gehe, sehe ich mir die Mädchen mit den Haarschneidemaschinen noch einmal an.

„Ich weiß, daß es alte Auffassungen gibt, wonach die Frauen vor allem sogenannte leichte Berufe ausüben müßten. Aber, liebe Genossinnen, wir können den Sozialismus nicht nur mit Friseusen aufbauen." Walter Ulbricht, 1962 vor einer Versammlung der Frauenausschüsse.

Eva Hahn: „Die Rechte für die Frauen sind ja schon nach dem Krieg gemacht worden. Aber erst 1971 haben wir sagen können: Jetzt stimmen Gesetz und Wirklichkeit überein. Natürlich müssen wir jetzt nicht mehr für die Gleichberechtigung kämpfen." Für die im Friseurladen nicht mehr. ■

Das Ei des Columbus



„Die Wahrheit ist immer konkret" (Bert Brecht)

Ich abonniere **KONKRET** zur Lieferung frei Haus ab Heft 6/77 (Juni 1977).
Das Abonnement gilt für zwei Jahre und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, falls es nicht 6 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Zustelladresse (Bitte in Blockschrift ausfüllen, je Kästchen nur ein Buchstabe)

Vor- und Zuname

Straße Haus-Nr.

Postleitzahl Ort

Nach Beginn der Lieferung erhalte ich eine Rechnung über DM 79,20 von Ihrem Vertrieb.
(**Wichtig: Kein** Geld an uns schicken, erst die Rechnung vom Vertrieb **abwarten!**)
Die 2 Bände „KURSBUCH" erhalte ich in Kürze frei Haus als Prämie für dieses Abonnement.

Rechtshinweis: Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden. Es genügt während dieser Frist eine Mitteilung an
KONKRET, Osterabo, Rentzelstr. 7, 2000 Hamburg 13.

Datum Unterschrift

Sozialismus für Italien
Programm einer gesellschaftlichen Umgestaltung
220 Seiten; Paperback; DM 16,80

Berlinguer/Gramsci/Longo/Togliatti
Der historische Kompromiß
Mit weiteren Beiträgen von Amendola, Chiaromonte, Gruppi, Ingrao, Lama, Lombardo-Radice, Napolitano, Natta, Trivelli.
203 Seiten; Paperback; DM 14,–

Helga Koppel
P.C.I. (partito comunista italiano)
Die Entwicklung der italienischen KP
KP zur Massenpartei
160 Seiten; Paperback; DM 12,–

Luciano Gruppi
GRAMSCI
Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats
176 Seiten; Paperback; DM 14,80

Margit Frackmann
Das Elend der Berufsausbildung
Lehrstellenabbau und berufliche Bildung
140 Seiten; Paperback; DM 9,80

H. Reiners/V. Volkholz (Hrsg.)
Das Gesundheitssystem in der BRD
Eine Einführung
168 Seiten; Paperback; DM 12,80

Projekt Klassenanalyse
Der Staat in der BRD
Ökonomische Basis und Entwicklungstendenzen 1950–1976

Ökonomische Basis und Entwicklungstendenzen 1950–1976
176 Seiten; Paperback; DM 16,–

J. Bischoff (Hrsg.)
Die Klassenstruktur der Bundesrepublik Deutschland
Ein Handbuch zum sozialen System der BRD
173 Seiten; Paperback; DM 9,80

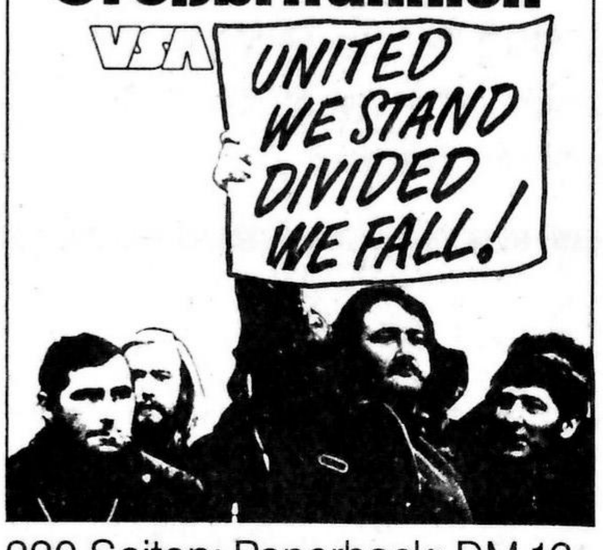
VSA informiert
über einen Ausschnitt aus seinem Verlagsprogramm. Die Bücher und Zeitschriften erhalten Sie in jeder Buchhandlung oder direkt vom Verlag. Informationen über das Gesamtprogramm können Sie mit beigehefteter Postkarte vom Verlag anfordern.
VSA, Koppel 14, 2000 Hamburg 1
Vertrieb: VSA, Erkelenzdamm 7
Postfach 360 307, 1000 Berlin 36

Luis Corvalan/Eduardo Labarca
Kommunistische Politik in Chile
Interviews mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles
176 Seiten; Paperback; DM 9,80

S. Carrillo/R. Debray/M. Gallo
Spanien nach Franco
Interview mit dem Generalsekretär der KP Spaniens
XII/196 Seiten; Paperback; DM 14,80

Agnes Heller
Theorie der Bedürfnisse bei Marx
160 Seiten; Paperback; DM 12,80

Allen Hutt/John Gollan
Die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien



220 Seiten; Paperback; DM 16,–

Unabhängige
Monatsschrift
NeuePolitik

für
Freiheit
Sozialismus
Selbstbestimmung
Menschenwürde

gegen
Willkürherrschaft
Ausbeutung
Militärblöcke
Umweltmord

Lernen Sie uns kennen!
Bestellen Sie unverbindlich ein
kostenloses Probeexemplar beim

Verlag Neue Politik
Geschwister-Scholl-Str. 142
2000 Hamburg 20

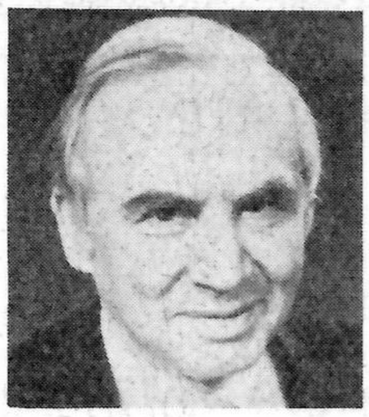
Ein wichtiges Buch

Frank Rühmann
Anwaltsverfolgung in der Bundesrepublik Deutschland 1971–1976
ca. 120 S., DM 12,–

Wie die Justiz den Weg
zum totalitären Staat bereitet

erscheint Ende März 1977 im

Verlag Neue Politik
Geschwister-Scholl-Str. 142
2000 Hamburg 20



Die neue Tyrannei kommt sanft daher

Der Zukunftsforscher Robert Jungk („Heller als tausend Sonnen") warnt vor dem totalen Atom- und Überwachungsstaat

Eine neue unheilige Allianz von Forschung und Sicherheit beginnt sich durchzusetzen. Was das für den gewöhnlichen Bürger bedeutet, beginnen bisher erst ein paar zehntausend Menschen in jedem Industriestaat zu spüren. Aber man darf annehmen, daß es morgen vielleicht schon Hunderttausende und übermorgen vielleicht Millionen sein werden. So ist es jetzt schon die Regel, daß alle diejenigen, die direkt in Kernkraftwerken beschäftigt sind, sich – „freiwillig" – einer genauen Untersuchung und ständigen Überwachung unterwerfen müssen. Dabei gibt es natürlich Abstufungen. Wer an besonders empfindlicher Stelle arbeitet, wird genauer durchleuchtet, als einer, der dort beschäftigt ist, wo er nicht so leicht willentlich oder unwillentlich Schäden verursachen könnte.

Aber längst ist der Bogen schon weiter gespannt. Wer in einem Werk beschäftigt ist, das in irgendeiner Weise am Bau, an der Montage, am Betrieb von Kernkraftwerken beteiligt ist, hat zu gewärtigen, daß man seine Zuverlässigkeit in politischer, charakterlicher oder moralischer Hinsicht von Fall zu Fall und von Zeit zu Zeit untersucht. Dabei verspricht man, von seiten des Innenministeriums in Bonn, nur soviel wie unbedingt notwendig prüfend einzugreifen. Aber wo verlaufen da eigentlich die Grenzen, wieviel ist dem Ermessen der verschiedenen Sicherheitsorganisationen überlassen, die da mitwirken? Es wäre gut, darüber genaue Auskünfte zu erhalten. Doch wer das versucht, und ich habe es versucht, wird mit recht allgemeinen Sprüchen abgefertigt.

Die Sicherheit verlange, sagte man mir, daß man nicht zuviel darüber verriete, wie man die Sicherheit bewahren wolle. Schließlich kann ja in jedem Frager ein potentieller Terrorist vermutet werden, und erst recht in den Leuten, denen er vielleicht sein Wissen weitergibt. Und um Mitgefühl zu erregen, meint dann der Herr der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, er müsse ja auch ständig damit rechnen, daß man sein Büro in seiner Abwesenheit öffne, daß man seine Papiere durchwühle, daß mein sein Privatleben peinlichst beobachte. Er sagte es gefaßt, ja sogar lächelnd, als sei das etwas ganz Selbstverständliches.

Totales Mißtrauen als erste Bürgerpflicht, – nur ein Revoluzzer, der das nicht einsehen will.

Die neue Tyrannei kommt ganz sanft, ganz zivil daher. Sie sagt, „aber liebe Leute, wir wollen ja nur euer Bestes. Wir schützen eure Gesundheit, wir verteidigen die Umwelt, wir bewahren euch vor schrecklichen Atom-Explosionen. Wir sind doch Freunde und Helfer". Und mit solchen trostreichen Worten wenden sie die Untersuchungsmethoden an, die sie beim Radikalenerlaß schon so schön ausprobiert haben. Doch jetzt auf alle, die mit technischen Apparaturen, nein, nicht nur mit nuklearen, sondern auch anderen, zu tun haben, deren sicheres Funktionieren vor jedem Zugriff geschützt werden muß.

Wer dabei Bilder der Gefahr oder des NKWD geistig vor sich hat, soll sich beruhigen, es sind, zumindest äußerlich, ganz harmlose Leute des technischen Überwachungsdienstes, freundliche Systemtheoretiker, höfliche Kriminalbeamte, fast unsichtbare und unhörbare Elektroniker und ebenso fleißige wie präzise Datenfachleute, die da am Werke sind. Sie bedienen eine ganz eigene, neue Technologie der politischen Kontrolle, die zum Teil in Vietnam, zum Teil in Nordirland, zum Teil aufgrund der eigenen deutschen, französischen, italienischen Erfahrungen entwickelt wurde. Da arbeitet man mit Infrarotkameras, die das Dunkel der Nacht durchdringen und mit Abhörgeräten, die auf weite Entfernungen funktionieren. Wer wird sich denn vor dem Computer fürchten, der alle seine persönlichen Daten registriert, und aus ihnen dann gewisse Muster seines persönlichen Lebens spinnt? Wen stören denn hochempfindliche Sensoren, die auf Körperwärme reagieren, wenn er nicht gerade vorhat, in ein überwachtes Baugelände einzudringen?

Nun, mich zum Beispiel stört das alles. Weil ich nicht weiß, welchen Mißverständnissen und möglichen Eingriffen ich ständig ausgesetzt bin.

Wenn wir auf Kernkraftwerke verzichten, gehen morgen die Lichter aus, so meinen die Advokaten der neuen Kraft, das darf unter Hinweis auf weniger hysterische Energieprognostiker mit Fug und Recht bezweifelt werden. Aber daß, um uns angeblich genügend elektrischen Strom zu sichern, morgen das Licht der Freiheit verdunkelt und vielleicht ganz abgeschaltet wird, ist nicht mehr ganz so unwahrscheinlich, wenn wir diese heranwachsende Inquisition im Namen des Fortschritts wirklich weiter zu dulden bereit sind.

KKW-Gegner Wüstenhagen beim KONKRET-Interview*

„Alles hängt jetzt von den Gewerkschaften ab"

Konkret-Interview mit Hans-Helmuth Wüstenhagen, dem Vorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz

KONKRET: Herr Wüstenhagen, als Sie heute früh in den Zeitungen gelesen haben, daß der Verfassungsschutz mit Wissen des Bundesinnenministers in die Wohnung eines „Atomphysikers" eingebrochen ist und Wanzen installiert hat, was haben Sie da empfunden?

Wüstenhagen: Das war eine Bestätigung dessen, was wir seit langer Zeit gesagt haben. Wenn man die Atomenergie in der BRD durchsetzen will, ist ein Polizeistaat die Voraussetzung für die Sicherheit dieser Anlagen.

KONKRET: Das heißt, daß die parlamentarisch-rechtsstaatliche Demokratie aus den Angeln gehoben werden muß?

Wüstenhagen: Ja, genau das glaube ich, und ich bin der festen Überzeugung, daß man hier überhaupt nur die Spitze des Eisberges erkannt hat. Die Anzahl der Personen, die das gleiche Wissen wie Herr Traube haben, liegt in der Bundesrepublik bei ungefähr 700 bis 800.

KONKRET: Gehen Sie denn davon aus, daß Sie selbst und Ihre Mitarbeiter auch einer ständigen Kontrolle durch den Verfassungsschutz und Polizeiorgane unterliegen?

Wüstenhagen: Daß wir überwacht werden, ist uns bestens bekannt. Vor ungefähr zwei Jahren ist die Anweisung erteilt worden vom Bundeskriminalamt an die Landeskriminalämter, alle Veranstaltungen von Kernenergiegegnern zu observieren, nach Möglichkeit Fotoaufnahmen zu machen und die Namen der einzelnen Personen festzustellen.

KONKRET: Gibt es dafür eine Rechtsgrundlage?

Wüstenhagen: Dafür gibt es, außer diesen Anweisungen, keine Rechtsgrundlage. Sondern die Behörden sagen einfach: Die guten Staatsbürger sind für die Kernenergie. Wer gegen Kernenergie ist, ist gegen den Staat.

KONKRET: Kernenergie-Gegner sind also Staatsfeinde?

Wüstenhagen: So ist es.

KONKRET: Obwohl ja immer wieder von Regierungssprechern versichert wird, der friedliche Protest sei legitim in einer Demokratie. Also dürfte es doch keinen Grund geben, die Teilnehmer einer angemeldeten Demonstration durch Itzehoe verfassungsschutzamtlich zu erfassen?

Wüstenhagen: Es gibt keinen Grund. Es gäbe nicht einmal dann einen, wenn ziviler Ungehorsam geübt wird.

KONKRET: Ist die Besetzung eines Kernkraftbauplatzes ziviler Ungehorsam?

Wüstenhagen: Ganz genau. Die Platzbesetzung ist keineswegs schwerer Landfriedensbruch, vor allem wenn die Platzbesetzung unter den Voraussetzungen erfolgt, wie wir sie für vertretbar halten: Gewaltfreiheit gegen Personen, keine Zerstörung von dort vorhandenem Gerät und kein Widerstand gegen die Polizei, wenn sie kommt.

KONKRET: Gehört das Zerschneiden von Nato-Draht auch dazu?

Wüstenhagen: Mit Sicherheit. Der Nato-Draht ist eine Provokation für die Bevölkerung. Wenn man Kernkraftwerke nur noch hinter Nato-Draht und meterhohen Mauern bauen kann, dann sollte man es in einem demokratischen Staat in der Tat lieber sein lassen.

KONKRET: In Brokdorf sind die Demonstranten von Politikern, Polizei und Verfassungsschutz zu einer parakriminellen Vereinigung erklärt worden.

Wüstenhagen: Man versucht, die Bürgerinitiativen zu kriminalisieren. Aber der große Versuch der Kriminalisierung im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Brokdorf ist fehlgeschlagen. Und das war sehr traurig für manche Herren.

KONKRET: In Itzehoe und in der Wilstermarsch, bei der letzten Großkundgebung, wurde kein Bauplatz besetzt, es wurden also auch im Sinne der Landesregierung von Schleswig-Holstein keine kriminellen Taten begangen. Ist es aber nicht so, daß die Bürgerinitiativen nur dadurch Erfolg hatten und politisches Gewicht gewannen, daß sie eben nicht nur friedlich durch 'ne friedliche Provinzstadt marschierten?

Wüstenhagen: Richtig. Den Anlaß, daß über die Kernenergie, über die Energiefragen überhaupt diskutiert wurde, haben die sonst so geschmähten Wyhler Bauern ge-

*mit KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza

Sammlung Luchterhand Band 210. DM 12,80

Sammlung Luchterhand Band 217. DM 12,80

„Die beiden Bände sind alles andere als ein nostalgischer Rückblick in ‚gute alte Zeiten'."
Vorwärts

Aus dem Spanischen von Curt Meyer-Clason.
Band 220. DM 12,80
„Dieses Buch ist eine Ernte: Bekenntnis und Abrechnung, Chronik und Dichtung, kraftvolle Beschreibung eines reichen Lebens und einer wirksamen Poesie."
Bayrischer Rundfunk

Bd. 192, DM 9,80

Bd. 25, DM 12,80

Bd. 79, 80, 81 je DM 8,80

Bd. 246, DM 11,80

Bd. 214, DM 9,80

Bd. 4, DM 9,80

Bd. 108, DM 9,80

Bd. 11, DM 12,80

Bd. 219, DM 9,80

Bd. 31, DM 8,80

Bd. 184, DM 9,80

Sammlung Luchterhand

schaffen – mit ihren Aktionen bürgerlichen Ungehorsams.

KONKRET: Man wirft den Bürgerinitiativen vor, daß sie nur einen kleinen Teil der Bürger repräsentieren. Bei den letzten Bundestagswahlen haben 90 Prozent der Bürger der Bundesrepublik Parteien gewählt, die ziemlich einheitlich der Meinung sind, daß Atomkraftwerke gebaut werden sollen. Den Bürgerinitiativen wird weiterhin vorgeworfen, sie seien eine Minderheit, die sich undemokratisch anmaßt, die Mehrheitsentscheidung der Bevölkerung zu korrigieren.

Wüstenhagen: Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß die Bürgerinitiativen in Deutschland mehr Mitglieder haben als die politischen Parteien zusammen.

KONKRET: Eine politische Partei in einer parlamentarischen Demokratie kann Wahlen nur dann gewinnen, wenn sie ein Mehr an Einkommen, ein Mehr an Konsum versprechen kann. Eine Politik ohne Kernkraftwerke, eine umweltfreundliche Politik, bedeutet zugleich eine Politik des geringeren Wachstums, des geringeren Konsums. Da könnte eine Partei nur noch versprechen, den Bestand anders zu verteilen. Und das will nicht einmal die SPD.

Wüstenhagen: Ich halte das für eine völlige Fehlkalkulation. Es wurde in den USA nachgewiesen, daß für zehntausend durch Umweltschutz vernichtete Arbeitsplätze hunderttausend neue geschaffen wurden, und das kann man auch auf die BRD übertragen. Natürlich steckt dahinter auch eine ganz andere Philosophie: Die Möglichkeiten, die der einzelne durch zuviel persönliches Kapital besitzt, stehen nicht im Einklang mit den Grenzen des Wachstums. Wer zu viel Geld hat, kann damit auch zuviel Dummheiten machen. Bisher ist das Kapital immer gewachsen, aber in einer endlichen Welt kann das Kapital auf die Dauer nicht mehr so wachsen. Wenn Sie von Umverteilung des Kapitals sprechen, dann stimme ich Ihnen als der Bürger Wüstenhagen, nicht als der Vorsitzende des Bundesverbandes, voll und ganz zu. Ich glaube, daß keiner das Recht, die Gabe und den Fleiß hat, Millionen zu verdienen. Und ich habe mich immer gefragt, warum wir eigentlich den sogenannten Dummen, den es nach meiner Auffassung gar nicht gibt, der nicht in der Lage ist, soviel zu leisten, so unendlich dafür bestrafen. Wir sollten den Leistungsbegriff endlich einmal überdenken. Leistung sollte nicht sein: möglichst viel zu erzeugen, sondern möglichst viel füreinander zu tun.

KONKRET: Sehen Sie in der SPD oder FDP bemerkenswerten Sinneswandel in dieser Richtung?

Wüstenhagen: In Teilen der SPD des Herrn Eppler, ja. Aber sonst merkt man sehr wenig. Und obwohl viele von uns aus den Parteien kommen, sehen wir eigentlich in dieser Art der Parteien-Demokratie etwas längst Überholtes.

KONKRET: Der CDU-Fraktionschef in Stuttgart, Herr Späth, sagt, Sie wollten ein Räte-System.

Wüstenhagen: Ich selbst bin der Meinung, daß man die repräsentative Demokratie nicht bei allen Fragen abschaffen kann, aber bei einem Teil sehr wohl. Und zwar dort, wo in das direkte Lebensrecht der Bürger intensiv eingegriffen wird, wo Entwicklungen auf Jahrzehnte, also weit über Wahlperioden hinaus, vorprogrammiert werden. Betrachten Sie unsere Verfassung. Glauben Sie, daß unsere Verfassung im Einklang steht mit dieser technisierten Welt? Ist es nicht eine rein idealistisch aufgebaute Verfassung? Was hat sich eigentlich geändert zwischen der Verfassung von 1848 und der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland? Die sogenannten Väter der Verfassung waren zumindest teilweise noch auf der Verfassung von 1848 stehengeblieben. Können wir mit einer solchen Verfassung, die die technische Welt nicht kennt, die die Macht der Technokraten nicht kennt, können wir mit der überhaupt noch existieren? Aber wer ein Wort gegen diese Verfassung sagt, ist schon Staatsfeind.

KONKRET: Weil es Leute gibt, die davon profitieren, daß diese Verfassung so ist, wie sie ist. Die stempeln jeden, der sich Gedanken darüber macht, zum „Verfassungsfeind" oder zum Terroristen, zum Kriminellen. Auch Sie sind so ein Krimineller.

Wüstenhagen: Ja. Nach Ansicht von bestimmten Leuten, z. B. dem früheren Vorsitzenden der westdeutschen Rektoren-Konferenz, Prof. Roellecke, mit Sicherheit.

KONKRET: Und Ihr Ziel wäre es, eine möglichst große Anzahl von Bundesbürgern in diesem Sinne zu kriminalisieren?

Wüstenhagen: Es sind bereits so viele kriminalisiert, daß die Entwicklung gar nicht mehr auszuhalten ist. Aber wenn einmal eine Geschichte der sogenannten deutschen Bürgerbewegung geschrieben wird, dann als ein Aufbegehren gegen ein System der Technokratie und damit gegen ein System der Unfreiheit.

KONKRET: Wie berührt es Sie, wenn Gewerkschaften gegen die Bürgerinitiativen demonstrieren?

Wüstenhagen: Es ist für mich der schwerste Rückschlag gewesen, weil ich von Anfang an der Meinung war, daß die Gewerkschaften schneller zu gewinnen sind. Diese Demonstration hat ja ein Aufsichtsratsmitglied eines Energieversorgungsunternehmens, ein Gewerkschaftsfunktionär, initiiert. Wir haben in diesem Zusammenhang gefragt: Würden Gewerkschaftler auch demonstrieren, wenn wir endlich zu dem von uns allen doch erwünschten Verbot der Rüstung kommen würden? Würden dann diese Gewerkschaftler auch auf die Straße gehen und für Arbeitsplätze in der Rüstung demonstrieren? Ich weiß, wie schwer das für den Einzelnen ist. Ich weiß, wie abhängig er ist von seinem Arbeitsplatz. Und daß er ein Recht auf Arbeit hat. Aber hier kann Arbeit kriminell werden.

KONKRET: Sie müßten natürlich den Protest gegen solche Art von Arbeit koppeln mit der politischen Forderung nach dem Recht auf humane Arbeit. Solange sich Bürgerinitiativen um dieses Problem nicht kümmern, kann der vereinzelte, um seinen Arbeitsplatz gebrachte Arbeiter in Bochum oder sonstwo die Bürgerinitiativen nur als Bedrohung ansehen.

Wüstenhagen: Das ist richtig. Nur, verlangen Sie von unserem Kräftepotential im Augenblick nicht zuviel. Wir müssen die

Kräfte, die wir haben, auf bestimmte Ziele richten. Wir haben zunächst nicht die Möglichkeit gehabt, unsere Alternativen so unter die Bevölkerung zu bekommen, wie es vielleicht nötig wäre, um auch dem einzelnen Gewerkschaftler zu zeigen, daß wir für ihn und nicht gegen ihn sind. Aber durch das Anwachsen der Bürgerinitiativen kommen immer mehr Gewerkschaftler zu uns und zumindest an der Basis der Gewerkschaften scheint sich manches zu verändern.

KONKRET: Es heißt, die Bürgerinitiativen würden von Kommunisten und Radikalen unterwandert.

Wüstenhagen: Jede Bürgerinitiative ist radikal. Es gibt da nur einen einzigen Unterschied: zwischen direkter Gewalt und Gewaltfreiheit.

KONKRET: Es gibt keinen Radikalenerlaß innerhalb der Bürgerinitiativen?

Wüstenhagen: Es gibt keinen Radikalenerlaß. Und ich bin der letzte, der gegen einen Kommunisten etwas hat – unter der Voraussetzung, daß der gemeinsame Weg der Gewaltfreiheit gegangen wird. Ich meine, man sollte immer bei der Wahrheit bleiben. Und die Wahrheit ist, daß es keine Unterwanderungsversuche von seiten der DKP bei Bürgerinitiativen gibt. Daß es aber in Bürgerinitiativen auch DKP-Mitglieder gibt, ist selbstverständlich.

KONKRET: Das wird ja auch der Verfassungsschutz sehr genau wissen. Wie verstehen Sie dann die fortwährende Warnung etwa von Ministerpräsidenten wie Stoltenberg, die Bürgerinitiativen würden unterwandert und müßten sich von diesen Unterwanderern trennen?

Wüstenhagen: Da gab es bereits vor den Ministerpräsidenten recht interessante Aufrufe von großen deutschen Konzernen, d.h. die Ministerpräsidenten kamen erst hinterher. Ich möchte an eine Stellungnahme der Firma Siemens erinnern, die jetzt ungefähr zwei oder drei Jahre zurückliegt. Darin wurden die bei Siemens Beschäftigten aufgefordert: Geht in die politischen Parteien, aber nicht in die Bürgerinitiativen! Wobei man natürlich immer unterscheidet zwischen guten Bürgerinitiativen, die sich um Kindergärten bemühen, und schlechten. Das sind wir. Denn wir haben bei den Bürgern vor Ort mehr Glaubwürdigkeit als die politischen Parteien. Und das bedeutet natürlich für die Mächtigen in diesem Staat eine bestimmte Gefahr.

KONKRET: In einer Untersuchung über die Bürgerinitiativen heißt es: Die Bürgerinitiativen seien „eine spezifische Variante bürgerlich-liberalen politischen Verhaltens. Die Initiatoren vertrauen darauf, daß die Verwaltungen die Mißstände abstellen werden".

Wüstenhagen: Vielleicht ist das Material dieser Befragung sehr alt. In der ersten Phase der Bürgerinitiativen war sehr wohl der Optimismus noch vorhanden, daß man durch bessere und gesicherte Unterlagen manche Vorhaben verhindern könne, und daß man die Verwaltung belehren könne. Das hat sich in einer ganzen Reihe von Fällen auch bestätigt. Aber nicht generell. Vor allem nicht bei der Atomenergie. Heute kostet ein Kernkraftwerk-Block rund 1,5 Milliarden, meist werden zwei oder drei Blocks an einem Ort gebaut. Ziehen Sie die anderen Anlagen noch hinzu, die zu einem Kernkraftwerk gehören, Anreicherungsanlagen, Aufbereitung, Atommüllagerung, dann sind das ganz extreme Werte. Je höher die Kosten sind, je höher die Investitionen sind, desto härter sind natürlich die Auseinandersetzungen.

KONKRET: Wie steht die bundesweite Auseinandersetzung jetzt, nach Wyhl und Brokdorf?

Wüstenhagen: Wir werden zumindest vor einem Baustopp kerntechnischer Anlagen stehen, wenn unsere nächsten Aktionen gelaufen sind. Wir werden die Denkpause erreichen. Wir haben ja im Grunde schon den „Bürgerdialog Kernenergie" umfunktioniert in einen Dialog „rationelle Energienutzung". Und wenn wir Energie rationell nutzen, dann brauchen wir keine Kernkraftwerke.

KONKRET: Sie werden jetzt also mit den Aktionen in Wyhl und Brokdorf, Gorleben und Gronde weitermachen, bis Sie einen nationalen Atomstopp durchgesetzt haben?

Wüstenhagen: Genau.

KONKRET: Und dann werden die Kosten dieser Denkpause aufaddiert, dann wird ein enormer Propaganda-Rummel entfacht und schließlich, nach ein oder zwei Jahren wird dann in Brokdorf gebaut. Alle drei Bundestagsparteien werden sagen „Jetzt müssen wir bauen", Herr Maihofer, Herr Matthöfer, Herr Schmidt, Herr Kohl, Herr Strauß...

Wüstenhagen: Die Energieunternehmen werden noch ein paar Gedichte rausgeben, man wird ein paar Mal den Strom abschalten...

KONKRET: ...und dann wird man, noch besser ausgerüstet und schwerer bewaffnet, mit dem gesamten Polizeipotential den Baubeginn durchsetzen.

Wüstenhagen: Dann haben wir allerdings den excellenten Polizeistaat.

KONKRET: Glauben Sie, daß der zu verhindern ist, wenn in Brokdorf in zwei Jahren endgültig angefangen wird mit dem Bau?

Wüstenhagen: Ich bin nicht so pessimistisch. In keiner Hinsicht. Der Weg ist sicherlich schwer, aber die Zeit arbeitet auch sehr stark für uns, und zwar, weil sich Erkenntnisse immer mehr durchsetzen. Befragungen haben gezeigt, daß die Atomkraftbefürworter besonders unter den Beziehern höherer Einkommen zu finden sind, und bei den unteren, mittleren Einkommen finden Sie unsere größte Anhängerschaft. Alles hängt jetzt davon ab, ob es zu dem Bündnis mit den Gewerkschaften kommt. Erreichen wir das, dann ist die Sache gewonnen. Erreichen wir das Bündnis mit den Gewerkschaften nicht, dann allerdings muß man schwarz sehen. Aber ich glaube nicht, daß der deutsche Arbeiter auf die Dauer hier zu belügen ist. Und wir merken es. Früher war in den Initiativen der Arbeiter Fehlanzeige. Die waren eher 'ne Mittelstandsgeschichte. Die Bürgerinitiativen haben sich in der letzten Zeit grundlegend verändert. Der Einbruch ist da, die Arbeiter kommen. ■

Die endlich geschriebene Geschichte mutiger Männer und Frauen,

die mehr für uns erreicht haben als ihre Verfolger, denen man Denkmäler errichtet hat.

Trotz alledem – Das ist die Geschichte der Männer und Frauen, die als deutsche Radikale in den vergangenen 200 Jahren, seit der letzten Hexenverbrennung und der Einkerkerung Schubarts, bis heute, also von 1777–1977 als Aufklärer, Jakobiner, Patrioten, Demokraten oder Sozialisten »die Dinge vorangebracht«, mehr Fortschritt und Freiheitsraum erkämpft haben.

416 Seiten
mit 23 Abbildungen
34,– DM

C. Bertelsmann/München

Alexander von Hoffmann

Aktion Verfassungs-Müll

Die Bespitzelung des Atomphysikers Traube war kein Sonderfall. Nichts grundsätzlich Neues ist geschehen, keine Grenze wurde überschritten, die bislang etwa noch respektiert worden wäre. Die Affäre bestätigt nur einmal mehr (allerdings dankenswert auffällig) längst Bekanntes: Wie erschreckend weit diese Gesellschaft den freiheitlichen Ansatz des Grundgesetzes hat verkommen lassen und wie unfähig sie ist, den Prozeß aufzuhalten oder gar umzukehren.

Was am Fall Traube öffentliches Aufsehen erregte, war der „Lauschangriff". Hier war ein Grundrecht mißachtet worden, die in Artikel 13 des Grundgesetzes garantierte Unverletzlichkeit der Wohnung.

Aber so einfach ist es längst nicht mehr, sich auf das Grundgesetz zu berufen. Auch Maihofer hatte darin gelesen und meinte gefunden zu haben, was er brauchte: die zusätzliche Bestimmung des Artikels 13, die „Eingriffe und Beschränkungen... zur Abwehr einer gemeinen Gefahr" zuläßt. Aus der gemeinen Gefahr wurde dann noch ein „übergesetzlicher Notstand" gemacht (das Atomgenie als Terrorist, kennt ja jeder aus Fernsehkrimis), und so erschien, was Maihofer angezettelt hatte, nicht als Verfassungsbruch, sondern als Heldenstück.

Wen das schockiert, der hat die Entwicklung der letzten zehn Jahre verschlafen. Beginnend mit den Grundgesetzänderungen von 1968, der sogenannten Notstandsverfassung, ist es in dieser Republik nicht mehr Ausnahme, sondern ständige Praxis, Notstand vor Verfassung rangieren zu lassen, eben gerade unter Berufung auf drohende oder vorhandene extreme Gefahren. Die Grenze, die Maihofer da überschritten haben soll, ist längst ausgelöscht.

Sollte auf die primitive Methode, eine Wanze durch Einbrecher anbringen zu lassen, nach Traube verzichtet werden, so gibt es genug technische Möglichkeiten, auch von außen, ohne Einbruch, in Wohnungen hineinzulauschen. Eine davon ist das Abhören von Telefonen, ein geradezu klassischer Lauschangriff auf die grundgesetzlich geschützte Wohnung.

Auch Traubes Telefon ist, ehe die Wanze angebracht wurde, monatelang abgehört, seine Post ist gelesen worden, aber das hat, als es jetzt bekannt wurde, niemanden empört. Denn damit hat man sich ja seit langem abgefunden, daß die Notstandsverfassung solche Schnüffelei legalisiert und daß unsere Geheimdienste sie seitdem fleißig betreiben.

Geläufig ist auch, spätestens seit Günter Wallraffs Erfahrungsbericht über die Stasi von Köln, daß die Lauscher es mit der gesetzlich vorgeschriebenen nachträglichen Unterrichtung der Belauschten nicht so genau nehmen.

Da war auch zu lernen, daß unsere Schnüffler in der Regel kein Risiko laufen, wenn sie über die ohnehin großzügig bemessenen Gesetze noch hinausgehen. Jener Kölner Oberstaatsanwalt, der sich in Sachen Wallraff einiger Gesetzesübertretungen schuldig gemacht hatte, wurde von seinem Generalstaatsanwalt gedeckt und sitzt wieder an seinem alten Platz im politischen Ressort.

Nichts ist neu, nichts ist anderer Qualität im Fall Traube. Schon gar nicht das von Maihofer, Verfassungsschutz und der Siemens AG gemeinsam über den Physiker verhängte Berufsverbot, das besorgte Liberale so aufgebracht hat. So etwas ist seit Jahren banaler bundesdeutscher Alltag, nur wird es meist nicht in so prominenter Besetzung vorgeführt und weckt deshalb keine Besorgnis, nicht einmal Aufmerksamkeit.

Die plötzliche Aufregung, die Bereitschaft, sich notfalls „gegen eine fallende Wand" zu stemmen (so Augstein), sind gewiß löblich. Ich fürchte nur, sie kommen viel zu spät. Die Wand fällt nicht heute, sie ist längst abgetragen worden. Über Jahre hin und keineswegs heimlich. Die Norm, an der gemessen der Fall Traube eindeutig Verfassungsbruch wäre, gibt es hierzulande nicht mehr.

Die maßgebenden politischen Kräfte haben mit jahrelanger Propaganda die „streitbare Demokratie", das „staatsabträgliche Verhalten", den „Verfassungsfeind", den „Notstand" als neue Normen eingeführt, die in den Köpfen der Bürger heute weit realer sind als jene der vielberufenen freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wer weiß denn noch, daß es in der Definition durch das Bundesverfassungsgericht heißt: „Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung ist mindestens zu rechnen: Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten."

Längst rangiert der latente Notstand als grundlegendes Prinzip einer ganz anderen Ordnung eindeutig vor und über der Verfassung. Die Feststellung des Sozialdemokraten Adolf Arndt aus dem Jahre 1961, daß „ein überverfassungsgesetzlicher Notstand als Rechtsbegründung ausgeschlossen" sei, geht weit über die Köpfe seiner politischen Nachfolger. Sie machen in Gesetzen den alles besagenden Unterschied zwischen „Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland *oder* gegen Verfassungsgrundsätze" (im neuen Strafrechtsparagraphen 88a von 1976), und nicht zufällig kommt hier der Staat *vor* seinen Verfassungsgrundsätzen.

In einer Republik, deren politisch führende Kräfte zwischen Staatsschutz und Schutz der Verfassung unterscheiden und dem ersteren Priorität einräumen, erhielten naturgemäß die Geheimdienste freie Hand und konnten zu einer Art Staat im Staate werden.

Den professionellen und meist subalternen Spähern und Lauschern ist kaum zu verübeln, wenn sie überall nur Feinde sehen; wenn sie, wie Traube sagt, „verbissen einen Fall erst einmal herbeiführen, um ihn dann aufklären zu können" oder „Wichtiges verschweigen, um ihr Erfolgserlebnis nicht zu gefährden"; wenn sie ganz und gar unfähig sind, Menschen und deren Verhalten einzuordnen, etwa bei einem Nonkonformisten wie Traube.

Aus solchen Quellen fließen dann die „Erkenntnisse", die beispielsweise einen Bundesminister veranlassen, Entscheidungen etwas außerhalb des Grundgesetzes zu treffen. Da werden sogenannte Indizien vorgelegt, sorgfältig zu Horrorgemälden komponiert, und die obersten Staatsschützer werden zu Gefangenen ihrer eigenen Notstandsideologie, zu bloßen Hilfsorganen der Geheimdienste, sind deren ständiger Erpressung zum Handeln ausgesetzt.

Und nicht nur dieser Erpressung. Haben die Geheimdienste erst einmal die Ermächtigung zum Einsatz „nachrichtendienstlicher Mittel", wie sie zum Beispiel Maihofer im Fall Traube pauschal gegeben hat, dann agieren sie natürlich auf eigene Faust ohne viel Rücksicht auf Verfassung und Gesetze. Den Verantwortlichen an der Spitze bleibt nur noch, hinterher alles abzusegnen.

Die tun es, zuverlässig, denn die ganze Richtung paßt ihnen. Besonders ist da auf solche Liberalen wie Maihofer Verlaß, die sich ständig als Tatmenschen profilieren, ständig beweisen wollen, daß sie sich im Augenblick der Gefahr nicht durch liberale Skrupel lähmen lassen.

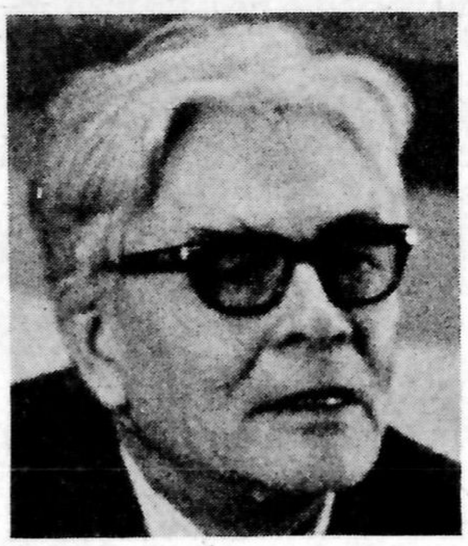
Maihofer ist weiß Gott nicht das, was Augstein, die verwandte Seele, aus ihm machen will: ein „nahezu tragischer" Fall. Er ist die Charaktermaske, die in den Augen der Nachdenklichen und Gebildeten aller Stände noch dem Skandal einen Schein von Honorigkeit verleiht. Augstein sagt es richtig überzeugend: „War diesmal der liberale Innenminister Maihofer am Zuge, so könnte es das nächste Mal ein minder liberaler Bundesinnenminister sein, heiße er nun Strauß oder Dregger."

Es war nicht Strauß und nicht Dregger, sondern der liberale Jurist Maihofer, der letztes Jahr im Bundestag zur Rechtfertigung des freiheitsfeindlichen Paragraphen 88a die Hauruck-Parole ausgab: „Mit dem Schlimmsten rechnen, das Äußerste dagegen unternehmen." Genauso hat sich unser tragischer Held in der Affäre Traube verhalten.

Die ist dennoch kein Fall Maihofer, und sein Rücktritt kann folglich nichts ändern. Auch ein neues Gesetz zur besseren Kontrolle der Lauscher wäre nicht die Rettung; solche Gesetze haben – siehe Post- und Telefonüberwachung – die Tendenz, beruhigende Rechtmäßigkeit vorzutäuschen, so daß das Ungeheuerliche dann umso ungestörter geschehen kann.

Vielleicht fördert der Wanzenskandal die Erkenntnis für das, was wirklich zu tun ist. Bekämpft, bloßgelegt, beseitigt werden muß die verfassungsfeindliche Notstandsideologie. Aufgedeckt und vorgezeigt werden müssen ihre verheerenden, diese Gesellschaft unaufhaltsam verändernden Wirkungen. Berichtet werden muß über die alltägliche Bespitzelung, Einschüchterung, Verfolgung. Alles muß an die große Glokke, nicht nur der süffige Sonntagsfall.

Bundesgenossen, auch Liberale, sind immer willkommen. ■



Wolfgang Abendroth

Die Wahrheit über die Ämter

Zur Problematik der Geheimdienst-überwachung in der Bundesrepublik

Die Judikatur der Periode *nach* der Studentenbewegung kennt – im Gegensatz zu früheren Jahren, in denen noch die Richter fast unter sich blieben, für die obrigkeitsstaatliches Denken und Fortsetzung vieler Vorurteile, die dem Dritten Reich entstammten, geradezu selbstverständlich war – auch Lichtblicke, nicht nur in Minderheitsvoten von Bundesverfassungsrichtern und Erklärungen pensionierter, einst sogar christ-demokratischer Bundesverfassungsrichter wie Scholtisseks, sondern auch in erstinstanzlichen Urteilen jüngerer Juristen. So hat am 13. Januar 1977 die IV. Kammer des Verwaltungsgerichts Kassel im Prozeß Hans Roth gegen das Land Hessen nach ausgezeichneter Vorbereitung des Verfahrens durch den (freidemokratischen) Marburger Anwalt Becker, das hessische Landesamt für Verfassungsschutz zur Vernichtung eines ganzen Blocks von Unterlagen über den Kläger verurteilt (Aktenzeichen IV E 497/76).

Wie dringlich es ist, die Geheimdienste in ihre Schranken zu verweisen, macht ein überaus wichtiges Buch deutlich, das Ende 1976 im Frankfurter Verlag „Neue Kritik" erschienen ist: Peter Brückner, Diethelm Damm, Jürgen Seifert, „1984 schon heute (oder wer hat Angst vor dem Verfassungsschutz?)".

Viele linke Sozialisten und Demokraten wissen dies und jenes, nicht aber die ganze Wahrheit über die „Ämter", die in Bund und Ländern angeblich (und nach dem Gesetz) die *Verfassung* schützen sollen, sich aber samt und sonders als *Staats*schutzämter in der alten Tradition des Obrigkeitsstaates verstehen, allzu häufig zusätzlich personell mindestens teilweise noch schlimmere Kontinuitäten (und also auch Vorurteile) aus den Jahren unmittelbar vor 1945 weitergeführt haben. Diese einstigen Staatsschützer des Dritten Reiches sind inzwischen aus Altersgründen verschwunden. Die Gefahr, die von derartigen „Dienststellen", ausgeht, ist aber – ganz einfach deshalb, weil mit der Automation die technischen Überwachungs-, Sammlungs- und Nachschlagemöglichkeiten ins Unendliche gewachsen sind – heute noch viel größer als in früheren Jahrzehnten.

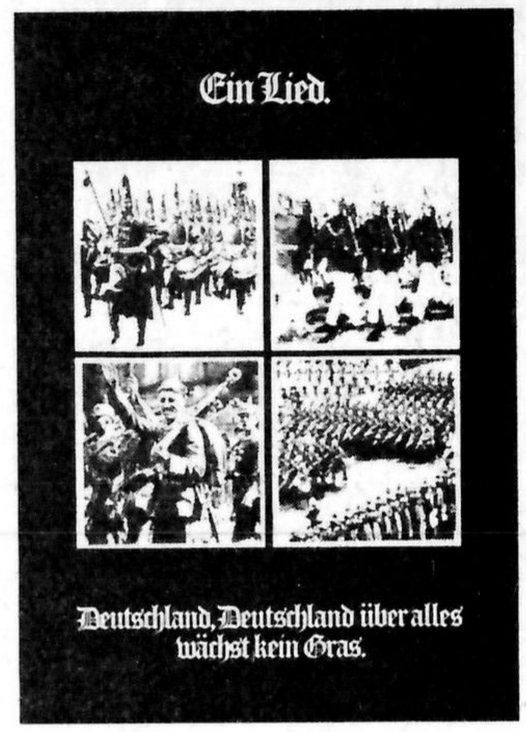
Denn nun haben sie eine viel breitere Chance, fast jeden Ansatz zu Kritik und Willensbildung in der Gesellschaft zu kontrollieren (und zu notieren). Technologisch gesehen können sie gegenwärtig besser als einst die Gestapo unseligen Angedenkens wirklich alles „überwachen" und das „Material" über jedermann, nicht nur über ein paar Tausend, in „Dossiers" verwahren und jederzeit „griffbereit" halten. Sie üben sich darin zunächst einmal für die „Prognosen" über die „Staats- und Verfassungstreue" der armen „Bewerber für den öffentlichen Dienst" (also immerhin fast 20 Prozent der jungen Generation), dann (vielleicht einmal für die Anklagebehörden) über jeden, der auch nur entfernt in den Verdacht politisch motivierter „Straffälligkeit" gelangen könnte, am Ende aber über jedermann, der über politische (oder gewerkschaftliche) Fragen nachzudenken den Einfall haben könnte. Und diese Dienste nutzen ihre Chancen. Dazu brauchen sie beides: neue Apparaturen und neues Personal. Auch sozialdemokratisch geführte Kabinette und Parlamentsmehrheiten geben ihnen in jedem neuen Haushalt mehr „Mittel" dazu, selbst wenn die Krise sie z. B. zu noch so großen Kürzungen im Bildungshaushalt zwingt... Für ähnliches Verhalten haben sie 1933 post factum bitter zahlen müssen, weil sie das Resultat vorher nicht begriffen hatten. Das alles haben sie heute längst vergessen.

Dieser Band stellt aus vielen (fast immer unbestritten gebliebenen) Pressepublikationen alle Fakten über die Aktivität (und die Vorurteile) der „Ämter für Verfassungsschutz" genau dokumentiert und systematisiert zusammen, die zeigen, was an rechtswidrigem Vorgehen, Einseitigkeit gegen links (und Exkulpation von rechts) und Einschüchterungsversuchen gegen jeden, der einmal allzu viel nachdenken wollte, „notorisch" ist. Kaum ein anderer Kritiker, der meist nur mal hier, mal da einen kleinen Teil dieser Materialien kennt, verfügt über solchen Überblick. Es bleibt deshalb ein dauerndes Verdienst von *Diethelm Damm,* diese Dokumentationsarbeit geleistet und für jeden griffbereit gemacht zu haben. Der staatsrechtliche Beitrag von Jürgen Seifert und das politisch-psychologische Nachwort von Peter Brückner sind gute Ergänzungen zu dieser Dokumentation.

Diese Publikation ist neben dem vorher genannten Kasseler Urteil (mit seinen sorgfältig durchdachten Entscheidungsgründen) eins der wichtigsten Hilfsmittel für künftige Kämpfe. Denn es ist von stets größerer Bedeutung für die Erhaltung der Demokratie geworden, die Verfassung zu schützen, auch (und besonders) vor den „Ämtern für Verfassungsschutz". ■

CHRISTIAN SCHAFFERNICHT
BILD-WORT-MONTAGEN
Vertrieb: Wohlthat' sche Buchhandlung
Rheinstraße 11 1000 Berlin 41

Plakat, rot/schwarz/weiß, Nr. 251



Plakat, braun/schwarz/weiß, Nr. 253

Plakat, schwarz/weiß, Nr. 254

12 Postkarten Nr. 265 inklusiv obige Plakat-Motive

à 5,-DM	Ich bestelle:	
Stück	Nr.	Preis
	251	
	253	
	254	
	265	

An
Wohlthat'sche
Buchhandlung
Rheinstr. 11
1 Berlin 41

Name

Adresse

Datum, Unterschrift

Vom Wirtschaftswunderkind zum Schulmeister Europas?

Über sich selbst wissen die Westdeutschen am wenigsten. Wer und was sie sind, hören sie stets nur von anderen und weil ihnen das meist nicht behagt, reagieren sie verärgert und gefallen sich im Trotz als Schulmeister Europas.

Gerhard Zwerenz unternimmt es, nachdem er 20 Jahre in der Bundesrepublik lebt, gewissermaßen als Jubiläumsgabe dieser zwei Jahrzehnte, den Typ des Westdeutschen in einer überraschenden Mischung von erzählerischer Reportage oder reportierender Erzählung zu beschreiben. Das Gesamtbild ergibt sich aus zahlreichen einzelnen Splittern wie ein Mosaik. In einer Vielzahl von Begebenheiten, Verhaltensweisen und Anekdoten stellt sich eine Vielzahl von Menschen dar, und der Westdeutsche erscheint gewissermaßen am Ende als Destillat: physisch, psychisch, moralisch, politisch, ideologisch und auch ganz persönlich und individuell. Dabei verleugnet der Autor nie seine Subjektivität.

364 Seiten 34,– DM

C. Bertelsmann München

Walter Boehlich

Ernsthafter Versuch, die Verfassung der Verfassungswirklichkeit anzupassen

Die ersten neunzehn Artikel des Grundgesetzes garantieren nach dem Willen der Verfassungsväter unveräußerliche Grundrechte – mit dem Ergebnis, daß sie nach hunderten von Verfassungsänderungen heute als Makulatur dastehen. Walter Boehlich macht einen durchaus nicht satirischen Vorschlag für die realitätsgerechte Fassung der Verfassung.

Artikel 1:
Schutz der Menschenwürde

(1) Der Mensch ist antastbar, besonders durch die staatliche Gewalt. Die Würde des Menschen darf verletzt, kann aber nicht angetastet werden. Lediglich ihre Unantastbarkeit zu achten und zu schützen ist daher Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. Dieses Bekenntnis ist unverbindlich; von ihm befreit sind die staatliche Gewalt und ihre Träger.

(3) Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung werden ermächtigt, die nachfolgenden Grundrechte nach ihren Bedürfnissen zu verändern oder einzuschränken; sie sind unmittelbar geltendes Recht nur so lange, wie es den drei Gewalten opportun erscheint.

Artikel 2:
Freiheitsrechte

(1) Jedem kann das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit auf dem Verwaltungswege abgesprochen werden. Die Rechte anderer darf verletzen, wer durch institutionelle oder ökonomische Macht dazu in der Lage ist. Gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das Sittengesetz dürfen vor allem die Organe verstoßen, die zu ihrem Schutz eingesetzt werden.

(2) Auf Grund von Gesetzen und Verordnungen kann jederzeit in das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person eingegriffen werden. Nur wo das nicht geschieht, gilt dieses Recht.

Artikel 3:
Gleichheit vor dem Gesetz

(1) Die Ungleichheit vor dem Gesetz wird durch bestehende Traditionen und Privilegien geregelt.

(2) Männer und Frauen sollen zwar gleichberechtigt sein, aber die Frauen haben keinen Anspruch darauf, ihre Gleichberechtigung während der Dauer der Gültigkeit dieses Grundgesetzes durchzusetzen.

(3) Ob jemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt wird, hängt von den politischen und wirtschaftlichen Zielvorstellungen der Herrschaftsträger ab.

Artikel 4:
Glaubens- und Bekenntnisfreiheit

(1) Sofern die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses die staatliche Gewalt nicht behindern, sind sie unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(3) Die willkürliche Interpretation eines Bundesgesetzes regelt, was Gewissen ist und wer daher gegen seinen Willen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden kann. Abiturienten wird ein Gewissen eher zugestanden als Hauptschülern.

Artikel 5:
Meinungs- und Pressefreiheit, Freiheit der Kunst und der Wissenschaft

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Möglichkeit dazu haben nur wenige. Welche Quellen allgemein zugänglich sein dürfen, bestimmen die Innenministerien der Länder. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet, sofern dies den zuständigen Entscheidungsgremien opportun erscheint. In diesem Falle findet eine Zensur direkt nicht statt. Indirekt wird die Möglichkeit von Zensur durch Strafandrohung gewährleistet.

(2) Eingeschränkt wird das Recht auf freie Meinungsäußerung weiterhin durch die Vorschriften der allgemeinen Gesetze, die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und das Recht der persönlichen Ehre. Das Recht auf persönliche Ehre ist willkürlich auslegbar; auf politische und wirtschaftliche Macht ist dabei Rücksicht zu nehmen.

(3) Sofern die willkürliche Interpretation dessen, was Treue zur Verfassung ist,

dem nicht entgegensteht, sind Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre frei.

Artikel 6:
Ehe, Famile, nichteheliche Kinder

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft, wenn sie nicht schläft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen. Eine Pflicht der staatlichen Gemeinschaft, Verhältnisse abzuschaffen, unter denen Erziehungsberechtigte versagen oder Kinder verwahrlosen müssen, besteht nicht.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft; sie kann ihn jedoch nur wahrnehmen, wo das höhere Rechtsgut, die Wirtschaftsordnung, nicht gestört wird.

(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern. Darüber wacht niemand.

Artikel 7:
Schulwesen

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates. Die Grenzen der staatlichen Aufsicht werden nicht durch ein Bundesgesetz, sondern durch die Bedürfnisse der Konservativen geregelt.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu geben. Kein Religionslehrer hat das Recht, die Zahl der von ihm gegebenen Religionsstunden zu begrenzen.

(4) Das Recht zur Errichtung privater Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lernzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern im Prinzip erhalten bleibt. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder als Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8:
Versammlungsfreiheit

(1) Versammlungen unter freiem Himmel sind nur erlaubt, sofern sie nicht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes verboten werden. Werden sie erlaubt, kann die Erlaubnis an bestimmte Auflagen gebunden werden.

(2) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung und Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in bedeckten Gebäuden zu versammeln.

Zeichnung: Stefan Siegert

Artikel 9:
Vereinigungsfreiheit, Verbot von Maßnahmen gegen Arbeitskämpfe

(1) Kein Deutscher hat das Recht, Vereinigungen zu gründen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwider laufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten. Der Verdacht der Verfassungsfeindschaft kann jederzeit geäußert werden; er braucht durch das Bundesverfassungsgericht nicht geprüft zu werden.

(2) Vereine und Gesellschaften zu bilden, für die die im Absatz 1 genannten Bedingungen nicht zutreffen, ist das Recht aller Deutschen.

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Die Möglichkeit, Folgen aus diesem Recht abzuleiten, kann durch Sondergesetze (BetrVerfG) eingeschränkt werden. Maßnahmen nach den Artikeln 12 a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87 a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 2 geführt werden. Maßnahmen des Werkschutzes sind hiervon nicht betroffen, da es sich bei ihm um kein Verfassungsorgan handelt.

Artikel 10:
Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

(1) Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses dürfen in der Regel nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt. Außerhalb der Regel mit Hilfe nachrichtendienstlicher Mittel erfolgte Beschränkungen können nachträglich legalisiert werden.

(2) Sofern nicht die im Absatz 1 genannten Beschränkungen gelten, sind das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis unverletzlich.

Artikel 11:
Freizügigkeit

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet, sofern sie nicht von den in Absatz 2 und Artikel 17 a Abs. 2 genannten Beschränkungen betroffen werden.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage für nicht vorhanden angesehen wird und der Allgemeinheit daraus vermeintlich besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer real oder angeblich drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich scheint.

Artikel 12:
Freiheit der Berufswahl

(1) Alle Deutschen, die nicht der Verfassungsfeindlichkeit verdächtigt werden, haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Kein Deutscher hat das Recht auf einen Arbeitsplatz. Die Berufsausbildung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

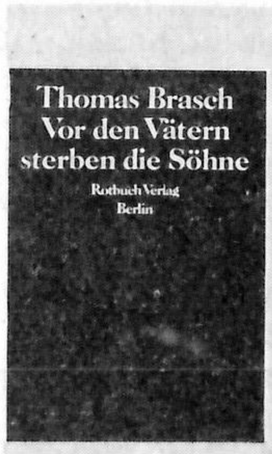
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen, allgemeinen, für fast alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht. Ein Zwang zu bestimmter Arbeit liegt überall dort nicht vor, wo der Gezwungene ihm durch Aufgabe seiner Stellung entgehen könnte.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12 a:
Wehrpflicht und andere Dienstverpflichtungen

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband gezwungen werden.

(2) Der, dem es gelingt, aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, kann zu einem Ersatzdienst gezwungen werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, dessen Auslegung die Freiheit der Gewissensentscheidung beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit



„ . . . solche jungen Leute, eingesperrt in Banalität und Streß einer täglich sich wiederholenden Langeweile in einem „Riesenknast mit Grünanlage", das sind Braschs Lieblingsfiguren. . . . ein monumentales Achselzucken, ein aggressives Gähnen, mehr haben sie nicht übrig für die rote Leistungsgesellschaft."
(Süddeutsche Zeitung)
Rotbuch 162
112 Seiten. DM 8,–

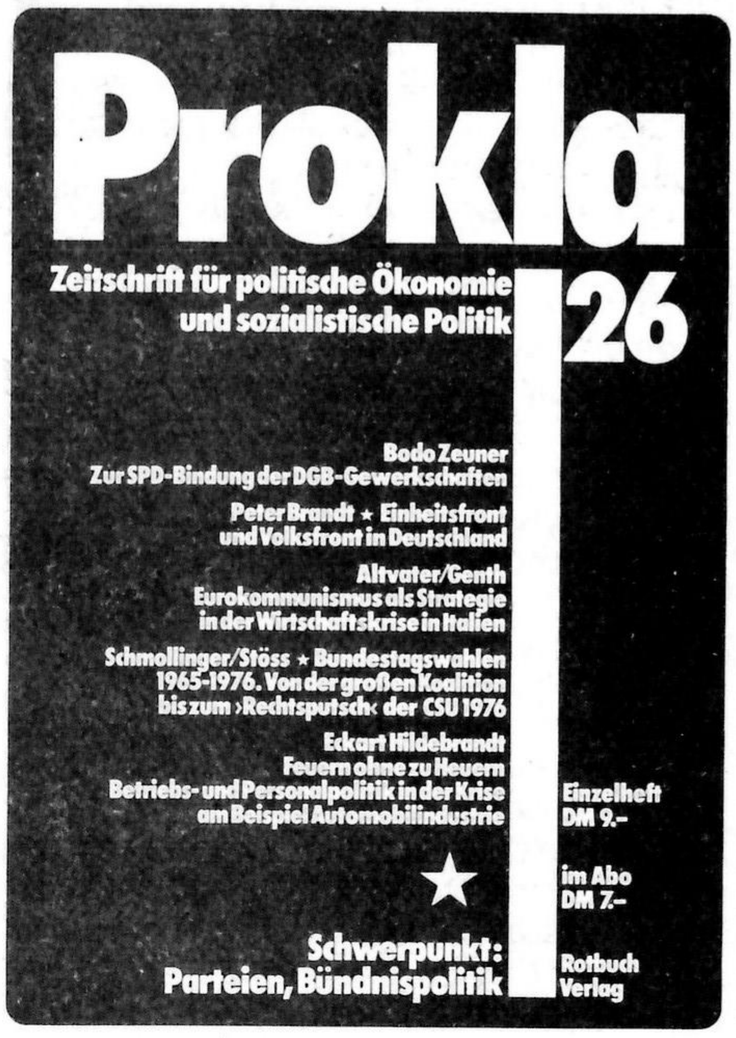
Die erste umfassende Darstellung der italienischen Nachkriegsgeschichte auf ökonomischer, sozialhistorischer und politischer Ebene. Ein Buch, das analysiert, ohne falsche Italien-Begeisterung zu entfachen. Grundlage für jeden, der die politische Entwicklung in Italien verstehen will.

Rotbuch 127
320 Seiten. DM 14,–

Auch die Linke hat die jüdische Frage nach dem Versuch ihrer kriminellen „Endlösung" im deutschen Faschismus kaum unverzerrt diskutieren können. Deutschers Essys sind eine unerläßliche Nachhilfe: Grundlage für die Diskussion über Antisemitismus, Zionismus und den Nahost-Konflikt.

Rotbuch 159
144 Seiten. DM 8,–

Rotbücher



des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) Im Verteidigungsfalle und auch vor Eintritt des Verteidigungsfalles gelten die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 nur bedingt.

Artikel 13:
Unverletzlichkeit der Wohnung

(1) Durchsuchungen der Wohnung dürfen in der Regel nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden. Außerhalb der Regel, besonders durch den Verfassungsschutz durchgeführte Durchsuchungen können nachträglich legalisiert werden.

(2) Die Verletzung der Wohnung darf im übrigen nur zur Abwehr einer vermeintlichen gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung vermeintlich dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, soweit diese nicht selbstverschuldet ist, zur Bekämpfung von Seuchéngefahr oder zum Schutze nach Ansicht der Ordsnungskräfte gefährdeter Jugendlicher erfolgen.

(3) Sofern nicht die in Absatz 1 und 2 und Artikel 17a Abs. 2 genannten Bedingungen vorliegen, gilt die Wohnung als unverletzlich.

Artikel 14:
Eigentum, Erbrecht und Enteignung

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.

(2) Eigentum verpflichtet zu nichts.

(3) Kéine Enteignung darf das Bestehen der Freien Marktwirtschaft gefährden. Enteignungen sind mit dem Wohle der Allgemeinheit zu begründen. Sie dürfen nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung so regelt, daß die Allgemeinheit für das Wohl des Einzelnen sorgt. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor ordentlichen Gerichten auch dann offen, wenn das Wohl der Allgemeinheit darunter leiden könnte.

Artikel 15:
Sozialisierung

Die Forderung, Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft zu überführen, setzt den Fordernden dem Verdacht der Verfassungsfeindschaft aus.

Artikel 16:
Ausbürgerung, Auslieferung, Asylrecht

(1) Der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen uneingeschränktes Asylrecht, wenn sie aus den Ostblockstaaten stammen, jedoch nur ein eingeschränktes Asylrecht, wenn sie aus verbündeten Ländern oder aus Militärdiktaturen stammen. Im Zweifelsfall entscheidet die Ausländerbehörde.

Artikel 17:
Petitionsrecht

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a:
Grundrechtsbeschränkungen bei Wehr- und Ersatzdienstleistenden

(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.

(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18:
Verwirken von Grundrechten

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), Die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16 Abs. 2) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19:
Einschränkung von Grundrechten

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden. Darüber, was unter „Wesensgehalt" und „antasten" zu verstehen ist, befindet der Gesetzgeber.

(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg nach dem Maße seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20:
Freiheitlich demokratische Grundordnung

Unter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wird im Zweifelsfalle die kapitalistische Wirtschaftsordnung verstanden. ■

KONKRET-Poster von Klaus Staeck

Abonnieren Sie

RADIO TIRANA

14tägig erscheinendes aktuelles Nachrichtenbulletin des einzigen sozialistischen Senders in Europa

Auswahl der wichtigsten in diesem Zeitraum ausgestrahlten deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana

Berichte über den Aufbau des Sozialismus in Albanien

Albaniens Ansichten in internationalen Fragen

Theoretische Artikel

Wichtige Erklärungen und Dokumente

Jahresabonnement	DM 26,–
Halbjahresabonnement	DM 13,–
Einzelheft	DM 1,–

Abonnenten erhalten 2 mal im Jahr ein halbjährliches Inhaltsverzeichnis; für Einzelbesteller DM 1,–

Fordern Sie Probeexemplare an!

Rotfront-Verlag
Postfach 3746 - 2300 Kiel
Telefon (04 31) 6 19 06

LITERATUR des sozialistischen Realismus

„Mit alten Ideen brechen!"
Ein militantes Loblied der proletarischen Revolution im Bildungswesen – Film-Szenarium 142 S. DM 5,80

Stürmische Jahre
Albanische Kurzgeschichten 196 S. DM 6,80

Es lebe die Pariser Kommune!
Eine Bildergeschichte aus der VR China 64 S. DM 1,20

Fordern Sie unseren Prospekt an!

Rotfront-Verlag
Postfach 3746 - 2300 Kiel
Telefon (04 31) 6 19 06

Interview

Luis Corvalan: Warum ich zu Moskau ja sage

In Moskau traf der französische Journalist Philippe Garnier-Raymond den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles. Harte Fragen ergaben harte, aufschlußreiche, neue Antworten – ein Interview, das frei ist von Kommuniqué-Journalismus

Zweimal waren Sie die Hoffnung der Demokraten auf der ganzen Welt. Zunächst, unter Allende, als Beweis dafür, daß Kommunisten fähig sind, sich loyal am Aufbau eines menschlichen Sozialismus zu beteiligen. Später, in Pinochets Lagern, als Sie jede Art von Kompromiß zurückwiesen. Und dann, eines schönen Tages, haben Sie den Austausch akzeptiert, den Sie immer abgelehnt hatten. Das hat Unverständnis ausgelöst, bis in die Reihen der chilenischen Emigranten. Was ist passiert?

Corvalan: Zunächst einmal habe ich mich nie, weder vom moralischen noch vom politischen Standpunkt aus, gegen das Prinzip des Austauschs ausgesprochen. Aber was wollte denn Pinochet, nachdem er darauf verzichtet hatte, mich zu liquidieren? Sergio Diez, ein Junta-Diplomat, hat in der Zeitschrift „La Tercera" erklärt: „Die Regierung ist bereit, Corvalan freizulassen, wenn Radio Moskau seine antichilenischen Sendungen sofort einstellt."
Wie Sie wissen, haben uns die Sowjets einen sehr starken Rundfunksender zur Verfügung gestellt. Unsere Sendungen werden fast auf dem gesamten chilenischen Territorium einwandfrei empfangen. Alle Parteien der Unidad Popular haben ihre Sendezeiten: die Kommunisten, die Sozialisten, MAPU, „Arbeiter–Bauern" usw. – aber die Sowjets haben nicht den geringsten Einfluß auf unsere Sendungen. Für die Chilenen ist das wirklich „Radio Liberty". Und im Tausch gegen meine Freiheit sollten wir uns dieser hervorragenden Waffe berauben lassen? Unannehmbar!

Wie haben Sie Ihre Ablehnung bekannt gemacht?

Corvalan: Aus Sicherheitsgründen kann ich Ihnen den Weg nicht nennen. Aber hier ist mein Text: „Ich liebe die Freiheit, doch ich bin bereit, bis ans Ende meiner Tage im Gefängnis zu bleiben. Ich liebe das Leben, doch ich bin bereit zu sterben, wenn es sein muß. Ich werde niemals mein Leben oder meine Freiheit gegen das Schweigen der Chilenen in Freiheit eintauschen." Als Pinochet meine Antwort erhalten hatte, traf er seine dritte Entscheidung, die mich betrifft. Er verkündete: „Möge er im Lager bleiben! Möge er dort vertrocknen!" Das war im letzten September.

Das war also, als die Verhandlungen über Ihren Austausch mit Bukowski begannen?

Corvalan: Oh nein, das war nicht so früh. Die Junta hat zunächst mit einer gewissen Ängstlichkeit die Wahlkampagne in den Vereinigten Staaten verfolgt. Carter hatte vor seiner Wahl das chilenische Militärregime verurteilt. Nach seiner Wahl hat er diese Verurteilung wiederholt. Unmittelbar danach hat Pinochet 304 Gefangene freigelassen und sechzehn andere ausgewiesen. Zur gleichen Zeit hat er seine Bereitschaft erklärt, mich gegen Bukowski auszutauschen.

Und diesmal haben sie es akzeptiert?

Corvalan: Ich hab mir zunächst gesagt, daß das nicht ganz geheuer ist. In der Zwischenzeit ist es aber Volodia Teitelboim vom Politbüro der KP-Chiles gelungen, von Moskau aus mit mir in Kontakt zu treten. Er hat mich gefragt, ob ich zum Austausch bereit sei. Ich antwortete, daß ich, sollte ich jemals frei sein, sofort meinen Kampf gegen die Junta aufnehmen würde, und daß sich jeder in Chile dessen sehr bewußt sein solle. Zweitens, daß dieser Austausch keines unserer Kampfmittel lähmen dürfe. Und drittens: Im Lager Tres Alamos war ich von der Außenwelt abgeschnitten. Ich hatte überhaupt keine Möglichkeiten, mich über den tatsächlichen Charakter des Austauschs zu informieren. Ich habe also das Politbüro meiner Partei in Moskau gebeten, die Entscheidung für mich zu treffen. Klar?

Zur Zeit der Unidad Popular gab es eine große Hoffnung: der chilenische Sozialismus. Heute gibt es die Wahl zwischen den Lagern Pinochets und den sowjetischen Lagern: Das ist es, was Ihr Austausch den westlichen Demokraten gezeigt hat.

Corvalan: Über sowjetische Lager habe ich überhaupt keine Informationen. Jeder weiß, daß zu Stalins Zeiten... gut – heute? Ganz offen, ich kann nicht antworten. Aber, auch auf die Gefahr hin, daß Sie das schockt: Ich finde es völlig normal, daß sich die Sowjetunion verteidigt, daß sie ihren inneren Feinden und Spionen die Freiheit verweigert. Und ich füge etwas sehr wichtiges hinzu: Wenn Chile zur Demokratie zu-

Copyright Philippe Garnier-Raymond 1977

rückgekehrt sein wird, wäre es verrückt, den Faschisten ein Recht auf Freiheit zuzubilligen.

Wie haben Sie reagiert, als George Marchais Ihren Austausch als „beklagenswerten Handel" qualifiziert hat?

Corvalan: Meine Partei hat hierzu eine Erklärung abgegeben, die ich voll unterstütze. Genosse Marchais hat einen Fehler in seiner Analyse begangen. Und alle Botschaften, die ich von den Mitgliedern der Kommunistischen Partei Frankreichs erhalten habe, beweisen, daß die Basis in dieser Frage die Haltung des Generalsekretärs nicht teilt.
Aber ich verurteile weder den Menschen Marchais noch die „Linie Marchais", ich weiß gar nicht, was das ist. Ich habe auch nicht die wirksame Solidarität der KPF mit Chile vergessen, ihre materielle Hilfe, ihre sehr richtigen Analysen der Lage. Dennoch: Das Wort „beklagenswert" trägt nichts zum antifaschistischen Kampf in Chile bei. Im Gegenteil.

Sie sagen, Ihre Abreise sei eine Niederlage für Pinochet. Der „Mercurio" jedoch hat in den Tagen nach Ihrer Freilassung jeden Morgen zwei Spalten mit Glückwunsch-Briefen aus aller Welt an die Junta veröffentlicht. Für sie war das eine phantastische Publicity-Aktion.

Corvalan: Aber nein! Sie reden wie Marchais, Sie irren sich gründlich. Um es Ihnen zu beweisen, riskiere ich, unbescheiden zu erscheinen. Stellen Sie sich vor, ich lese den „Mercurio" auch. Aber was sind denn diese beiden Spalten, von denen Sie sprechen? Ein ganz dünner Vorhang, der die Wirklichkeit nur schlecht verhüllt. Und die Wirklichkeit ist, daß der schlimmste Feind Pinochets heute frei ist! Was ist die Befreiung Bukowskis verglichen mit den Schlägen, die ich der Junta jetzt beibringen kann, beibringen werde? Mein Volk weiß sehr genau, daß ich ihm in Freiheit hundertmal besser dienen kann als im Lager. Das ist der

„Meinen Sohn Alberto haben sie getötet"

größte Schlag, den Pinochet nach seiner Machtergreifung einstecken mußte. Ich habe Sie gewarnt, daß es mir an Bescheidenheit fehlt. Aber kommen wir nun zu dem, was sich bei mir zu Hause, in Chile, abspielt.

Ja. Kommen wir zunächst zu den drei Jahren, die Sie im Gefängnis und in Lagern verbracht haben.

Corvalan: Ich wurde 17 Tage nach dem Putsch von einer Gruppe Soldaten in Santiago auf der Straße verhaftet. In der Militär-Akademie wurde ich dann 56 Tage lang festgehalten. Man hat mich in einem 2,20 mal 1,10 Meter großen Raum eingeschlossen. Meine Wächter hatten Anweisung, mich vom Schlafen abzuhalten. Tag und Nacht richteten sie ihre Gewehre auf mich. Ein Radio stellten sie auf volle Lautstärke. Die gellende Musik ließ meine Trommelfelle platzen. In unregelmäßigen Abständen knallten sie mit den Gewehrkolben auf den Boden oder ließen ihre Helme hinfallen. Ich wurde zum, wie wir sagen, „Incommunicado". Nicht daran zu denken, Briefe zu empfangen oder die Seinen zu sehen...

Ihren Sohn...

Corvalan: Mein Sohn Alberto ist tot. Sie haben ihn getötet. Er ist in Sofia gestorben, aber in Santiago hat man ihn getötet. Am 14. September haben sie ihn verhaftet, einfach nur, weil er Corvalan hieß. Sie haben ihn ins National-Stadion geschafft. Sie haben ihn dort mit unvorstellbarer Bestialität gefoltert. Ohne ihm eine einzige Frage zu stellen. In totaler Isolation haben sie ihm stundenlang Elektroden angelegt. Sie wollten nur eins: ihn leiden lassen.

Wie hat sich das tägliche Leben in den Lagern abgespielt?

Corvalan: Es gab wenig und ungenießbares Essen. Wir haben fauliges Wasser getrunken, das nach Pisse stank. Keine Medizin, keine Medikamente. Zwei meiner Lagerkameraden, José Toha und Waldo Suarez, sind gestorben. Wie mein Sohn sind sie kurz nach ihrer Entlassung gestorben, das Lager hat sie getötet. Und dann gab es Zwangsarbeit. Sehen Sie mich an: Mit meiner Größe, mit meiner physischen Kraft, die Sie erraten können, mußte ich den ganzen Tag lang rennend (gehen war verboten!) eine Schubkarre mit Sand oder Steinen schieben. Der ehemalige Erziehungsminister Annibal Palma mußte am Strand marschieren oder Berge ersteigen, Tag um Tag, mit einem Sack voll Steinen auf den Schultern. Eine andere sehr häufige Strafe war die Schein-Exekution. Mitten in der Nacht griffen sie sich einen Gefangenen, banden ihn an einen Pfahl und schossen auf ihn, ohne zu treffen. Gleichzeitig ließen sie die anderen glauben, es sei eine tatsächliche Exekution gewesen.

„Ich sehe nur mein Chile"

Ich will hier nichts vermischen, das wäre nicht anständig. Aber dennoch läßt mich das, was Sie berichten, ein wenig an das denken, was man im Westen über die sowjetischen Lager sagt.

Corvalan: Ich habe tatsächlich im chilenischen Fernsehen einen kurzen Film gesehen, der Häftlinge in der UdSSR zeigte. Ich kann nur eins sagen: ich weiß nichts darüber. Und nichts bewies, daß es sich um politische Gefangene handelte.

Welcher Beweise bedürfen Sie da?

Corvalan: Aller erdenklichen. Aber das ist nicht die eigentliche Frage. Ich kämpfe gegen den Faschismus. Die Hilfe, die uns die Sowjetunion dabei leistet, die Solidarität der sozialistischen Staaten, kommt vor allem anderen. Kann ich mich verständlich machen? In genau diesem Moment, wo ich zu Ihnen spreche, werden in Santiago auf offener Straße Menschen entführt. Seit September 1973 sind 2500 Chilenen verschwunden. Das ist es, was mich beschäftigt! Was ist aus dem Mediziner Carlo Lorca geworden? Wo ist Victor Diaz geblieben, der stellvertretende Generalsekretär meiner Partei? Was ist aus meinem Freund Jorge Canto geworden? Ich bin nicht hier, um das sowjetische Strafrecht zu untersuchen. Ich bin hier, um dafür zu sorgen, daß mit der Schande der Junta Schluß ist. Mit Hilfe der Sowjetunion. Wissen Sie, was im Augenblick in Chile los ist? Da stehen Mütter in langen Schlangen vor den Polizeiwachen oder vor dem Appellations-Gericht. Sie sagen nur: „Wenn mein Sohn tot ist, sagt es mir. Zeigt mir seinen

Leichnam." Und von diesen Leichen legt die Ebbe am Strand von Valparaiso immer mehr frei... Ich sehe nur Chile. Mein Chile, das gequält wird.

Gut. Aber ich fühle mich dennoch verpflichtet, nachzuhaken. Im gleichen Moment, in dem sich die westlichen kommunistischen Parteien mehr und mehr von der Sowjetunion lösen, entlasten Sie sie. Ich wiederhole, daß viele Menschen darüber schockiert sind.

Corvalan: Um so schlimmer für sie. Das sind die, die nichts verstanden haben. Sie haben nicht verstanden, daß man nicht freier, nicht unabhängiger, nicht autonomer sein kann als die chilenische Partei. Aber im Gegensatz zu dem, was man allzu oft in Westeuropa denkt, beweist man seine Unabhängigkeit von Moskau nicht dadurch, daß man die Kohorte derjenigen vergrößert, die in den Angelegenheiten der Sowjetunion wühlt, um Irrtümer und Mißbildungen aufzudecken. Irrtümer und Mißbildungen gibt es überall. Ich habe besseres zu tun, als meine Lupe auf die Unzulänglichkeiten eines Staates zu richten, der den Kampf meines Volkes unterstützt! Wollen Sie alles wissen? Ich bin unruhig. Unruhig, weil die Spaltung zwischen den Bruderparteien, die Attacken, die von gewissen Kommunisten gegen die Sowjetunion geführt werden, die Solidarität zerstören und all den Pinochets in die Hände spielen. Und Pinochets gibt es...

„Ach, wie ich den liebe, den Berlinguer"

Was ist für Sie die Unabhängigkeit einer Partei?

Corvalan: Jede KP muß sich für Form und Fortführung ihrer eigenen Revolution selbst entscheiden. Beispiel: die UdSSR, Cuba, leben unter einem Ein-Parteien-Regime. Das ist zweifellos gut für sie. In Chile wurde der Sozialismus mit einem Parteien-Pluralismus aufgebaut und wird wieder so aufgebaut werden. Wir sind bedingungslose Anhänger – nicht von Moskau, sondern von unseren Prinzipien. Und was machen wir im Moment? Wir finden uns wieder in Parteien zusammen. Ich stehe in ständigem Kontakt mit Almeyda, der der Unidad Popular in Berlin vorsitzt. Und dann versuchen wir etwas zu erreichen, in dem wir völlig versagt haben, als wir an der Macht waren: das Bündnis mit den Christdemokraten.

Das läßt mich an Berlinguer denken!

Corvalan: Ah, wie ich den liebe, den Berlinguer! Wie ich sie liebe, die italienische Partei...

Sie sind schlecht über die „Marchais-Linie" informiert, aber sie scheinen die „Italienische Linie" gut zu kennen...

Corvalan: Es ergab sich, daß ich Artikel von Berlinguer gelesen habe. Ich bin von dem Begriff Historischer Kompromiß begeistert. Was macht denn Berlinguer? Doch genau das, was wir versucht haben. Die ganze Zeit und zunächst als Frei an die Macht kam, haben wir den Kontakt gesucht, das Bündnis mit den Christdemokraten. Es ist falsch, wenn ich gesagt habe, daß wir in der Frage des Bündnisses mit den Christdemokraten völlig versagt haben. Die Nationalisierung des Kupfers zum Beispiel haben wir mit ihrer Unterstützung verwirklicht. Das hat mit den Fähigkeiten des Volks zu tun, zu denen Pinochet niemals gelangen kann. Wie wir in Chile sagen: Es gibt mindestens eine Sache, die man uns nicht wegnehmen kann – das ist die Melodie, nach der wir getanzt haben. Es gibt viele von diesen Festtags-Melodien. Sie sind in allen Ohren. Etwa die gewerkschaftlichen Strukturen. Pinochet konnte sie niemals zerschlagen. Und noch etwas: Als Frei an der Macht war, in den sechziger Jahren, sind wir jedes Mal auf die Straße gegangen, wenn er von der extremen Rechten bedroht wurde. Das zählt. Auch wenn sich die DC, als wir an der Regierung waren, nicht revanchiert hat. Aber der ändert sich, der Frei, der ändert sich...

Ja, neulich hat mit Clodomiro Almeyda dasselbe gesagt. Anders ausgedrückt: Ihr oberstes Ziel ist, die DC in die Unidad Popular zu bekommen.

Corvalan: Nein, nicht exakt. Unser erster Verbündeter war und bleibt die Sozialistische Partei. Aber wir wollen eine breite demokratische Bewegung schaffen, die bei einer Beteiligung der DC 80 Prozent der chilenischen Bevölkerung umfassen würde. Übrigens glaube ich, daß man die chilenischen Christdemokraten schlecht kennt. Sie haben eine gute demokratische Tradition, die in die dreißiger Jahre zurückreicht.

Wir sprechen im Augenblick von Almeyda. Er hat eine erschütternde Selbstkritik geleistet. Und Sie?

Corvalan: Ich kann Ihnen jetzt gleich schon zwei Dinge sagen. Erstens: Wir haben es nicht geschafft – vielleicht hatten wir dazu nicht die Zeit – die Armee in die Bewegung zu integrieren. Das war ein Kapital-fehler. Zweitens: Ich komme ein letztes Mal darauf zurück: Wir haben es nicht verstanden, mit den Christdemokraten zusammenzuarbeiten. Außerdem bin ich von folgendem überzeugt: Ja, die Vereinigten Staaten, die CIA, haben die Situation aus dem Gleichgewicht gebracht. Aber die tiefen, die tatsächlichen Gründe unseres Scheiterns liegen in uns selbst, liegen in unserer Taktik.

„Pinochet irrt sich gründlich"

Seltsam, Sie reden ein bißchen wie der ehemalige US-Botschafter in Santiago, Korry.

Corvalan: Ach ja, was sagt er?

Er hat erklärt, daß die Operation der „Destabilisierung" nur erfolgreich sein konnte, weil die demokratischen Kräfte Chiles durch Spaltung geschwächt waren.

Corvalan: Völlig richtig.

Und er hat hinzugefügt, daß die CIA und ITT es geschafft haben, Allende zu korrumpieren.

Corvalan: Das ist falsch, erzfalsch. Ich weiß, daß sich gegenwärtig eine Kampagne zusammenbraut, um Allende zu diskreditieren. Sie wird klug und von langer Hand geführt. Ich habe Allende seit langem gekannt. Er war ein einfacher Mann. Er liebte das Geld nicht und hatte wenig davon.

Korry hat auch gesagt, daß e UdSSR von einem bestimmten Moment an die Unidad Popular hängen gelassen hat.

Corvalan: Er ist verrückt! Ich selbst habe hier in Moskau an Gesprächen zwischen Chilenen und Sowjets teilgenommen. Die Sowjets hatten nur einen Gedanken: Ein Mittel zu finden, wie wir aus dem Schlendrian hätten rauskommen können. Bis zum Schluß haben sie uns geholfen. Ökonomisch, politisch. Sie ließen uns nie im Stich, und ich werde das nie vergessen.

Chile hat heute eine Inflationsrate von 250 Prozent. Es gibt fast eine allgemeine Arbeitslosigkeit. Hier und da herrscht Hungersnot. Seien wir zynisch: Kann diese Lage den Sturz der Junta beschleunigen?

Corvalan: Ich will nicht, daß mein Volk leidet. Niemals würde ich wünschen, daß es hungert. Ich habe mich mein ganzes Leben dafür geschlagen, daß es essen kann. Zur Zeit der Unidad Popular hatten die Chilenen genug zu essen, sogar in der schlimmen Zeit, als die von der CIA bezahlten Fuhrunternehmer das Land mit ihrem Streik lähmten. Zur Zeit der Unidad Popular hatte jeder Arbeit. Man darf nicht wünschen, daß die Not sich ausbreitet. Weil Not demobilisiert. Not weckt Angst. Die, die Not leiden, verkriechen sich. Sie lehnen ab, was menschlich ist, sich an Massenaktionen zu beteiligen. Ein Volk, das Opfer der Not ist, das Hunger leidet, ist ein eingeschläfertes Volk, über das gleich welcher Pinochet ohne Furcht herrschen kann. Und das ist es, was mich beunruhigt.

Dennoch behauptet man, daß die Führer der Unidad Popular noch bei weitem die optimistischsten sind.

Corvalan: Pinochet bleibt nicht mehr so lange an der Macht wie er denkt. Und er irrt sich auch gründlich, wenn er glaubt, ein General seines Schlages würde seine Nachfolge antreten. Heute ist eine starke Fraktion der Leute, die ihn an die Macht brachten, gegen ihn. Nicht nur die Fuhrunternehmer. Auch die Unternehmer-Bourgeoisie, die ihre Fabriken in Gefahr sieht. Die Chilenen, fast alle Chilenen, haben nach drei Jahren genug. Das ist ermutigend.

Glauben Sie, nach den ersten öffentlichen Erklärungen, daß Carter den Sturz der Junta auslösen könnte?

Corvalan: Die Erklärungen Carters sind positiv. Ich weiß aber, daß man niemals auf die Zukunft dieses oder jenes Präsidenten der Vereinigten Staaten setzen kann. Es hat expansionistische und kolonialistische Demokraten gegeben und Republikaner, die Frieden gestiftet haben. Ich warte also ab. Ich bin vorsichtig. Und vor allem: Ich glaube, daß die Befreiung Chiles die Sache der Chilenen selbst sein wird.

Durch bewaffneten Kampf?

Corvalan: Nicht notwendigerweise. Jedenfalls nicht sofort. Aber wir dürfen diesen Ausweg nicht ausschließen.

Wann kehren Sie nach Chile zurück?

Corvalan: Ich werde Ihnen kein Datum nennen. Aber eins ist sicher: Ich werde den Sturz Pinochets nicht abwarten, um in mein Land zurückzukehren. Während ich darauf warte, reise ich. Demnächst gehe ich nach Lateinamerika. Sie sehen, ich komme näher... ■

Radikalauer von Winfried Thomsen

Saar ein Klumpp ein Pöstchen steh'n...

Nach dem Tode von Max Reimann beklagte sich der Staatsschützer bitterlich: wie solle er das Volk vor Leuten schützen, die einfach eines natürlichen Todes stürben?

„Vorsicht, Abgrund", sagte der Kommunist, doch Stoltenberg achtete nicht auf diese Klassenkampfparole und fiel.

Chirurg Hackethal hat von der Kasse 140 Mark zuviel verlangt. Wer zu wenig bescheißt, der schadet dem Ansehen seines Standes.

Von Reddemann erfuhr ich, Wehner habe die Weimarer Republik beerdigt. Ich informierte den Reddemann, die Jusos hätten Kaiser Rotbart ertränkt.

Laut UN-Bericht wurden in Chile die Foltermethoden verfeinert. Das nennt man Humanisierung der Arbeitswelt.

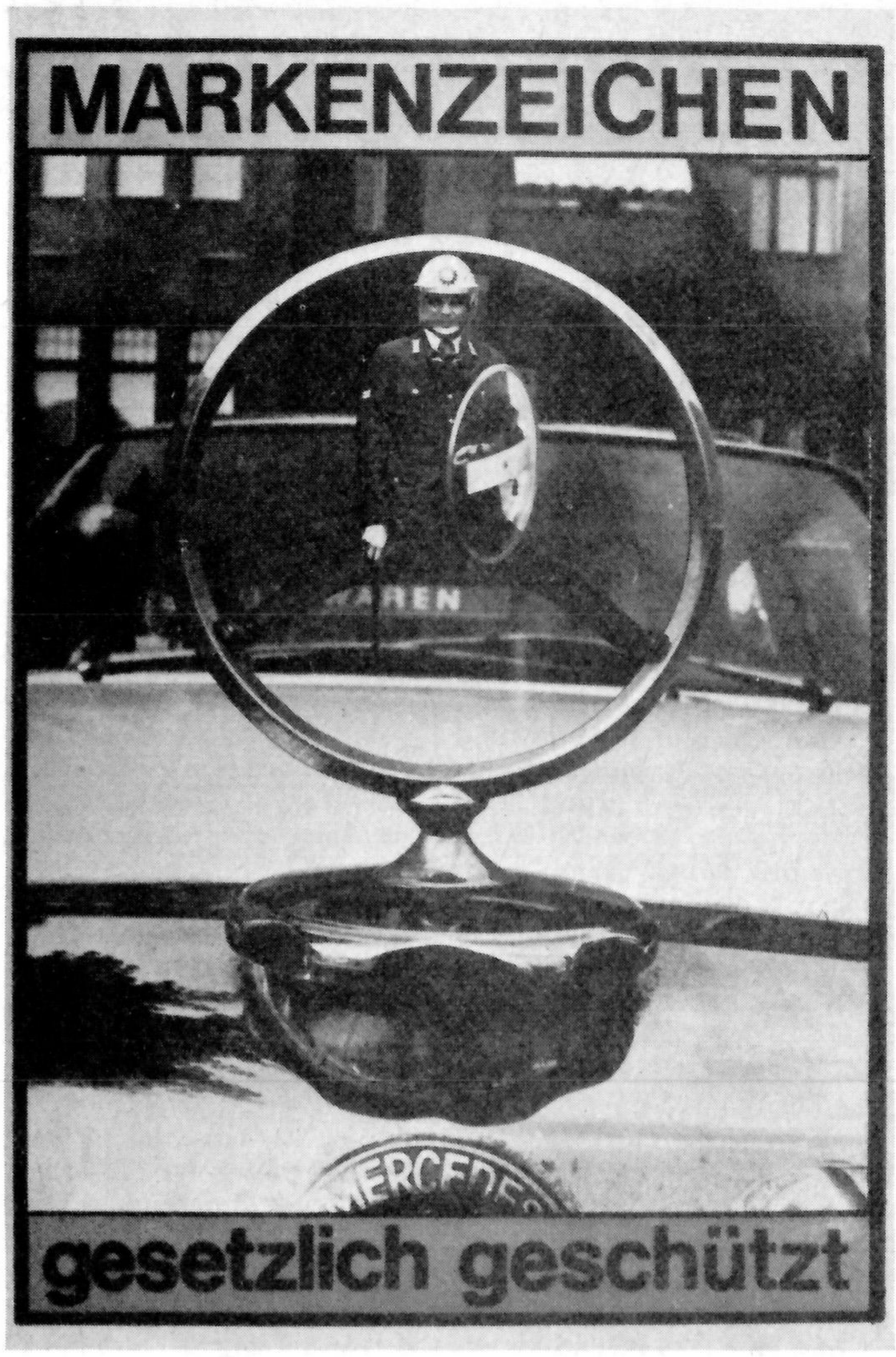
Hussein hat dementiert, daß er von C & A eingekleidet wird.

Kontakte zwischen deutschen und anderen Geheimdiensten entsprechen voll der Schlußakte von Helsinki: sie dienen dem Austausch von Menschen, Meinungen und Informationen.

Maihofer hört die Signale. Ab.

Maihofer ist nicht Klug.

„Können Sie sich ausweisen?" – „Wohin soll's denn gehen?"



Hartes Geld für harte Knüppel

Handgranaten und Maschinengewehre fordert Alfred Dregger (CDU) für die bundesdeutsche Polizei. Er kommt zu spät: Die Bereitschaftspolizeien der Länder sind längst damit ausgerüstet, die westberliner Polizei auch. Polizeistaat Bundesrepublik – und was uns das kostet

Der Einsatz der Polizei am 19. Februar in Brokdorf dürfte Millionen gekostet haben. Um ein paar Zentner Sand und Steine zu schützen, wurden rund 1,2 Millionen Steuermark allein an Gehältern für die Bereitschaftspolizisten ausgegeben. Dazu kommen die Kosten für andere Einheiten, wie die Mobilen Einsatzkommandos, den Verfassungsschutz, Hubschrauberstaffeln und Grenzschutz.

Die Anfahrt von 8000 Polizisten aus allen Bundesländern und Übernachtungen im „Ferienland Schleswig-Holstein" (Begrüßung durch die Landesregierung) schluckte eine sechsstellige Summe.

Wie selbstverständlich dieser größte Polizeieinsatz seit Bestehen der Bundesrepublik organisiert wurde, ist Symbol für die Stärke der Kämpfer um unsere „Innere Sicherheit". Beispiel Bundeskriminalamt: 1951 wurden hierfür 3,6 Millionen Steuermark aufgebracht, vor sieben Jahren waren es schon 38,9 Mio – in diesem Jahr werden es 159,6 Mio Mark sein.

Beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln wurden in sechs Jahren – zwischen 1969 und 1975 – 600 neue Planstellen geschaffen, der Jahresetat von 29,9 Millionen auf 78 Millionen Mark aufgestockt.

Und während 1969 noch 2556,9 Millionen Mark in die Polizeien der Länder gepumpt wurden, waren es 1975 schon 5976,6 Millionen. Der Etat hat sich mehr als verdoppelt, das Personal nicht: Es wurde „lediglich" um 27 000 Beamte auf 155 900 erweitert.

Die Bundesrepublik gibt mehr für Waffen, Wasserwerfer und Panzerwagen aus als jedes andere Land in Westeuropa. Bei der „normalen Dienstausübung" trägt der bundesdeutsche Polizist Schlagstock und Pistole. Der Norweger lediglich einen Gummiknüppel, der Schwede Schlagstock und Handschellen und der Engländer einen kurzen Schlagstock aus Holz.

„Sonderausstattungen" wie Wasserwerfer und Panzerwagen gibt es in Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden, England und Wales nicht. Die Franzosen setzen Panzerwagen ein und im holländischen Den Haag steht der einzige Wasserwerfer des Landes.

Alfred Dregger (CDU) kommt mit seiner Forderung nach Handgranaten für die Polizei etwas zu spät: Die gesamte westberliner Polizei ist seit eh und je damit ausgerüstet, die Bereitschaftspolizeien der Bundesländer auch.

Jeder westdeutsche Polizeibeamte wird neben den genannten Waffen am Gewehr, am Karabiner, an der Maschinenpistole, der Chemischen Keule, an Tränengas und am Maschinengewehr ausgebildet.

Zum Vergleich die Niederlande: Säbel und Karabiner. Frankreich: Maschinenpistolen bei Geldtransporten. Dänemark: Maschinenpistolen, Karabiner und Tränengas. Norwegen: Pistolen, Karabiner, Maschinenpistolen, Gaspistolen. Schweden: Tränengaswaffen und Maschinenpistolen. Die Engländer geben keinen Pfennig für solche und ähnliche Waffen aus.

„Kein Recht auf Arbeit?"

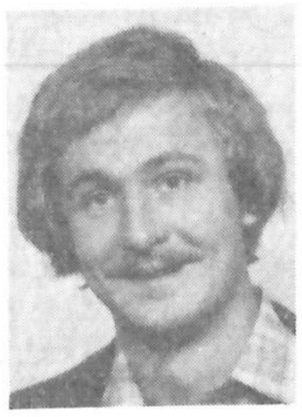
KONKRET-Auto Klaus-Peter Wolf über Arbeitertheater

„Die Sauerei ist riesengroß, sechshundert werden arbeitslos!" schrieben zornige Belegschaftsmitglieder der Firma „Eurovia" in Gelsenkirchen-Resse auf ihre Transparente, als sie vor der Firmenleitung für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstrierten. Erfolglos. Der Betrieb, zu 58 Prozent Eigentum der Westdeutschen Landesbank, wurde geschlossen.

Doch ein Dutzend „Eurovia"-Arbeiter wollten die Geschichte nicht begraben: „Die Sauereien, die die mit uns gemacht haben, die müssen an die Öffentlichkeit – wir schreiben

ein Stück über die Betriebsschließung.“ Die angestaute Aggression wird nicht auf den Fußballplatz getragen. Statt dessen entsteht Arbeitertheater. Sie schreiben auf und spielen, was sie erlebt haben.

Zum Beispiel Martha Dors, die einzige Frau der Theatergruppe, wird noch in diesem Jahr sechzig, fehlt aber bei keinem Treff. 1937 war sie Schwesternschülerin, doch weil sie sich der NS-Schwesternschaft nicht anschließen wollte, wurde ihr das Examen verweigert. So landete sie in Chemiewerken, im Bergbau – und bei „Eurovia“. Inzwischen ist ihre Gesundheit ruiniert, doch eine beantragte Kur lehnte die Landesversicherung ab. Sie sei zu alt. Jetzt, nachdem „Eurovia“ geschlossen hat, finde sie ohnehin keinen Arbeitsplatz mehr. Kaputt und gefeuert fragt sie: „Hat denn einer mit 59 kein Recht auf seine Gesundheit?“ Stoff für's Stück.



Klaus-Peter Wolf: „Bücher mit Rockern, Stücke mit Arbeitern.“

„Wenn wir das jetzt so aufarbeiten, dann merkt man erst, was damals eine Finte der Unternehmensleitung war, und was wirklich lief. Von CDU bis SPD haben uns eigentlich alle über den Leisten gezogen!“ sagt Karl-Heinz Szesny, fünf Jahre Betriebsschlosser bei „Eurovia“ und enttäuschter Sozialdemokrat. Das Theaterstück ist für ihn „eine Fortsetzung der Demonstration gegen die ungerechtfertigte Schließung und Arbeitsplatzvernichtung.“

Dieter Ehrt (32), neun Jahre Lagerarbeiter im Betrieb: „Zuerst habe ich aus Wut gegen die Schließung mitgemacht, dann rückte aber langsam das Interesse am Theater in den Vordergrund.“ Als literarischen Berater hat die Gruppe mich hinzugeholt. Wahrscheinlich, weil man dachte, wer mit Rockern Bücher schreibt, der macht auch Theaterstücke mit Arbeitern. Die Gruppe diskutiert, welche Szenen gebraucht werden. Die werden dann vorbesprochen und zwei, drei Belegschaftsmitglieder setzen sich dann zusammen und „basteln“ daran. Ihr Ergebnis bringen sie in die Gruppe ein, die sich kritisch damit auseinandersetzt. ■

Maulkorb für Filmemacher

Wenn in einer westdeutschen Schulklasse Filme wie „Das Leben der Ameisen“ oder „Welche Gräser wachsen in der Sahara?“ gezeigt werden, dann kommen die aus München – vom „Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht“ (FWU). Rund 2000 Filme hat das öffentlich-rechtliche Institut im Verleih – auch solche, die Schulsituationen zeigen.

Oder auch nicht, denn wo Professor Dr. Cappel, Leiter des FWU, Rotstift und Schere ansetzt, wird „Rücksicht auf die parlamentarisch-politische Situation in der BRD genommen“.

So erging es den Kölner Filmemachern Peter Goedel, Wolfgang Höpfner und Thomas Lichte mit ihrem Lehrerfilm „Innerschulische Kooperation“: Der Streifen, in dem es um Auseinandersetzungen unter Lehrern und zwischen ihnen und der Schulleitung ging, wurde von Cappel bis zur Unkenntlichkeit des Themas zusammengekürzt. Obwohl er zuvor im Treatment akzeptiert wurde. Das Team zog seine Namen als Autoren und Produzenten zurück.

Begründung Cappels für die Zensurmaßnahme: „Der Unterricht, ja der Schulalltag ist zu negativ dargestellt. So sieht es in unseren Schulen nicht aus.“

Der von WDR und FWU gemeinsam finanzierte Film „Was Eltern fordern und Kinder leisten“ (Verhältnis Elternhaus und Schule) wurde vom FWU als „klassenkämpferisch“ abgestempelt und aus dem Verleihprogramm gestrichen.

Der Westdeutsche Rundfunk hingegen sah weder eine krasse politische Aussage in dem Streifen, noch eine Schilderung des Klassenkampfs. Er sendete ihn. Im öffentlich-rechtlichen Programm. ■

Hans Kirchmann

Dollar geht's wirklich nicht

Was kostet der Mensch in Dollar und Cent? Darüber diskutiert man neuerdings in den USA.

„Harper's Magazin“ hielt eine Umfrage ab, worin ermittelt wurde: Wer sollte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen dürfen? Antwort, wie erwartet: Wer sie bezahlen kann. Oder, wie steht es um das Sicherheitsrisiko beim Bau von Kernkraftwerken, was kann man da im Lauf einer auf 20 Jahre bezifferten Periode an Verlust menschlichen Lebens in Kauf nehmen? Die meisten Befragten (87 Prozent) halten eine Risikochance von zehn Prozent der Anrainer für vernünftig. Umgerechnet sind das zehntausend Tote. Ein Menschenleben wird auf 28 000 Dollar veranschlagt, bei dieser Umfrage wenigstens.

Eine andere Debatte verläuft derzeit zwischen zwei Behörden und treibt den Preis höher, auf viereinhalb Millionen Dollar sogar. Das Modell dafür ist die Arbeit auf Kokereien, wo Kohle zu Koks gegart wird, wichtig, unerläßlich für die stahlverarbeitende Industrie. Auf Kokereien arbeiten in den USA 30 000 Menschen. Sie arbeiten in Hitze und unter dem Einfluß von Gasen, die Herzschwächen, Kreislaufschäden, Impotenz und – Krebs erzeugen. Wer die dreckigen, heißen Rauchgase einer Kokerei ständig einatmet, der ist dreimal so gefährdet wie andere Stahlarbeiter, Lungenkrebs zu bekommen, und achtmal so stark, an Nierenkrebs zu sterben.

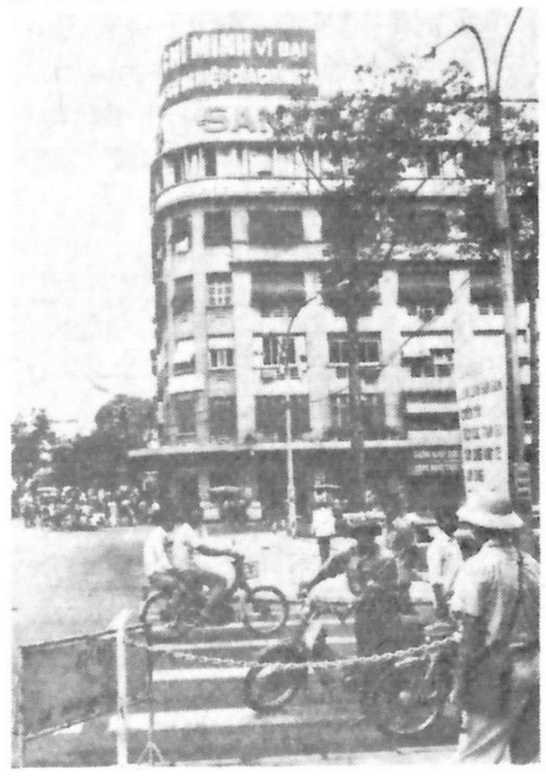
Darum hat eine Abteilung des Gesundheitsministeriums erforscht, welche Sicherheitsmaßnahmen die Industrie einführen muß. Kosten: 240 Millionen Dollar im Jahr. Gibt man diesen Betrag aus, so wird das Leben von 240 Arbeitern jährlich gerettet. Doch der von der Regierung unterhaltene Rat für die Stabilität von Preisen und Löhnen, der sich mehr der Industrie als dem Volk verbunden fühlt, rechnet dagegen vor, daß damit das Leben eines einzelnen Arbeiters auf viereinhalb Millionen Dollar zu stehen käme. Zu teuer, sagt der Rat. ■

Tja, haben die drüben auch...

dpa. Berlin, 14. Februar
In der „DDR“ werden immer öfter „Berufsverbote“ über Bürger verhängt, die im Betrieb gestohlen haben, berichtet das Informationsbüro West.

So oder ähnlich stand's nicht nur in „Bild“. Das „Informationsbüro West“ in der westberliner Uhlandstraße, ehemals journalistisches Kanonenrohr im kalten Krieg, lebt heute vom Ausschlachten ostdeutscher Zeitungen. Hintergrund der sozialistischen „Berufsverbote“ laut „Informationsbüro West“: „So verurteilte das Kreisgericht Dresden-Ost unlängst eine junge Goldschmiedin wegen verbrecherischen Betruges und Diebstahl zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe und zu einem anschließenden Tätigkeitsverbot für die Dauer von fünf Jahren.“

Vietnam-Freunde



Vorstadt von Saigon

Die Spendenkonten bundesdeutscher Hilfsorganisationen für die Sozialistische Republik Vietnam (SRV) sind um die Hälfte geschrumpft – Informationen über den Wiederaufbau rar. Um materielle Unterstützung für und Nachrichten über die Republik wieder anzukurbeln, wurde jetzt die „Freundschaftsgesellschaft BRD–SR Vietnam“ gegründet. Vorsitzender: Prof. Dr. Erich Wulff. Die Gesellschaft gibt es seit dem 1. April den „Vietnam-Kurier“heraus, ein alle zwei Monate erscheinendes Magazin zum Thema. Anschrift: Bismarckstr. 33, 4 Düsseldorf 1.

Protestmarsch in Hamburg

So stark ist die Bewegung

Aus vereinzelten Protesten gegen Berufsverbote ist eine starke Bewegung geworden: 370 lokale Organisationen in der Bundesrepublik und die Initiative „Weg mit den Berufsverboten" verbuchen Erfolge.

● Dem bayrischen Lehrer Helmuth Leonhard wurde die Einstellung verweigert, weil er für die Wahllisten des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) und der „Gewerkschaftlichen Orientierung" kandidierte. Leonhard habe sich zwar zur Verfassung bekannt, doch dies sei „unerheblich", da man „verfassungsfeindliche Ziele auch mit verfassungsmäßigen Mitteln anstreben kann". Im übrigen sei die Wahlliste der „Gewerkschaftlichen Orientierung" verfassungsfeindlich, da auch Kommunisten auf ihr kandidiert hätten. Der Bayrische Verwaltungsgerichtshof erließ nach Leonhards Klage eine einstweilige Anordnung zur Einstellung: „Zusammenarbeit mit Kommunisten in Einzelfragen ist kein Indiz für Zweifel an der Verfassungstreue."

● Verona Schmitz, Dozentin am Westphalenkolleg in Dortmund, bekam eineinhalb Jahre keinen Arbeitsvertrag. Grund: Sie war Ende der sechziger Jahre im Sozialistischen Deutschen Studentenbund aktiv. Die Schüler des Westphalenkollegs stellten sich hinter ihre Dozentin. Mit Erfolg. Im Juni 1975 konnte ein ordentlicher Arbeitsvertrag abgeschlossen werden.

● Viereinhalb Stunden wurde die Oldenburger Lehrerin Hildegard Kösling zu ihrer Mitgliedschaft im Sozialistischen Hochschulbund angehört. Ihre Einstellung war für den 1. Februar 1975 vorgesehen. Doch erst im April 1975 durfte sie unterrichten. Zuvor gingen achtzehn Sozialdemokraten des SPD-Unterbezirks Oldenburg und Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für sie auf die Straße.

● Heinz Siebold, Lehrer in Freiburg, droht wegen seiner DKP-Mitgliedschaft nach wie vor Berufsverbot, „wenn Sie Ihre derzeitige Auffassung beibehalten". Nach Protesten im In- und Ausland wurde Siebold jedoch mit Bescheid vom 3. August 1976 eingestellt.

● Ein halbes Jahr mußte der Marburger Professor Dr. Guntram Vogt auf seine Einstellung als Hochschullehrer warten. In den Jahren 1968/69 hatte er an Demonstrationen teilgenommen.

● Die Wasserwerke Köln kündigten dem Vermessungstechniker Malte Vorbeck zum 30. September 1975. Grund: Vorbeck lebe mit Christel Ensslin zusammen, die im „Komitee gegen Folter" mitarbeite. Im April letzten Jahres entschied das Arbeitsgericht Köln: „Das Zusammenleben mit der Schwester Gudrun Ensslins ist kein Kündigungsgrund."

● Die Kandidatur des Mainzer Kältemonteurs Franz Josef Grünen für die 1969 gegründete „KPD" brachte ihm 1975 die Entlassung durch die Universität Mainz ein. Doch ein Jahr später stellte das Arbeitsgericht fest: „Die Kündigung ist rechtswidrig, der Betriebsfrieden nicht gestört."

● „Die Vereinigung demokratischer Juristen (VDJ) ist eine Hilfsorganisation der DKP", stellten Münchner Gerichte fest. Grund genug, VDJ- und SPD-Mitglied Charlotte Nieß als Gerichtsassessorin abzulehnen. So geschehen am 17. September 1975. Erst Ende Oktober letzten Jahres verfügte das Verwaltungsgericht München die Einstellung als Richterin in Bayern. Die Bayrische Landesregierung jedoch kündigte Berufung gegen dieses Urteil an.

● Der Hamburger Sozialpädagogin Astrid Alex wurde das Ausbildungspraktikum vor drei Jahren wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft verweigert. Im April 1975 verfügte das Arbeitsgericht die Fortsetzung des Praktikums: „DKP-Mitgliedschaft ist kein Grund zur Nichteignung. Die Ablehnung durch die Behörde war willkürlich und diskriminierend."

● Selbst die Beamtung auf Lebenszeit schützt nicht vor Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbot: Friedrich Konrad, seit vierzehn Jahren Lehrer im bayrischen Altdorf hat jetzt ein Disziplinarverfahren am Hals, weil er in der DKP aktiv ist. Die Behörde wertet das als „schwere Dienstverletzung". Nach Presseveröffentlichungen im Ausland und Protesten im Ort wurde das Disziplinarverfahren zunächst zurückgestellt. Nicht eingestellt.

● Ingrid Wermann, Lehrerin in Hessen, wohnte vorübergehend bei einer Freundin, die DKP-Mitglied ist. Ein halbes Jahr ließ sich der Verfassungsschutz Zeit, Ingrid Wermann politisch zu überprüfen. Bis zum August 1975 durfte sie nicht unterrichten.

● Die fristlose Kündigung flatterte dem Elmshorner Kommunalbeamten und DKP-Mitglied Uwe Welsch ins Haus, nachdem eine „Anwerbung" durch den Verfassungsschutz bei ihm mißglückte. Im April letzten Jahres nahm die Stadt Elmshorn die Kündigung zurück.

● Der Hamburger Fernmeldetechniker Joachim Pernau trat von der SPD zur DKP über – und prompt wurde er von seiner Firma entlassen. Hintergrund: Die Stadt Hamburg wollte sonst Aufträge für den Installationsbetrieb annullieren. Das Arbeitsgericht im Oktober letzten Jahres: „Die Entlassung von Pernau ist rechtswidrig."

● Weil er „unentwegt negative Kritik äußerte" und „ständig an allem herumnörgelte" wurde dem Krankenpfleger Thomas Elkeles aus Hannover die Einstellung im April 1976 verweigert. Im August verfügte das Arbeitsgericht die sofortige Einstellung des Gewerkschafters, der ÖTV-Flugblätter verteilt hatte.

Eddie Sadlowski: „Wieviel Mozarts arbeiten wohl unter uns?"

Einer spielt kein Golf

Vom Tellerwäscher zum Millionär – das soll in den USA gehen. Was nicht geht: vom Stahlarbeiter zum Gewerkschaftsführer. KONKRET-Autor Hans Kirchmann beschreibt den Kampf des Gewerkschafters Eddie Sadlowski aus Chikago

In diesem Jahr wechselte die Führung bei vier amerikanischen Gewerkschaften: Automobilarbeiter, Maschinisten, Bergleute und Stahlarbeiter wählten neue Präsidenten. Die Wahlen waren Machtkämpfe von Bossen, die schweres Geld verdienen und mit den Unternehmern kungeln. Doch bei den Stahlarbeitern (United Steelworkers of America – USWA), mit 1,4 Millionen Mitgliedern stärkste Gruppierung im Dachverband der AFL/CIO, drohte eine Revolte – Eddie Sadlowski, örtlicher Funktionär in Chikago, wurde den Bossen gefährlich.

Mit einem Artikel im „Boston Globe" stach Eddie aus Chikago ins Wespennest der trauten Einigkeit zwischen Gewerkschaftsspitze und Unternehmern. „Für die Verschwendung in unserem 110 Milliarden Dollar schweren Militäretat, für die versteckten Subventionen an so unzurechnungsfähige Konzerne wie Lockheed gibt es keine Entschuldigung", schrieb er. Man könne nicht länger blind solch unnötige Programme wie den Bau der B-1-Bomberflotte unterstützen in der Erwartung, dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Mit dem Geld, das man dem Pentagon wegnähme, ließen sich sinnvolle Arbeiten im Wohnungsbau oder im Nahverkehr verrichten.

Ein Aufschrei war die Folge. Jetzt, so frohlockten rechte Kommentatoren, habe Sadlowski sich selbst zu Fall gebracht. Der Verdacht wurde laut und in angesehenen Blättern verbreitet, hinter Eddis Kampagne könnten die Mafia oder die Kommunisten stecken. Auch der 83jährige George Meany, Chef der AFL/CIO, war froh. Denn über ihn hatte der ungebärdige Ed den Satz geprägt: „Wenn heute 50 000 junge Männer in Südostasien liegen, dann sind das 50 000 Söhne von Meany." Der war noch für den Krieg in Vietnam, als dessen Ende schon amtlich war.

Der ehemalige Präsident der Stahlarbeiter heißt I.W. Abel. 1971 kam heraus, daß er über fünf Jahre Geheimsitzungen mit Industriellen abgehalten hatte. So war er für eine Kampagne zur Steigerung der Produktion gewonnen worden, die mit allen Mitteln hiesiger Werbetechnik startete, mit ganzseitigen Anzeigen auch im Wallstreet Journal, bezahlt von den Unternehmern. Abels Porträt, sein geschmeidiger Charakterkopf, immer im Mittelpunkt. In den Fabriken trieb die Kampagne die Zahl der Arbeitsunfälle in den ersten drei Monaten um ein Viertel höher. Rationalisierung brachte bis 1973 mehr als 40 000 Arbeiter um ihren Job.

Abel verbuchte noch einen anderen Erfolg dieser Art. Er unterzeichnete ein Abkommen mit der Industrie, das bis 1980 läuft und Tarifkonflikte an ein Schiedsgericht überweist. Streik ist damit faktisch ausgeschlossen; dafür erhalten die Arbeiter alle drei Jahre einen Bonus von 150 Dollar. „In die Geschichte der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung wird Abel als eine Null eingehen", sagt Sadlowski.

Er hält nicht viel von einem Arbeitsfrieden, der immer nur der einen Seite nützt. Doch Abel, der aus Altersgründen ausscheidet, hat seinen Nachfolger schon bestimmt, nach Art der Bosse, die stets sich selbst mehr vertrauen als den organisierten Arbeitern. Lloyd McBride, 60 Jahre alt, ein würdiger Graukopf mit Schlips und Kragen, der sich voller Stolz zur „Spitze", zur „Familie", zum Establishment zählt. Die „Familie" hilft McBride auch mit Geld. Die anderen Gewerkschaftsbosse fürchten, Sadlowskis Elan könne wie ein Steppenbrand übergreifen – der Wahlkampf wurde unversehens ein Duell der Dollars. Für Sadlowski sammelten auch liberale Demokraten; Meany nannte das schlicht unanständig.

Weil Sadlowski nicht ertragen wollte, daß wieder nur Geld eine amerikanische Wahl, diesmal gegen ihn, entscheidet, schrieb er Bittbriefe quer durchs Land. Das liest sich so:

„Lieber Freund,
ich will Präsident der Vereinigten Stahlarbeiter-Gewerkschaft werden... wir sind entschlossen, der Sorte von Privatklub-Gewerkschaftspolitik ein Ende zu setzen, worin sich die Funktionäre wohler fühlen, wenn sie mit Unternehmern Golf spielen, als wenn sie mit Arbeitern reden und sich für diese einsetzen."

Dann kommt es knüppeldick. Sadlowskis aufschlußreiche Vorwürfe:

Die Bosse verabredeten sich mit den Managern und erzählten den Kollegen lügenhaft, es könne nichts gegen eine industrielle Verschmutzung getan werden, die ihre und die Gesundheit ihrer Kinder verdirbt...

sie behaupteten ohne jede Rücksicht auf die Folgen, vermehrte Rüstungsindustrie schaffe Arbeitsplätze...

sie ließen keine gleiche Beteiligung von Minderheiten, also von Schwarzen und Chikanos zu – Chikanos sind alle in den USA, die Spanisch als erste oder einzige Sprache haben...

sie hätten die minderwertigsten Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen in der amerikanischen Arbeitswelt zugelassen...

sie hätten demokratische Entscheidungen in den Gewerkschaften verhindert und ein Gangstertum errichtet, das selbst vor Mord nicht haltmachte.

Starker Tobak? Am 27. Juni des vergangenen Jahres, als Ed Sadlowskis Wahlkampagne anrollte, verteilte der Gewerkschafter Ben Corum Flugblätter im texanischen Houston. Gefordert wurde ein Abstimmrecht aller organisierten Arbeiter in der Stahlindustrie über anstehende neue Tarifverträge, also das Recht zur Urabstimmung. Da hielt plötzlich ein Auto neben Ben Corum, und drei Männer, Cowboyhüte tief ins Gesicht gezogen, eröffneten Gewehrfeuer. Ben Corum, mit einer Kugel im Genick, kam gerade noch mit dem Leben davon.

Wem das noch nicht reicht, dem kann Sadlowski mit eigenen Erfahrungen aufwarten. Zum Vorsitzenden seines Ortsbezirks in Chikago – Distrikt 31 mit 180 000 Organisierten – wurde er nicht ohne weiteres gewählt. 1972 verlor er haushoch, fand dann aber einen Richter (in Amerika Glücksache), der auf massive Wahlfälschung erkannte und eine Wiederholung der Wahl anordnete. Die fand dann unter Aufsicht des Arbeitsministeriums statt und brachte ihm den Sieg. Dennoch, sagt Eddie, wäre es natürlich besser, wenn man nicht die Aufsicht von 300 Bundesbeamten brauchte, um Demokratie in einer Gewerkschaft zu gewährleisten.

Auf dem letzten Stahlarbeiter-Konvent in Las Vegas (wo es nicht viele Stahlarbeiter gibt) redete sich Präsident Abel in Rage und warf Sadlowski „Hitler-Lügen" vor: „Wir wollen euch nicht!", schrie er die Abweichler an. „Wir können uns euch nicht leisten. Wir sind nicht bereit, euch unsere Gewerkschaft zu überlassen. Wer versucht, das niederzureißen, was wir ein Leben lang aufgebaut haben, kriegt es mit mir zu tun!"

„Es war wie im Hofbräukeller in München, damals", sagt Eddie dazu. Er erhoffte sich Impulse für andere Gewerkschaften: „Ich bin Teil einer Bewegung, die darauf aus ist, die Gewerkschaften ihren Mitgliedern zurückzugeben, und was bei uns passiert, kann Einfluß nicht nur auf die Unions, sondern auf die Richtung der gesamten amerikanischen Politik haben." Doch die Wahl brachte ihm nicht den Sieg.

Die Bosse haben sich, wieder einmal, zu einer Anzeigenschlacht zusammengetan. Sie haben Macht und Geld, aber auch Angst. Eddie trägt ein offenes Hemd, eine Lederjacke, sitzt abends mit Arbeitern in einer Kneipe, ist beredt und belesen, fragt: „Wieviele Mozarts arbeiten wohl unter uns?" Denn: „Der Arbeiter wird immer nur von anderen ausgebeutet, doch er selbst kann sich nie beanspruchen." Eddie gibt nicht auf: „In Amerika können sie sich alle daran erinnern, an welchem Tag in Chikago Al Capone ein Blutbad anrichtete. Doch nur wir in der Gewerkschaft wissen, wann hier zehn Arbeiter niedergeschossen wurden, gekillt, weil sie gegen die Stahlindustrie für ihr Recht kämpften. Das wird sich ändern." ■

Bild HAMBURG

Blutiges Feuergefecht • Beamter und ein Baader-Meinhof-Mann getötet • Zwei Schwerverletzte

Hamburger BM-Terrorist schießt Polizisten nieder

Nachrichten

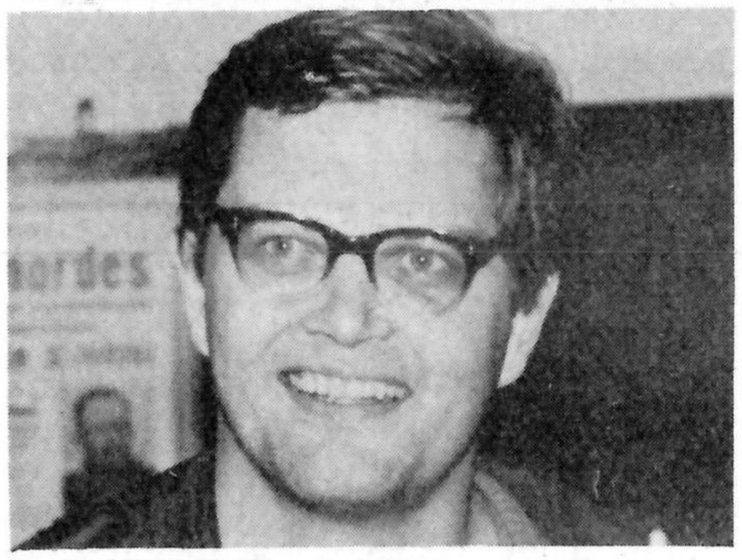
CSU: Am besten kann es Strauß

Lübeck: Scharnowsky seit 14 Jahre geschieden im Gefängnis

Tiparillo die Weltmarke

Offenbach gegen Kaiserslautern 2:2

Schlagzeile damals ...


... Karl-Heinz Roth

Lothar Neuse

Der Mörder war wieder der Linke

In Köln stehen Roland Otto und Karl-Heinz Roth immer noch vor Gericht. Vorwurf: Polizistenmord. KONKRET trägt nach, was Presse, Funk und Fernsehen zu dem Fall verschwiegen haben

Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen – so dürfte die Devise für die beiden Männer lauten, die seit dem 17. Februar diesen Jahres in einem Kölner Prozeß vor Gericht stehen, in dem der Staatsanwalt Anklage wegen gemeinschaftlichen Mordes, zweifach versuchten Mordes und illegalen Waffenbesitz erhoben hat. Erhoben gegen zwei Männer, die nachweislich und unbestritten keiner Fliege ein Haar gekrümmt haben, nämlich gegen den Arzt Dr. Karl-Heinz Roth (34) und den 26jährigen Roland Otto. Nach deutschem Recht und nach der Auffassung des Anklägers haben sich beide als Mittäter an einer angeblichen Straftat, nichts geringerem als Polizistenmord, mitschuldig gemacht, die Tat eines anderen „gewollt und gefördert". Die prozessuale Basis, auf der Angeklagte und Verteidiger stehen, scheint jedoch vordergründig noch wackliger zu sein als der Anklagevorwurf selbst. Denn – so die Vertrauensanwälte – die Vorverurteilung von Karl-Heinz Roth und Roland Otto als „Anarchisten" und „terroristische Gewalttäter" in Justiz und Teilen der Presse sei perfekt.

Es war am 9. Mai 1975, als Karl-Heinz Roth, Roland Otto und der damals 26 Jahre alte Werner Sauber auf einem verlassenen Kölner Parkplatz von einer Polizeistreife überrascht wurden. Die Kontrolle des Pkw's und der Ausweispapiere verliefen zunächst ergebnislos. Dann aber kam es zu einer Schießerei zwischen Werner Sauber und den Beamten, bei der Sauber und ein 22jähriger Polizist tödlich getroffen wurden. Karl-Heinz Roth und ein weiterer Beamter wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Widerstandslos hatte sich Roland Otto der polizeilichen Übermacht ergeben. Er und auch Roth trugen zum Zeitpunkt der fraglichen Tat beide Schußwaffen, die sie jedoch nicht benutzten.

Benutzten oder nicht, das war in den Augen der Staatsanwaltschaft unerheblich. Denn der Vorwurf der 49 Seiten umfassenden Anklageschrift lautet auf Mord. Ein Vorwurf, dessen Tragweite, wie sich zeigte, Roth und Otto bereits vor Prozeßbeginn zu spüren bekamen. So wurde beispielsweise im Februar 1976 ein Antrag auf Haftverschonung, Roth litt an einer lebensgefährlichen Darmverletzung, mit der Begründung abgelehnt, der Gesundheitszustand des Arztes sei auf sein eigenes Verhalten vor seiner Festnahme zurückzuführen. Isolationshaft und verschärfte Sonderbehandlung wurden für Roth zur Tagesordnung. Die Folgen blieben nicht aus. Der 34jährige wurde physisch und psychisch zum Wrack. Aus dem einstigen „Engel der Unfallstation", wie Roth von Belegschaftsmitgliedern der Kölner Klinik, in der er bis zur Tatnacht als Unfallarzt gearbeitet hatte, manchmal scherzhaft genannt wurde, wurde in der Öffentlichkeit ein „Terrorist aus der Nonnenklinik" gemacht.

Wer den Saal 234 des Kölner Justizpalastes betreten will, bekommt Roths und Ottos Gewichtigkeit nicht nur mit eigenen Augen zu sehen, sondern auch am eigenen Leib zu spüren. Polizeieinheiten, zum Teil hoch zu Pferde, haben das Gerichtsgebäude hermetisch abgeriegelt. Besucher und Anwälte werden körperlich durchsucht. Wer aufmuckt, darf draußen warten. Rechtsanwalt Heinrich Hannover, der sich nicht länger von Wachtmeistern „betatschen" lassen wollte, wurde beispielsweise gewaltsam aus der Sperrzone entfernt. Ein Glied einer schier endlosen Kette von sogenannten „sitzungspolizeilichen Maßnahmen", die der Vorsitzende den Verteidigern um die Ohren schlägt. „Der hat sich ein richtiges Feindbild aufgebaut und ist dem aufgesessen", mutmaßen die Vertrauensanwälte. Der Vorsitzende Dr. Armin Draber indes charakterisiert das Verfahren als „ganz gewöhnlichen Mordprozeß". Seltsame Töne allerdings, wenn hinter dem Vorsitzenden Akten aus anderen, als Terroristenprozesse geltenden Verfahren säuberlich angeordnet sind und nach dem Wissen der Verteidiger ein Amtshilfeantrag des Bundeskriminalamtes bei Draber vor-

liegt, dem Amt die Fotokopien von Personalausweisen der Prozeßbesucher auszuhändigen. Antrag nach Antrag der Verteidigung wird abgeschmettert, Bitten überhört oder einfach übergangen.

Zwei typische Gerichtsszenen:
Rechtsanwalt Armin Golzem: „Wir werden mit allen Mitteln verhindern, daß die Belange der Verteidigung vom Vorsitzenden nicht genügend berücksichtigt werden." Dr. Draber: „Mit allen Mitteln, also auch mit Gewalt...?"

Karl-Heinz Roth:
„Ich beantrage, meinen Zwangsanwalt zu entpflichten." Dr. Draber: „Ich stelle den Antrag zurück." Roth: „Das kann ich nicht akzeptieren." Dr. Draber: „Mag sein..."

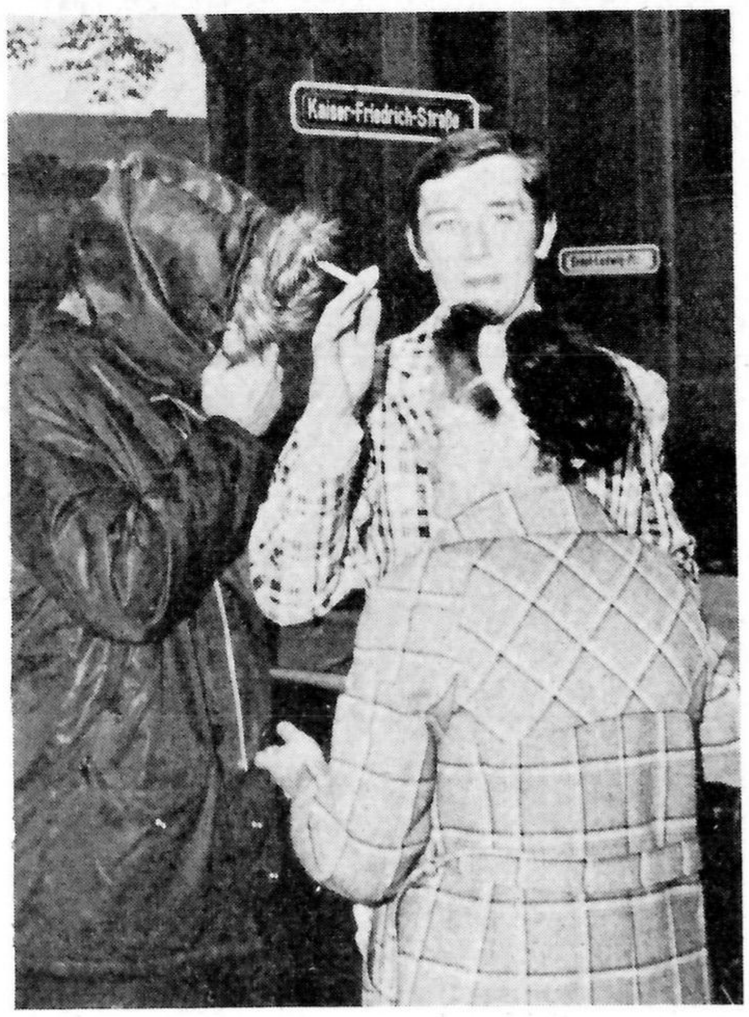
„Wir stehen langsam vor der Situation, daß nicht mehr die Anklage eine Schuld, sondern wir die Unschuld unserer Mandanten beweisen müssen", klagen die Vertrauensanwälte.

Den Mittäterschaftsvorwurf gegen ihre Mandanten zu entflechten, ist für sie jedoch erst an zweiter Stelle von Belang: „Die Beweisaufnahme wird zeigen, daß auch Werner Sauber genausowenig wie Roth und Otto ein Mörder ist." Die Anwälte gehen sogar noch einen Schritt weiter. So sollen Stempelkarten existieren, die beweisen, daß Sauber, der nach seiner angeblichen Beteiligung an der Entführung des Berliner Politikers Lorenz als Anarchist steckbrieflich gesucht wurde, zur Zeit der Entführung in Köln bei „Klöckner, Humboldt, Deutz" an der Stanze gearbeitet hat. Und ist es wahr, was die Verteidiger sagen, so ist die Geschichte vom Anarchisten Sauber überholt.

Übrig bleiben zwei Angeklagte in einem Prozeß, in dem es um „Alles oder Nichts" geht. Karl-Heinz Roth, der eine Pistole bei sich trug, weil er, wie er angab, Angst vor den „Grauen Wölfen", einer rechtsextremen türkischen Vereinigung hatte: „Ich habe auch Menschen behandelt, die nicht bezahlen konnten und keinen Krankenschein hatten, beispielsweise Bundeswehrdeserteure und illegal in der Bundesrepublik lebende Gastarbeiter. Und ich wollte nicht eines Tages in einem türkischen Viertel elend verbluten." Roland Otto, der wegen eines Bankraubs zu vier Jahren und vier Monaten verurteilt, von seinem dritten Gefängnisurlaub auf Ehrenwort nicht zurückkehrte: „Ich wollte mich nicht brechen und vernichten lassen. Urlaub habe ich nur bekommen, um die Behörden auf die Spur von steckbrieflich Gesuchten zu führen."

Beide malen ihren Prozeßausgang in düsteren Farben. „Ich soll hier als Mörder klassifiziert werden, obwohl ich der-fast-Ermordete bin", glaubt Roth. „Nicht eine noch so gute Verteidung, nicht noch so klare Tatsachen können mich vor einer Verurteilung durch dieses Gericht retten", fürchtet Otto.

Von einer ganz anderen Sicht sieht es Vertrauensanwalt Klaus Dethloff: „Nach der gleichen Methode, wie die Anklage gemacht ist, traue ich mir zur, Dr. Draber schwerster Sittlichkeitsverbrechen in Mittäterschaft anzuklagen." Anzuklagen – nicht zu verurteilen. ■



Familie Müller: „Eine Stadt hat einen Prozeß verloren".

Wolfhard Klein

Die Nazis von Mainz

Nach dem Vorbild der faschistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann" hat sich in Mainz eine ganze Familie bewaffnet – Schlüsselfiguren auf der Szene der NS-Kampfgruppen

Viermal wurde Curt Müller bisher verurteilt, davon einmal rechtskräftig. Ehefrau Ursula hat zwei Verurteilungen, Sohn Harald ebenfalls zwei, eine davon rechtskräftig. Die Familie bildet den Kerntrupp einer Nazi-Zelle im Mainz/Wiesbadener Raum. Gegen Mitglieder dieser militanten Kampfgruppe stehen elf weitere Verfahren aus. Ein Müller ist immer dabei.

Mitte Januar wurde Curt Müller zu vier Monaten mit Bewährung, Ursula Müller zu 450 Mark Geldstrafe verurteilt. Sie hatten Radfahrer verfolgt, die von einer Plakatwand an ihrem Haus Hetzflugblätter gerissen hatten. Ursula Müller warf – nach einer Verfolgungsjagd mit dem Auto – die Frau, eine Ärztin, samt Fahrrad zu Boden. Curt Müller (Aussage in der Gerichtsverhandlung: „Ja, das hast Du nun davon!") schlug den Mann, einen Chemiker, mit einem Faustschlag zu Boden. „Ich hab in meinem Leben noch nicht so einen Faustschlag bekommen", sagte der vor Gericht. Über seinem linken Auge war eine Arterie geplatzt, die Wunde 1,5 cm tief. Dann kamen Zeugen. Eine Frau verweigerte die Aussage. Die Kripo hatte ihr versprochen, daß sie vor Gericht nicht aussagen muß. Trotzdem wurde sie spät abends mit dem Polizeiwagen geholt. „Ich möchte nichts sagen, ich habe Familie und meine Kinder."

Neben ihr hatte sich, keiner verhinderte das, Harald Müller aufgepflanzt. Die Frau zahlte 50 Mark Ordnungsgeld. Ihre Angst vor Müller und Freunden ist berechtigt. Da ist die Mainzer Kampfgruppe selbst, etwa 12 Mann stark. Sie trifft sich regelmäßig dienstags in einer Mainzer Kneipe zur Strategieschulung für Sympathisanten. Gelesen wird Faschisten-Literatur und Mao's Theorien des Guerilla-Krieges. Die NS-Kampfgruppe Müller hat Theorie und Praxis seit Jahren verbunden. Aus der NPD entwickelte sich die Gruppe über die Aktion Widerstand zur rechtsradikalen Kampforganisation.

Curt Müller war NPD-Kandidat für die Bundestagswahl 1972. Harald Müller legte für die Partei, auch mal in Uniform, Kränze nieder. Vater und Sohn besprühten 1974 gemeinsam in Berlin Stände der Ausstellung „Nationalsozialistische Politik in Polen" mit Farbe. Daß Harald Müller plötzlich zwei Ausweise, einer war verloren gemeldet, besaß, war kein Zufall mehr. Harald Müller halten Verfassungsschützer für den kommenden Mann im rechten Untergrund. Ihr Urteil über den Studenten: „Intelligent, militant, konspirativ!"

2600 Schuß Munition und Waffen, für die ein Waffenschein vorhanden war, wurden den Müllers nach einer Haussuchung weggenommen. Die Waffen bekamen sie zurück.

Der Waffenexperte der Kampfgruppe Müller heißt Gerd Sandkühler. Sandkühler machte, nachdem er den Bundeswehrdienst quittiert hatte, noch längere Zeit regelmäßig Wehrübungen. Mehrmals fiel er schon auf. 1972, als er sich im Wahlkampf mit SPD-Schatzmeister Wilhelm Dröscher prügelte, zuletzt wurde er Anfang 76 verhaftet, aber wieder laufen gelassen, weil der Verdacht besteht, daß er Hakenkreuze in Weinberge bei Eltville gemalt hat. Die Gruppe Müller hat Kontakte zu allen vergleichbar strukturierten NS-Gruppen in der BRD: Den Gruppen Priem und Hoffmann im süddeutschen Raum, die bekannter sind, oder den relativ unbekannten Kampfgruppen in Norddeutschland, zu der Berliner Gruppe um den Ex-Zollmann Ollmann oder zu der Mannheim/Ludwigshafener Gruppe um Uli Neufeld.

Müller ist eine zentrale Figur, ist in Rechtskreisen überall persona grata und gilt bundesweit als Kontaktperson für Nazi-Sympathisanten. Müller mengt mit beim „Schießclub Bocholt", ein Tarnname für die 1974 in Wiesbaden versuchte Wiedergründung der NSDAP, hat Kontakte zu dem Amerikaner Gary Lauck, der auf dem Mainzer Bahnhofsvorplatz verhaftet wurde, dessen NSDAP-Auslandsorganisation aber nach wie vor rechte Gruppen mit Klebezetteln versorgt, die, mal hier, mal da, in mehreren Städten der BRD auftauchen.

Besonders enge Kontakte hat Müller zu Gunnar Pahl, einem Hamburger, der im eingangs erwähnten Prozeß als Zeuge aussagen sollte, das aber nicht konnte, weil er in Italien einsitzt.

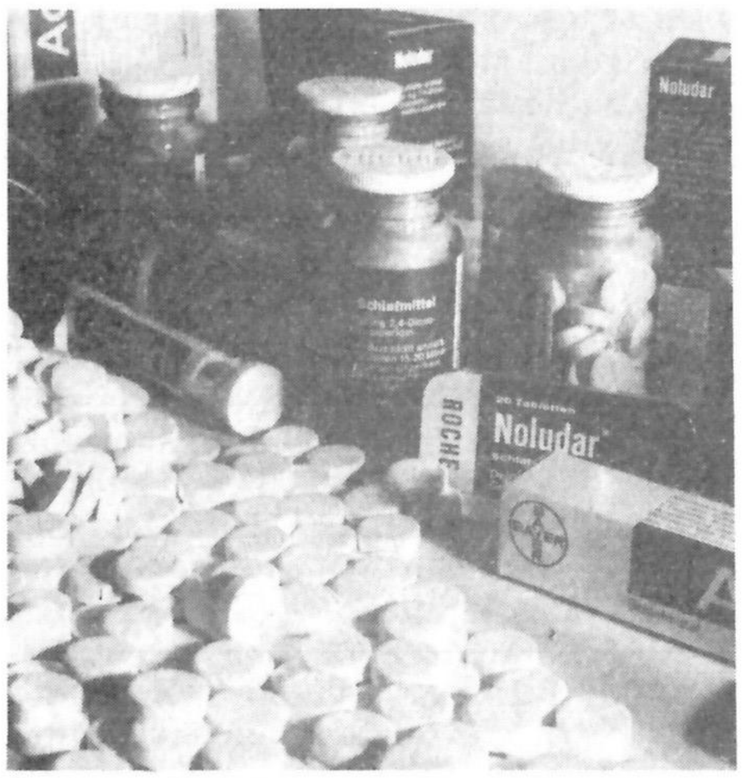
Knasthilfe von rechts: Müller und Pahl wechseln intensiv Briefe. Klaus-Dieter Puls aus Hamburg, auch Zeuge im Prügelprozeß, übernimmt die Besuche bei Häftling Gary Lauck. Zeuge Pahl, der noch ein Jahr sitzen muß, war schon mal in Jugoslawien verhaftet worden, im vergangenen Jahr auf dem Weg in den Libanon. Er hatte NS-Material bei sich. Die Jugoslawen schoben ihn in ein arabisches Land ab.

Zur selben Zeit wie Pahl in Jugoslawien war Ekkehard Weil, bekannt durch das At-

tentat auf den Wachposten des sowjetischen Ehrenmals in Berlin. Erst bei einem Nazi-Treffen in Belgien wurde Müller-Freund Pahl verhaftet und an Italien ausgeliefert. Den dritten Müller-Zeugen im Prügel-Prozeß widerfuhr ebenfalls übles. Im Herbst vergangenen Jahres brannte Uwe Rohwers Haus ab. Die Polizei vermutet Brandstiftung. Den drei Zeugen glaubte das Gericht übrigens nicht. Müller, der sein Einkommen im Prozeß mit 800 Mark netto im Monat angab, ist offensichtlich auch ein Fall für die Steuerfahndung. Der Familie Müller gehört eine Gärtnerei, gehören mehrere Häuser und Grundstücke, teils ererbt, teils erworben. Und, peinlich, Müller bezieht Einkommen aus seiner Tätigkeit als Friedhofsgärtner auf einem Mainzer Friedhof.

Peinlich, weil Sohn Harald wegen Schändung des jüdischen Friedhofs in Mainz vor Gericht stand. Freispruch – weil die Zeugen fehlten. Damals sollen der in den braunen Untergrund gegangene Hans-Joachim Neumann und der Maschinenpistolen-Klau Willi Wegener, die mit dem Berliner Kampfgruppen-Boß Ralf Ollmann auch den politischen Buchladen in Göttingen in Brand gesteckt haben, daran beteiligt gewesen sein.

Die Stadt, die Müller rauswerfen wollte, hat einen Prozeß verloren. Und Müller macht weiter. ■



Bundesrepublik '77: Ein Butterberg der Heilmittel

Markus Köln

Goldenes Copyright

Zyniker meinen, die pharmazeutische Industrie sollte sich ihre Methode, Geld zu scheffeln, patentieren lassen. Schlimm nur: sie tut's.

Mit 185 Mark trug im letzten Jahr jeder Bundesbürger, Greise und Kleinkinder schon eingeschlossen, zum Umsatz der pharmazeutischen Industrie bei. Daß ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Summe für den Kauf von unwirksam oder in ihren Wirkungen unkontrollierbaren Medikamenten draufgeht, ist unter Experten längst nicht mehr umstritten. Daß für andere Pharma-Produkte Phantasiepreise gezahlt werden, ist seit den Untersuchungen des Berliner Bundeskartellamtes in Sachen Merck („Cytobion") und Hoffmann La Roche („Valium" und „Librium") auch kein Geheimnis mehr. Und daß die Krankenkassen bisher ohne großen Widerspruch mit Beitragserhöhungen diesen Markt für Selbstbediener finanziert haben, gehört ebenfalls zum gewohnten, traurigen Bild.

Grund für die Degradierung des Kranken zum Zahlungspflichtigen der Industrie ist auf dem pharmazeutischen Markt der Patentschutz. Jede Firma, die nur ein bißchen auf sich hält, pflegt ihre Produkte mit immer neuen Varianten von längst bekannten Wirkstoffen anzureichern und die Mixtur dann als neue Arznei patentieren und vermarkten zu lassen. Damit wird auf dem jeweiligen Teilmarkt ein Monopol geschaffen, in das andere Firmen nur bei Strafe eindringen können, es sei denn, Lizenz-Absprachen werden getroffen. Wie dieser Prozeß funktioniert, zeigt ein jetzt von Sozialversicherern aus der Bundesrepublik – unter ihnen der Verband der Ortskrankenkassen, die Knappschaft und verschiedene Innungskrankenkassen – gegen amerikanische Beutelschneider von der Pharma-Front angestrengtes Gerichtsverfahren. Per Klage vor der Vierten Kammer des Distriktgerichtes im US-Bundesstaat Minnesota wollen die Kassen von sechs Pharma-Konzernen – unter ihnen die Pillen-Produzenten Pfizer, Upjohn und Squibb – 720 Millionen Mark Schadenersatz haben. Klagegrund: Verbotene Preisabsprachen auf dem Markt der Breitbandantibiotika. Produkte wie „Steclin", „Achromycin" oder „Tetracyn" sind um rund 40 Prozent überteuert.

Wie die Konzerne über Jahre hinweg den Kassen Zusatz-Profite abpreßten, ist ein Lehrstück moderner Pharmakologie. Bereits im Jahre 1948 hatte die zum Konzern-Bereich der „American Cyanamid" gehörende Firma Lederle einen Wirkstoff entdeckt, der im Gegensatz zu den bis dahin gebräuchlichen Antibiotika wie Penicillin gleich gegen eine Vielzahl von schädlichen Mikroorganismen eingesetzt werden konnte: das Chlortetracyclin. Unter dem Namen „Aureomycin" auf den Markt gebracht, weckte das Produkt den Forschungseifer anderer Chemie-Trusts. Unter anderem entstand dabei das heute wegen schädlicher Nebenwirkungen verdächtigte Chloramphenicol. Diese Entwicklungen aus der Retorten-Küche waren Neu-Entdeckungen, deren Herstellungsverfahren von den amerikanischen Behörden auch patentiert wurden.

Der geschäftliche Erfolg ließ den Lederle-Konkurrenten Pfizer nicht ruhen. In den Labors wurden das Chlor von den Tetrazyclinen getrennt, Pfizer begehrte ein Patent darauf. Dem Antrag indes war kein Erfolg beschieden, denn – so die Patentrichter – der angeblich neue Wirkstoff sei seiner Natur nach schon längst entdeckt. Pfizer hingegen reichte einen neuen, leicht veränderten Antrag ein und erhielt zum Erstaunen der Konkurrenz das Monopolbildungen ermöglichende Patent. Die dadurch vom Neu-Geschäft ausgeschlossenen Konkurrenten reichten Klage ein, das Patentamt wiederum wollte die Lage nun endgültig klären – und beauftragte Pfizer mit den Nachprüfungen der Konkurrenz-Behauptungen. Ergebnis: Pfizer bescheinigte Pfizer die absolute Neuheit des eigenen Produktionsverfahrens und bekam folglich auch das Patent zugeteilt. Kleiner Schönheitsfehler: Die Pfizer-Forscher hatten ihren Erforschern natürlich nur die halbe Wahrheit geschrieben und andere wesentliche ihr Ziel aber gefährdende Erkenntnisse einfach unter den Tisch fallen lassen.

Dennoch muckten die bald ins Bild gesetzten Konkurrenz-Konzerne Squibb, Upjohn, Bristol-Myers und Olin nicht auf. Denn ihnen war für eine Rücknahme der Klage eine Lizenz zum Nachbau des Wirkstoffs versprochen worden. Und fortan funktionierte das Geschäft auch reibungslos. Bei öffentlichen geheimen Ausschreibungen traten die Tetrazyclin-Täter stets gemeinsam auf: 100 Pillen kosteten exakt gleich 19,1884 Dollar. Von 15 700 Lieferungen an Apotheken wurden nach Untersuchungen der amerikanischen Antitrustbehörden ganze zehn nicht zum einheitlichen Preis abgewickelt und selbst Preissenkungen vollführten alle Konzerne zum gleichen Datum mit gleichen Sprüngen.

Durch gleichartige Preis- und sorgsam aufeinander abgestimmte Lizenz-Vergaben richteten die Konzerne ein weltweites Monopol nicht nur ein, sondern hielten es auch aufrecht. Selbst als das amerikanische Kartellamt im September 1967 die Patent-Praktiken Pfizers enthüllte, brauchten sich die Profit-Schneider nicht sonderlich zu beunruhigen. Sämtliche Schadenersatzprozesse wurden außergerichtlich abgewickelt und die noch kommenden – nach den deutschen Kassen haben sich auch Indien, die Philippinen und der Iran angemeldet – werden wohl auch kaum den vollen Ersatz der Überpreise einbringen. Das sichert schon die schwierige Beweislage: Schriftliche Unterlagen über Vereinbarungen sind natürlich nie aufzufinden, weil nicht vorhanden, und dank der stets als Firmengeheimnis gehüteten Informationen zum technischen Herstellungsprozeß stehen staatliche Untersucher sofort im Abseits. Mit schwer nachvollziehbaren oder auf anderen, nicht hinreichend erklärten Produktionsverfahren aufbauenden Informationen versorgt, tappen die Fahnder im chemisch reinen Dunkel umher.

Dazu kommt die mittlerweile unübersehbar gewordene Vielzahl von Medikamenten – in der Bundesrepublik auf rund 48 000 geschätzt. Für die Industrie bietet dieser Dschungel besten Schutz vor Kontrolle. Sie kann etwa Medikamente, die ihren Marktanteil nicht mehr halten können, zurückziehen – und in der gleichen Zusammensetzung, nur mit neuem Namen und einigen aufmunternden Werbesprüchen versehen, sofort wieder anbieten.

Damit aber wird der Sinn des Patentschutzes, nicht nur Entwicklungskosten einzuspielen, sondern auch zu echter Forschung anzureizen, ins Gegenteil verkehrt. Heute sind Patente blankes Gold wert: In ihrem Schutz kann die Pharmaindustrie die Preise weitgehend nach eigenem Gutdünken festsetzen. Anders hingegen in Ländern wie Italien. Dort sind die Arzneien im Durchschnitt um zwei Drittel billiger als in der Bundesrepublik. Grund: Dort besteht kein Patentschutz. ■

Pawel Klinger

Die Barbarei des Feingeistes

15 Jahre Kultur- und Fernsehpolitik mit dem Holzamer

Am 14. März 1977 verließ nach 15jähriger Tätigkeit Prof. Dr. Karl Johannes Holzamer das ZDF. Viele haben sich lustig gemacht über den ersten Intendanten der größten Fernsehanstalt Europas: „Weiß das Haar an den Schläfen, auf dem Schädel stahlgrau meliert, der Schädel eines Bauern, aber auch feiner, gütiger alter Herr mit gutem Gewissen und guter Verdauung, einer, der zur Nacht gebetet hat."

Dieser Prof. „Michel" aus der Gartenlaubenkolonie nebenan, ausgestattet mit der Machtfülle mittelalterlicher Potentaten, prägte eineinhalb Jahrzehnte lang die Inhalte und Vermittlungsformen des einflußreichsten Mediums unserer Zeit. Und wahrscheinlich hat jener gütige alte Herr sich um den Konservativismus in der BRD-Bevölkerung verdienter gemacht als alle anderen Strategen des Kapitals. Warmherzig, bescheiden, verständnisvoll, verstand er es, CDU-Politik im Vorfeld ideologischer Auseinandersetzungen zu vermitteln, die Menschen einzustimmen auf die Grundwerte des Gestrigen.

Alles an diesem Mann scheint durchschnittlich, auch sein Lebenslauf: 1906 geboren, promovierte er 1929 an der Universität München über den „Begriff des Sinnes". Zwei Jahre später fand er als Assistent der Pädagogischen Abteilung eine Anstellung beim Westdeutschen Rundfunk. Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten erwies sich für seine Karriere als nicht hinderlich. Während die ersten Rundfunkmitarbeiter bereits Ende Januar 1933 aus politischen Gründen kündigten, wurde Holzamer vorübergehend zum verantwortlichen Sachbearbeiter für den Schulfunk bestellt. In den Randbereichen der Rundfunkpublizistik, im Sprachen-, Frauen- und Kirchenfunk suchte er zu bewahren, was er unter humanistischem Erbe verstand und doch nichts anderes war als ein Bodensatz des Faschismus.

1936 war die totale Gleichschaltung des Rundfunks abgeschlossen: Reichssendeleiter Eugen Hadamovsky erklärte damals: „Der deutsche Rundfunk ist judenrein! Der Nigger-Jazz ist verboten!. Es herrscht nur ein Wille, der des Führers! Und nur eine Weltanschauung, die nationalsozialistische!" Holzamer protestierte nicht, im Gegenteil. Protegiert von seinem Intendanten, dem späteren Reichsintendanten des Großdeutschen Rundfunks, Dr. Heinrich Glasmeier („Blut und Boden – Volk und Heimat – Ein Reich, ein Volk, ein Führer .. das sind die Begriffe, die meine Rundfunkarbeit leiten") wurde Holzamer einer der „anerkanntesten Vertreter des deutschen und europäischen Landfunks", der sich entsprechend der faschistischen Ideologie nicht auf Wettervorhersagen und Marktberichte beschränkte.

Nach Kriegsbeginn versuchte sich Holzamer als Kriegsberichterstatter. Am 23. Juni 1941 sendete z. B. der Großdeutsche Rundfunk seinen Bericht über „Zwei Tage fliegerischer Einsatz im Osten":

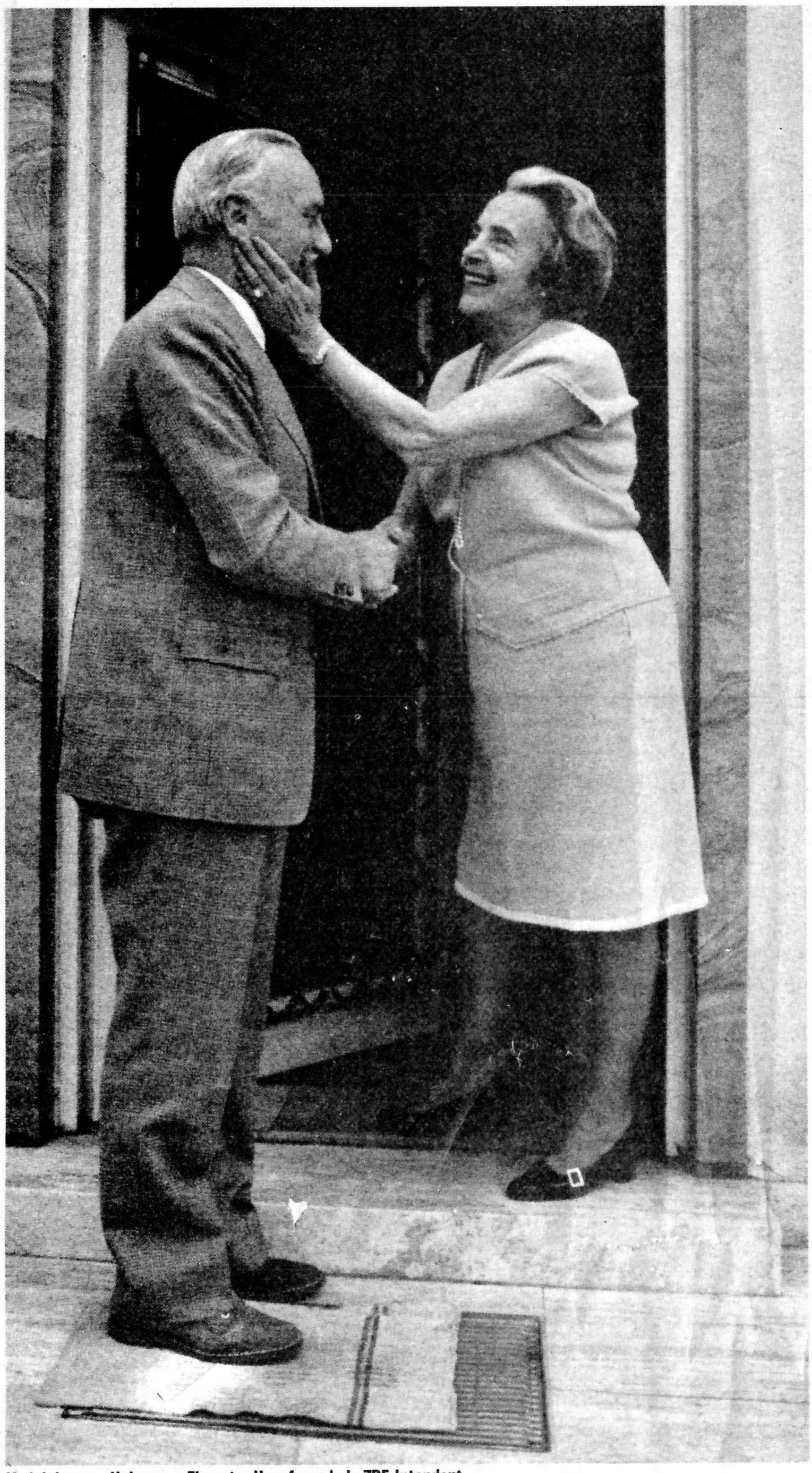
> „Unser Auftrag lautet: Jäger und Stukas zu treffen, uns mit ihnen zu sammeln, bevor die Sturzkampfbomber rückweichenden Kolonnen an einer Bahn- und Straßenkreuzung den Weg verlegen. In guter Höhe wird die überall blitzende und gleißende Sommersonne aufgewogen durch die Frische und den Zug der in guter Fahrt über das sowjetrussische Land donnernden Me's. Das Ergebnis dieses Fluges am zweiten Tag der Operation im Osten ... faßt sich für mich kurz in dem Begriff der Wolke in mehrfacher Gestalt zusammen. Ich meine nicht in erster Linie die wenigen weißen Wölkchen der Flak, die überm Ziel lagen, ich meine auch nicht die wirklichen Wolken, als deren Nachbar der Flieger einhersegelt, obwohl gerade heute reinste Eisgebirge an Wolkengebilden wunderschön und hochaufgetürmt auf flüchtigen dunklen Wolkenbänken über dem wenig abwechslungsreichen Land sich darstellten. Ich meine vielmehr die hellen und dunklen Wolken und Schwaden, die unter uns in dem Flachland von Sumpfwäldern und städtearmen Siedlungen liegen. Grau und schwarz wälzen sich diese Erdwolken aus Brandherden in Wäldern und Stellungen ... Dort zergehen Schwaden, wie feine Rauchstreifen einer verglimmenden Zigarre anzusehen ... Es ist alles schon so selbstverständlich unser Besitz, daß ich in diesem Augenblick die Trommel vom MG wieder herunternehme. Wir sind zu Hause, ja zu Hause, obwohl gestern früh erst der Krieg im Osten begann. Und dann die anderen Wolken. Jene kalkweißen Wolkenstreifen auf den Straßen, jene wirbelnden Staubwolken der fahrenden und marschierenden Kolonnen ..."

Andere, nicht weniger ehrenwerte Herren haben damals markigere Worte gewählt und lauter gebrüllt. Nur scheint mir fragwürdig, wer eigentlich Widerlicheres zu verantworten hat: Jener, der hysterisch „Haut sie tot" schrie, oder der, der dabei mithalf und über Wölkchen sinnierte. Jene Ästhetisierung des Krieges, bei der Wölkchen das Krepieren von Menschen verhüllen, jene ergreifende Schlichtheit des „zu Hause", die nicht nur imperialistische Raubpolitik umschreibt, sondern sie rechtfertigt, mag als „feinsinnig" gelten. Für die Opfer dieser Feinsinnigkeit – und die feinsinnigen deutschen Intellektuellen und das feinsinnige Bürgertum der Weimarer Republik tragen mehr Verantwortung für die Verbrechen des Faschismus als dessen Schergen – für diese Opfer ist dies kein Problem künstlerischer Gestaltung, sondern Hohn, Kultur-Barbarei. Man braucht nicht Blut an den Händen zu haben, um schuldig zu sein. Gift im Hirn ist auch ein Indiz.

Mit der gleichen pastoralen Geschwätzigkeit, die Holzamers spätere „medientheoretischen" Äußerungen auszeichnet, berichtete er bis zuletzt, nun allerdings häufiger von der Heimatfront: „Doch trotz bitterer Nächte sind diese deutschen Menschen nicht abgestumpft, sondern – wie der kämpferische Soldat draußen – noch wacher und feinfühliger geworden für das Stille und Eigentliche des Lebens. Wer nahe beim Tod wohnt, lebt tiefer... Das gemeinsame Kampferlebnis schmiedet zusammen... Die Organisation der Partei und des Staates tut im Verein mit der Selbsthilfe der Bevölkerung alles, was in ihrer Macht steht. Doch das Persönliche, das innere Verständnis, müssen wir alle, Tag um Tag, Du und ich, dazugeben, dann erst wird es eine Gemeinschaft zwischen Front und Heimat."

Das ist nicht Goebbels' Stil, hat nichts zu tun mit jenem ungehobelten Auftreten nationalsozialistischer Propagandisten. Nein, Holzamers Berichte wurden verstanden als wertvolle Literatur. Wie viel deutsche Innerlichkeit schwingt doch darin mit, wie viel Tiefe der Gedanken und Opferbereitschaft der Herzen. Dieser deutsche Mann ist positiv dank seiner seelisch-geistigen Substanz; jeder Zweifel, jede Kritiksucht ist ihm fremd. Später wird Holzamer gegen die Tendenz des permanenten Kritisierens schreiben: „Damit zerstören wir unsere Substanz. Wenn wir sie preisgeben, dann können wir uns auch politisch abschreiben. Dann spielen wir keine Rolle mehr. Machtpolitisch ist Deutschland sicher an den Rand gerückt. Das wissen wir. Aber wir können, wie es den alten Griechen einmal beschieden war, durch die geistige Substanz, die sich bei uns verkörpert, an dem Bild mitprägen, das für eine freie Welt gültig werden könnte." Am deutschen Wesen muß sie doch genesen, diese Welt, an unserer geistigen Substanz, die wahrlich unausrottbar scheint.

Wer wie Holzamer 1943 über das „Stille und Eigentliche des Lebens" faselte, während der faschistische Wahnsinn durchaus methodisch seinem Höhepunkt zustrebte, konnte bereits im Mai 1946 Professor für Philosophie, Psychologie und Pädagogik an der Universität Mainz werden. Nach zwei vergeblichen Versuchen (55 beim WDR, 59 als Programmdirektor des Adenauer-Fernsehens) gelang es 1962 den Christdemokraten, ihren Partei- und Gesinnungsfreund Holzamer zum Intendanten des ZDF zu küren.



Karl Johannes Holzamer: Ein guter Hausfreund als ZDF-Intendant . . .

. . . und als Reporter des Nazi-Funks

Faszinierend an dieser Person ist nicht ihr Werdegang, faszinierend ist vielmehr, wie ungebrochen Denk- und Wertvorstellungen über Jahrzehnte hinweg die Arbeit des Kriegsberichterstatters wie des Fernsehintendanten bestimmen. Jene Vertraulichkeit, „Menschlichkeit", Gläubigkeit, die „Tiefe" der Gedanken und Empfindungen, dieser ganze bürgerliche Kulturschutt, aus dem nur hin und wieder die Fratze der Barbarei herausgrinst, all das findet sich wieder beim „Medientheoretiker" Holzamer. Und es sind diese Holzamers, die Stillen im Lande, die Professoren und Gymnasiallehrer, die Schöngeister in den Redaktionen, die den Boden bereiten für die abendländischen Kämpfer aus Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein. Ihr Einfluß entspricht dem Grad der Entpolitisierung der bundesrepublikanischen Bevölkerung – nicht zuletzt durch das ZDF.

„Das Fernsehen muß ins Haus kommen wie ein guter Freund", forderte Holzamer und stellte fest: „Nicht nur die Stimme dringt in unser Zimmer, mit dem Antlitz und der Stimme tritt das menschliche Gegenüber (und wäre es die Königin von England) als Person, als nah vertrautes DU, in unser Heim." Hier wird Fernsehen verstanden als Gartenlaubenersatz; erst einmal eingeschaltet, bringt es Glanz in die kleinste Hütte. Wer zur Queen du sagen darf, der ist zufrieden. Wenn nicht, muß nachgeholfen werden: „Das Fernsehen ist ein Instrument der Augenweide, und darum bejahe ich durchaus, daß auch die Unterhaltung nicht einen bestimmten Zweck haben soll, außer dem, daß sie den Menschen einfach entspannt, sich fallen lassen, sich ausruhen läßt."

Niemand hat offenherziger diesen Grundsatz ZDFscher Programmpolitik formuliert: Fernsehen als akustisch-visuelle Sensation zur Absorbierung intellektueller Energie und Regeneration verbrauchter Arbeitskraft.

Dazu braucht es freilich Journalisten, die „gewissenhaft und bescheiden auf den Gang der Geschichte hinzuhören verstehen und auf den Herzschlag des Volkes, das sich aus ihren Zuschauern zusammensetzt". Nur so werden sie leisten können, was der Intendant fordert und der Kriegsberichterstatter so meisterlich beherrschte: „Eine Kraft des Selbstverständlichen, Natürlichen, Einfachen sollte unmerklich durch alle Sendungen hindurchstrahlen..."

Wenn aber das „Selbstverständliche, Natürliche, Einfache" die journalistische Arbeit bestimmen und nicht Verstand und Analyse, wenn der „Herzschlag des Volkes" und nicht dessen wirkliche Bedürfnisse zum Kriterium werden, treffen konservative bis reaktionäre Ideologien auf optimale Voraussetzungen. Der gläubige Christ Holzamer ist gewiß kein Faschist, nur einer jener unzähligen Zeitgenossen, die alles, was da kam, zwar nicht gewollt, aber aus innerster Überzeugung mitgetragen haben und sich hinterher wunderten. Begriffen haben sie bis heute noch nicht.

Prof. Dr. Karl Johannes Holzamer hat sich verdient gemacht um Deutschland. Es herrscht noch immer Ruhe im Land, ganz selbstverständlich, natürlich, einfach. Sein Nachfolger, Karl-Günther von Hase, wird die Kontinuität wahren. ■

Absender:

Name

Straße/Nr.

Postleitzahl/Ort

Hiermit bestelle ich:

☐ Abonnement ARCH+ zum Abopreis von DM 30,– pro Jahr

☐ Abonnement Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus zum Abopreis von DM 44,– pro Jahr

☐ Bitte schicken Sie mir das Gesamtverzeichnis des VSA

Postkarte

Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen

ARCH+ erscheint viermal im Jahr mit einem Umfang von ca. 76 Seiten (Format DIN A 4) pro Heft.
Einzelheft DM 8,50; Jahresabonnement DM 30,–

OBERBAUM

OBERBAUM

Bitte fordern Sie unsere Neuerscheinungs-Mitteilungen an.

Postfach 127
D-1000 Berlin 21
Telefon 395 30 99

OBERBAUM

sozialmagazin
Heft 4/77

Erin Pizzey über Kinder im Frauenhaus:
. . . damit sie nicht werden wie ihre Väter

Alte kämpfen um ihre Wohnungen:
Hier kriegt uns keiner raus

Prügel im Kinderheim

Heinsohn/Knieper über
Kann Wissenschaft Erziehung anleiten?

An den Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim
Ich möchte SOZIALMAGAZIN kennenlernen und bestelle ab lfd. Nr. ein
Probeabonnement zum Kennenlernen
(4 Hefte) zum Vorzugspreis von DM 10,– inkl. Versandkosten und MwSt.

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Unterschrift

Bitte beachten: Nach Ablauf des Probeabos liefern wir zum regulären Bezugspreis (Jahresabo DM 40,– inkl. Versandkosten und MwSt.) weiter, falls nach Auslieferung des 3. Heftes keine Abbestellung bei uns erfolgt.
1046

73. Ergänzung einer Allegorie:
Daß du langsam bist, Schnecke, hätte uns
so ausführlich kaum gesagt werden müssen,
das schätzen wir doch. Nur daß du so rasch
nach rechts kriechst, wundert uns.

74. Hans Magnus Enzensberger erreicht
das Klassenziel elegisch:
Che Guevara, sagt jetzt Magnus, war ein Söhnchen
und Idol für Söhnchen. Habe Feinde gehabt.
Und Feinde der Feinde. Vollendet ist der Kursbuchkurs.
Die Merde hat ihn wieder.

75. Berufsverbot:
Viel hörte man, wovon man jetzt wenig hört,
in den Sechziger Jahren von Demokratie. Viel
kostet jetzt, was damals wenig kostete, das
Bekenntnis, zum Beispiel, zum Sozialismus.

76. An den Beruhigten:
In wessen Dienst stehen Sie, Kollege,
jeden Samstag in der Zeitung? Immer
urteilen Sie nur in Ihrem Namen. Halten Sie
Ihre Meinung für die Ihre?

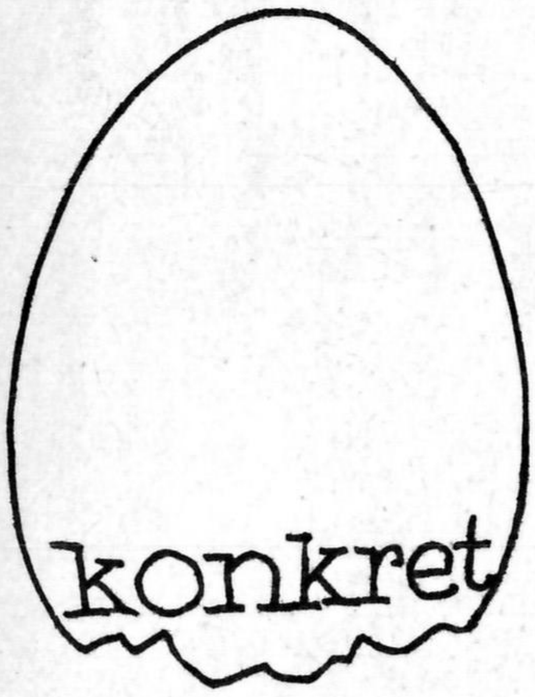
77. Fein heraus:
Stolz blüht dein Gewissen in der Zeitung.
Dir redet Dein Verleger nicht drein.
So sitzt du auf einer Seite des Tischs
und sagst, du studierst beide.

78. Spielraum:
Wenn du nachsagst, was dir vorgesagt wird,
darfst du sagen, was du willst. Ergreifend ist
das Erlebnis der Meinungsfreiheit. Jeder Versprecher
weckt die Verbote.

79. 1983:
Versonnen blickt der Generaldirektor
auf die Sechziger Jahre hin, da er mit Bart
und Poster ging, und sagt zum Sohn, der Konten kaut:
Junge, das war noch Pubertät.

80. 1984:
Mit Meinungsfreiheit und Kunst bedienen wir die
Rechtfertigungsmaschinen des Systems. Die
uns die Maschinen bauten, sitzen erschöpft,
aber noch nickend, vorm Schirm.

Das andere Ei des Columbus

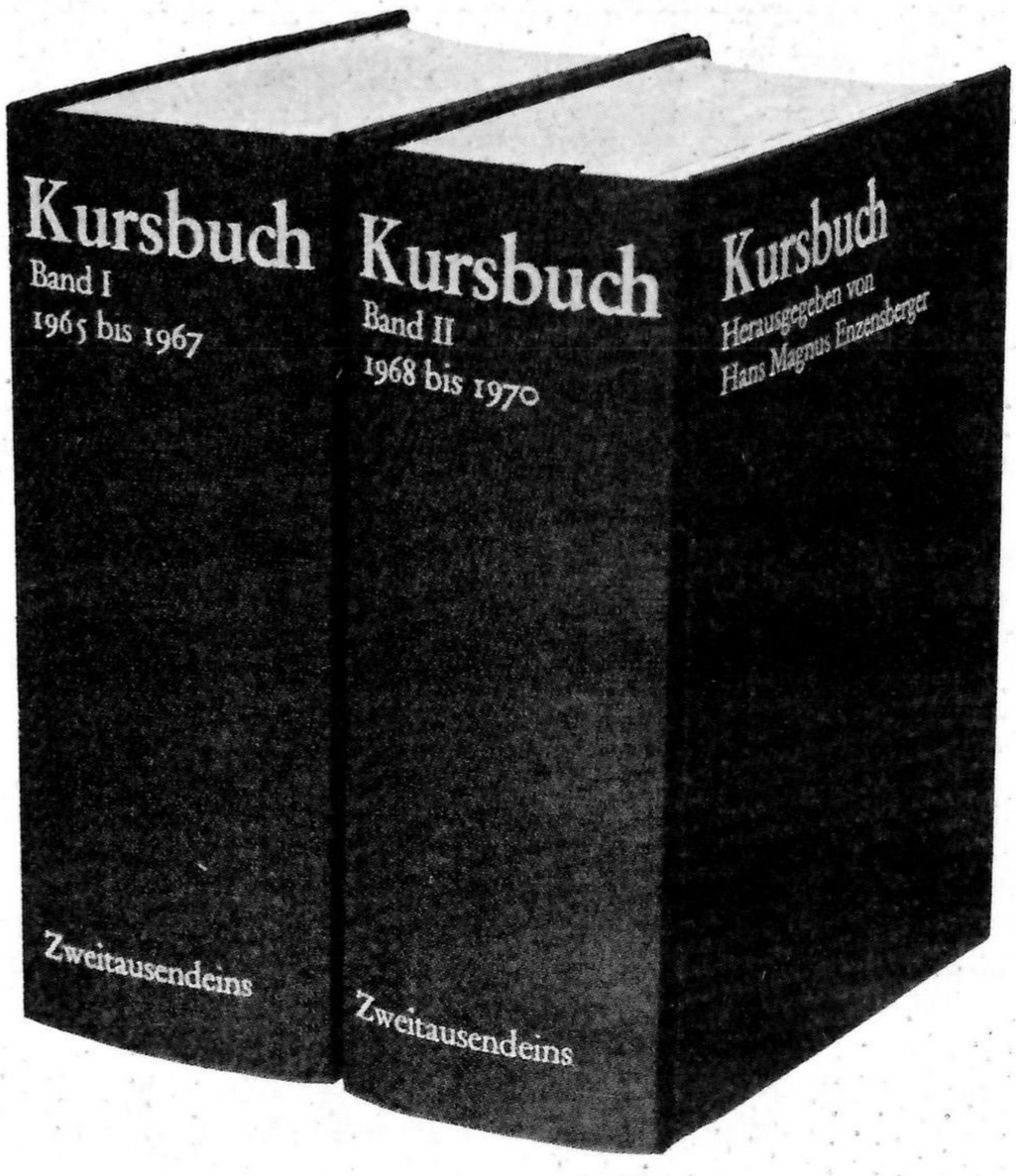


1 Mark 45 billiger

erhalten Sie KONKRET, wenn Sie bis zum 30. April (Poststempel!) die Bestellkarte ausfüllen und einsenden. Für den Gesamtpreis von 79 Mark 20 bekommen Sie ab Juni 1977 bis inklusive Mai 1979 die nächsten 24 Ausgaben der wichtigsten Zeitschrift für Politik und Kultur (Wert: 84 Mark) jeweils pünktlich ins Haus sowie als Bonus einen kompletten Nachdruck der ersten zwanzig Bände KURSBUCH (Kaufpreis: 29 Mark 90) in 2 Dünndruckbänden im handlichen Schuber dazu!

Bei uns bekommen Sie demnach

113 Mark 90 für nur 79 Mark 20!



Martin Buchholz

Der rote Faust

Nach fast 25 Jahren zum ersten Mal auf der Bühne: „Johann Faustus“ von Hanns Eisler. Von der DDR-Kulturkritik zunächst verfemt, finden sich jetzt lobende Worte über die Inszenierung der Westberliner „Theatermanufaktur“ im „Neuen Deutschland“. Sehr zu recht

Eislers Faust: ein Renegat?

Das ist der Bruch eines Gelöbnisses: Nie wieder! Nie, nie wieder – so hatte ich mir geschworen – schreibst du jemals eine Zeile über diesen Scheiß-Faust. Damals war ich achtzehn und hatte gerade so das Abitur geschafft. Eigentlich hatte das Abitur mich geschafft: Im Fach mit der zackigen, hackenknallenden Bezeichnung „Deutsch“ hatte ich mir durch Wut und Trotz bei der schriftlichen Prüfung eine „sechs“ verschafft, weil ich mich geweigert hatte, die Schwachsinns-Themen, die uns da „aufgegeben“ worden waren, anders als schwachsinnig abzuhandeln. Unser Direktor – der mit entnazifiziertem Gewissen täglich neue Verbrechen an Sprache und Literatur beging – hatte uns da auch ein „Faust-Zitat“ zur Auswahl gestellt. Welches es war, weiß ich nicht mehr, jedenfalls wehte und waberte drinnen der „deutsche Geist“: so zumindest wollte er's erklärt und gedeutet wissen...

Da hab ich nun den ollen Faust und seinen verteufelten Gefährten in den Pennäler-Orkus geschickt, zu ewiger Verdammnis des Vergessens verurteilt – und zitiere sie nun, fast siebzehn Jahre später, wieder aus meinem privaten Hades herbei: „Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten,/ die früh sich einst dem trüben Blick gezeigt./ Versuch ich wohl, euch diesmal festzuhalten?“ Soweit mag Goethes Vorspruch gelten.

Dies also ist mein verspäteter „Faust“-Aufsatz. Mit Goethe hat er allerdings nur indirekt etwas zu tun. Es geht nämlich um den „Johann Faustus“ – einen Text des Komponisten Hanns Eisler, das Libretto zu einer nie komponierten Oper. Die Westberliner „Theatermanufaktur“ hat es jetzt auf die Bühne gebracht – mit großem Erfolg. Im Juni wird diese Produktion bei den Ruhrfestspielen zu sehen sein. Später wird die Truppe ihre Tournee-Runde durch deutschsprachige Lande machen. Ausgenommen – natürlich? – die DDR. Dort ist dieses Stück des Nationalhymnen-Komponisten Eisler auch ein spezieller Fall. Jahrzehntelang war es in Acht und Bann getan (über das Wie und Warum wird noch zu berichten sein) – doch inzwischen erinnert man sich schüchtern daran.

Für kulturpolitische Beobachter, die vom hiesigen Feuilleton-Hochstand in Richtung DDR kneisten (meist nur nach dissidentem Wild spähend, wobei jedes scheue Reh-Aktionärchen mit anklagend waidwundem Blick gleich den literarischen Bambi verliehen bekommt) – für jene Ausguck-Posten mit der beschränkten Optik hätte es eigentlich eine kleine Sensation sein müssen, daß das „Neue Deutschland“ im politischen Teil die „Johann-Faustus“-Premiere in Westberlin meldete und ein paar lobende Worte der SEW-Zeitung „Wahrheit“ dazuzitierte.

Doch der Reihe nach. Zunächst mal ein saftiges, deftiges Bravo für die „Theatermanufaktur“, die politisches Theater in einer künstlerischen Qualität darbietet, daß sich die bürgerlichen Kritiker verwundert und bewundernd die Augen reiben. Seit ihrem Revolutionsspektakel „1848“ – auch das wird noch einmal bei den Ruhrfestspielen zu besichtigen sein – hat sich die Truppe einen Namen gemacht, der nicht mehr unter den kleingedruckten Kulturnotizen einfach so untergebuttert werden kann, selbst wenn das einige Kunst-Kardinäle gerne hätten. Eine Zehn-Mann-Truppe, die in einer früheren Kreuzberger Schokoladenfabrik lebt und arbeitet – und ihre Fabrikation erst dann herzeigt, wenn sie politisch und artistisch gleichermaßen „sitzt“. Was sie dann machen, ist verblüffend einfach in den Mitteln – und manchmal einfach genial.

Zehn Spieler also machen einen „Faust“: Aus der Not, daß die Manufakteure gerade mal zehn Prozent des von Eisler vor-geschriebenen Schauspieler-Volks auf die Beine bringen können, zimmerten sie ihre Tugend. Die Schauspieltruppe stellt sich selbst als Schauspieltruppe dar, als eine der vielen kleinen herumziehenden Wandertheaterchen des 16. Jahrhunderts, die auf den Jahrmärkten ihren Karren zum Ort der Schaustellung machten und die mit allerhand kargen Mitteln die große Illusion, die als solche immer durchschaubar gemacht wird, zauberten und entzauberten.

Der Trommler kündigt also an: „Die Historie vom großen Verrat des Dr. Faustus“. Ein Volksstück, auf offenem Markt vorgespielt, das mit Witz und Wut faustdick die Wahrheit aufträgt. Die simple Wahrheit die dem Hans Faust, dem zum Liebkind der Herren gewordenen Bauernsohn, in seiner „Confessio“ schließlich bitter aufstößt: „Der eigenen Kraft mißtrauend hab den Herren ich die Hand gegeben... Nun geh ich elend zu Grund, und so soll jeder gehn, der nicht den Mut hat, zu seiner Sach zu stehn.“

Dieser Faust ist nicht jener schwachbrüstige Tiefsinner, der dem deutschen Bildungsbürger im feisten Nacken sitzt und der alljährlich beim obligaten Osterspaziergang an die frische Luft geführt wird. (Hier wird ein Einschub notwendig; eine Einsicht, die auch mir erst nach einigem Abstand zur Schulscheißheit meines Direx dämmerte: Es ist hier nicht Goethes „Faust“ gemeint, der in humanistischer Anstrengung nach der Erkenntnis suchte, was die Welt im Innersten zusammenhält, um dem vorwärtsdrängenden Geist freie Bahn zu geben für Erklärung und Aufklärung. Mein Hohn gilt dem „Faust“ der Gymnasiallehrer, die uns den Goethe vielfach mit Erfolg vergrault haben, die uns einerseits den mickrigen Geist staubiger, weltentfernter Gelehrsamkeit als wahren Sinn des Forschens aufschwafelten und uns andererseits die kaum versteckte Herrenmenschen-Ideologie des in einsamer Tragik verstrickten Titans, der „faustischen Natur“ in den gequälten Pennäler-Bregen einmartern wollten).

Eislers Faust ist einer, der sich von seiner Klasse entfernt hat, der sich vor der ihm huldigenden Herrenklasse ekelt, sich vor sich selbst ekelt. Ein Verräter, der seinen Verrat rückgängig machen will, als er erkennt, daß er auch sich selbst verraten hat.

Einer, der sich in eine höllisch verflixte Situation gebracht hat: Mit den aufständischen Bauern des Thomas Müntzer wollte er nicht sein, weil er deren Gewalt und Blutvergießen verabscheute. Folgerichtig, wenn auch widerwillig, wurde er so zum Kumpan jener Schlächter, die die Bauern dann zu Tausenden massakrierten. Faust wird gerade durch seine Ideologie der Gewaltlosigkeit zum Gewalttäter. Daran leidet er in intellektueller Verzagtheit, er sieht die Folgen seines Nicht-Handelns voraus, ohne daß er daran noch etwas ändern könnte. Tatsächlich eine tragische Figur. Man könnte Mitleid mit ihm haben, wenn nicht das Mit-Leiden mit seinen Opfern alle Gefühls- und Vernunftsenergien beanspruchen würde. (Denn aus Mitleiden kann und muß auch ein Mit-Handeln werden.) So bleibt Faust bei Eisler der einzige, der Mitleid mit sich hat. Ein wenig wehmütiges Verständnis zeigt nur noch Mephisto, der Verräterengel. Auch dem Satan geht's ziemlich beschissen.

Ganz unbeteiligt bleibt die scheinbare Gegenfigur zum Faust, sein Diener, der lustige Sprüche kloppende Hans Wurst. Der ist nun keineswegs tragisch, sondern nur noch bekloppt, weiß aber seine Dummheit gerissen einzusetzen. Mit den Unterweltsboten schließt er sogar einen Handel zu seinen Gunsten. Er rückt seine wurstige Seele nicht heraus: „Ich hab nur eine bescheidene, verfressene Seele, aber ich häng an ihr, weil mir sonst das Essen nicht schmecken tät. Und du weißt doch, wie ich am Essen häng." So schindet er sogar eine Beamtenposition als Nachtwächter und eine Altersversorgung heraus. Ein kleiner, kleinbürgerlicher Spießer, dem die Bauern und ihr Aufstand ziemlich wurscht sind, solang er selbst nur seine Wurst sicher hat. Ein Verräter, zu dumm, den Verrat zu erkennen, zu dumm, daran zu leiden. Und so ist er oberflächlich eben eine spaßige Erscheinung. Leben und Liebe gehen ihm durch den Magen, dementsprechend sind seine munteren An- und Einsichten die eines Bauch-Redners.

Die eigentlich handelnden Personen sind bei Eisler die Bauern, von Müntzer verführt, von Luther verflucht. Das wird durch die Inszenierung der Theatermanufaktur noch betont. Nun sind es ja Betroffene, die ihre Betroffenheit darstellen. Chöre der Bauern, begleitet auf mittelalterlichen Schalmeien und Drehleiern (wobei die zehn Akteure auch im spielenden Wechsel Musiker und Bühnenarbeiter sind), kommentieren die Geschehnisse. Die Unterdrückten haben auch das letzte Wort in dieser Geschichte, wie in der Geschichte überhaupt. Der „positive" Held Eislers ist ein kollektiver.

In der ersten Fassung des Opern-Librettos kam das noch nicht so klar heraus: In der Rückschau auf die Auseinandersetzungen um den „Johann Faustus" in der DDR nach der ersten Veröffentlichung des Textes im Jahr 1953 kann man heute gelassen, also ohne Eifern und Geifern, feststellen, daß darin ein Teil der Mißverständnisse begründet lag. Bertolt Brecht kommentierte damals, seinen Freund Eisler verteidigend, daß die verratenen Bauern „keine genügende Vertretung" im Stück hätten: „Sie dominieren alle Gedanken und Taten des Faust, sind aber so nur eben psychologisch vorhanden. Wären oder würden sie als Gegenspieler groß gestaltet, könnte das Werk kaum mehr als negativ mißverstanden werden."

Dennoch: Die meisten Argumente, die damals gegen Eisler vorgebracht wurden, waren kurzsichtig und jämmerlich. Die kurzsichtigen kamen von denen, deren politisch-kulturelles Geschäft die Weitsicht hätte sein müssen – zum Beispiel von Johannes R. Becher, der die revolutionäre Eisler-Interpretation der Faust-Figur als Kopie des Leverkühn aus Thomas Manns „Dr. Faustus" abtat (die Anregung allerdings kam von Mann; nur war die Ausführung eine ganz andere). Die armseligsten „Argumente" kamen von den kleinen Kultur-Kläffern, die an jedes Bein pinkeln, das man ihnen zeigt. So wurde der „Faustus" zum „Renegat nach dem Typus Slanski, Raik und Tito" stalinistisch gestempelt – und die differenzierte Haltung Eislers zu seiner tragischen Figur wurde so höchst verdächtig.

Der wichtigste Vorbehalt jedoch war, daß Eisler mit dem wertvollen kulturellen Erbe Schindluder treibe, daß er gar – Mephisto hilf – eine Goethelästerung begangen habe. In der damaligen Phase des Aufbaus der DDR-Gesellschaft war das ein grundsätzliches Problem. Denn bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und Umgrabung der Hirne ging man mit

»Eine Demokratie ist schließlich nicht nur für die Qualität ihrer Panzer, Bomben und Fernsehapparate verantwortlich, sondern auch für die Qualität ihrer Ideen.«
(Paul Feyerabend)

Einladung ins Syndikat

Das »Syndikat« hat durch seine »Autoren- und Verlagsgesellschaft« im vergangenen Herbst ein erstes Verlagsprogramm vorgelegt. Jetzt legt es durch seine »Buchgesellschaft für Wissenschaft und Literatur« das erste Buchclub-Programm vor.
Wie die Verlagsinitiative neue Wege in der Zusammenarbeit mit den Autoren sucht, will auch die Buchgesellschaft mehr sein als eine andere Möglichkeit, mit Büchern Geschäfte zu machen. Die Organisation eines Buchclubs ist für uns Mittel zum Zweck.

Wir wollen kritische Literatur verbilligt anbieten.

Wir wollen wichtige Bücher wieder zugänglich machen.

Wir wollen große Ausgaben zur Subskription stellen.

Wir erwarten uns aber mehr als Buchbestellungen: Anregung und Kritik, Kommunikation der Leser untereinander und mit den Autoren des Syndikats.

Der Buchclub des Syndikats interessiert mich. Schicken Sie mir unverbindlich und kostenlos Informationsmaterial

Name

Adresse

SYNDIKAT
Buchgesellschaft für Wissenschaft und Literatur
Savignystr. 63 Postfach 17 40 03
6000 Frankfurt/Main 1

Andreas W. Mytze
Theater in der DDR
Kritiken 1972–1975
Berlin 1976. 100 Seiten, DM 10,–

Erich Mühsam zum 40. Todestag

Stefan Szende, Wilhelm Girnus, Henry Marx, Huder, Günter Dallmann, Alfred Kantorowicz Huppert, Paul Mühsam, Else Levi-Mühsam. Souchy. Zahlreiche Illustrationen. 90 Seiten.

Ernst Ottwalt
Deutschland erwache!
Neuauflage 1977
Geschichte des Nationalsozialismus
Wien 1932. ca. 400 S., DM 30.–
fotomechanischer Neudruck 1975

Ernst Ottwalt
Schriften
Aufsätze und Erzählungen aus: Berliner Volkszeitung, Linkskurve, Neue Deutsche Blätter, Das Wort, Internationale Literatur, Der Gegen-Angriff, Die neue Weltbühne, Deutsche Zentral-Zeitung u.a. — Unveröffentlichtes aus dem Nachlaß.
Berlin 1976. ca. 260 S., DM 20,––

Andreas W. Mytze in Vorbereitung
Ottwalt
Leben und Werk des vergessenen revolutionaren deutschen Schriftstellers. Im Anhang bisher unveröffentlichte Dokumente.
Berlin 1977. ca. 200 S., ca. DM 30.––

bei Vorauszahlung (Briefmarken oder bar) portofrei

Verlag europäische ideen
1 Berlin 37, Postfach 246

PDI-Hintergrund

Ein vielseitiges Service-Anc

Die Firma INTERTECT
Interessenten "Wir
nenauskünfte"
daß sie "tägl
Werbepros
sen!"
Sch

Hintergrunddienst PDI

Münzstraße 3
8000 München 2
Tel.: 22 39 30/32
Telex 05/29 117

Hintergrund-
Meldungen
Informatio

6-14/76/
1- 1/77
12.1976/
1977

Dieser einzige links-liberale Hintergrunddienst berichtet laufend über reaktionäre und neonazistische Aktivitäten in der Bundesrepublik. Er erscheint 14tägig zum Preis von DM 112.– jährlich (inkl. Porto)

Probenummer anfordern!
PDI-Hintergrunddienst
Münzstraße 3
8000 München 2

Regelmäßige Rubriken:
● Hintergrund-Meldungen und Informationen
● Zahlen aus Politik und Wirtschaft
● Namen aus Politik und Wirtschaft
● Für Sie gelesen
● Das aktuelle Zitat

der bürgerlich-humanistischen Kulturtradition aus gutem Grund sehr behutsam um – auch und gerade, um Bündnispartnern der Arbeiterklasse in der fortschrittlichen, doch bürgerlichen Intelligenz die Möglichkeit zur Identifikation mit dem neuen System zu geben. Da kam der „Johann Faustus" des Kommunisten Eisler seinen Genossen, die nur noch im Schema „Kulturelles Erbe" dachten, in die Quere. Letztlich handelt es sich ja um die Abrechnung mit dem schwankenden Intellektuellen, der keinen festen Klassen-Boden (vom Klassenstandpunkt ganz zu schweigen) mehr unter den Füßen spürt. Also versuchte man, Eisler mit Goethe k.o. zu schlagen: Ein „Faust"-Kampf, wie er unsinniger nicht zu denken ist. Der Sieger stand für die DDR-Oberen von vornherein fest: Johann Cassius Goethe war natürlich der Größte.

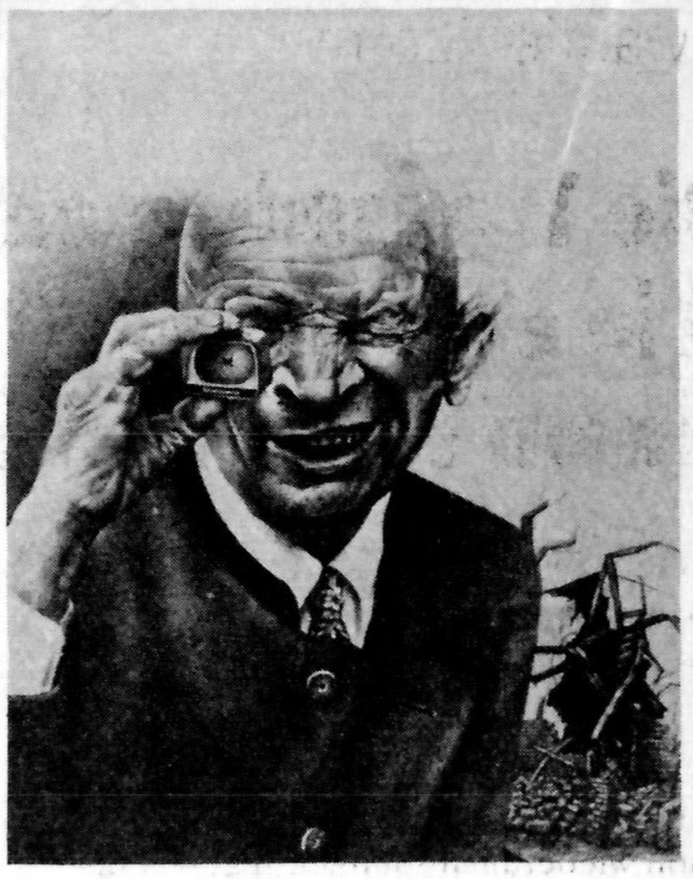
Kein Geringerer als Walter Ulbricht war Ringrichter. Dies war sein Machtwort: „Unseren Kampf führen wir nicht nur um die Entwicklung der Wissenschaft, der Technik usw., sondern auch um die Pflege unseres großen deutschen Kulturerbes. Sie sehen, daß wir uns nicht nur um wissenschaftliche Fragen streiten, sondern neuerdings auch um eine ganze Reihe von Fragen der Kultur, indem wir nicht zulassen, daß eines der bedeutendsten Werke unseres großen Dichters Goethe formalistisch verunstaltet wird, daß man die großen Ideen aus Goethes „Faust" zu einer Karikatur macht, wie das in einigen Werken, auch in der DDR, geschehen ist, zum Beispiel in dem sogenannten „Faust" von Eisler..."

Mein Gott, Walter! So wurde der Sogenannte in der Sogenannten ein Unvollendeter. Die Musik zu dieser Oper wurde nie geschrieben. Ein wunderliches Stück Literatur blieb zurück. Ein Torso? Vielleicht. Aber was für einer! Dieser Magister Eisler, dieser rundliche, geniale Knubbel, hat sich nicht nur in der schwarzweißen Notenkunst ausgekannt, er konnte auch – Teufel noch mal – schreiben, daß die Hölle wackelt. Ein solches Volksstück hat bislang noch keiner fertiggebracht. Das ist derb und komisch und traurig und schön und bissig und böse.

Das sollten sich nicht nur Intellektuelle anschauen – für die ist das ohnehin viel zu schade. Die konsumieren meist nur mit freundlich-wohlwollendem Interesse, lassen aber die sinnliche, pralle Sprache so an sich abtropfen. Denn wird das Herz nicht warm – auch nicht vom Höllenfeuer der Wut, das im Bauch schon mal gelegentlich auflodern muß (oder läßt die das schlechte Gewissen so kühl reagieren?). Bei so einem Jahrmarkt-Schauspiel muß das Publikum mitspielen, mitgehen wollen, seinen Spaß an der Sache nicht nur im anerkennenden Händeklatschen, sondern auch im Schenkelschlagen dokumentieren – zumal viele Bezüge so klar und komisch auf der Hand liegen (wie zum Beispiel, als der Herrscher des „freien" Atlanta die freiheitlich-demokratische Verfassung erläutert: hier verarbeitete Eisler seine amerikanischen Erfahrungen, die ihn ja bis vor den McCarthy-Ausschuß führten).

Das ist auch ein Stück aus dem Volk und auch für das Volk – so kraftvoll, daß manchem Hören und Sehen vergehen dürfte. Viele sollten es daher hören und sehen. ■

Kontaktadresse für Gastspiele:
Peter Wippermann, Bornstr. 3, 2000 Hamburg 13



Zeichnung: Klaus Vogelgesang

Aus den Nachrichtenfilmen hat sich das Publikum sein Bild von der Welt zu machen. Da stehen Korrespondenten an den Straßenkreuzungen vor Regierungspalästen, werden Teppiche ausgerollt, fahren schießende Panzer durch die malerischen Armenviertel exotischer Städte. Und der Zuschauer glaubt, unmittelbar am Ort des Geschehens, direkt beteiligt zu sein.

Jedoch: Ein Schnitt läßt Stunden und Kontinente zusammenrücken. Eine Montage klebt eine neue Wirklichkeit zusammen. Ein Schwenk leitet das Interesse (ab), und der dazu gesprochene Text erklärt, wie das Bild gefälligst zu verstehen ist (falls es überhaupt etwas mit dem Text zu tun hat).

Eine ähnliche Leitfunktion haben auch die Bilder und Grafiken, die häufig im Hintergrund eingeblendet werden und den Text erläutern sollen. Untersuchungen zeigen, daß diese Schautafeln tatsächlich vielen Zuschauern über einige Nachrichtenhürden hinweghelfen; vor allen denen mit Hauptschulabschluß: etwa 75 % des Publikums.

Aber auch wenn derartige Prothesen eine Stütze für Verständnis und Gedächtnis sind, über den Informationswert der verstandenen und aufgenommenen Nachrichten sagt das sowenig wie hohe Einschaltquoten über Qualität.

Die Tagesschau hat in den letzten Jahren immer mehr optische Mittel benutzt. Im Jahre 1976 wurden etwa 47 Prozent aller Inlands- und 59 Prozent aller Auslandsmeldungen mit Filmberichten verbunden; 44 Prozent der Inlandsnachrichten waren mit Fotos und Schaubildern unterlegt, bei den Auslandsmeldungen 36 Prozent. Das läßt aber nun wieder nicht den Schluß zu, durch die vielen Filme würde mehr und bessere Information geboten. Im Gegenteil, statt eines wichtigen Wortbeitrages kommt womöglich ein schlechter Film ins Programm, und auch die Ergänzung des Wortes durch den Film schließt Verfälschung und Einseitigkeit nicht aus.

Bild und Wort laufen in der Tagesschau gleichzeitig. Die Filme zeigen – wenn auch im Ausschnitt – Tatsachen,

Swantje Storm

Die Tagesschau oder: Wie eine Meinung in einem Volk entsteht (2)

die aber nicht für sich sprechen, sondern – im Wort – abstrakt erklärt werden müssen. Die Folge ist (und jeder Tagesschau-Seher dürfte das kennen): entweder man sieht nur das Bild oder die Landkarte oder den Film an oder man hört sich den Text an oder erst das eine und dann das andere und hat am Ende schon wieder nichts mitgekriegt – allerdings ohne das mitzukriegen.

Wegen der begrenzten Sendezeit und der Themen-Vielzahl sind die Meldungen sehr kurz. Ihre Dauer entspricht oft nur der von Werbespots (Länge: ca. 30 Sekunden). Ähnlich verhält es sich mit den Filmen. Die einzelnen Einstellungen haben meist nur die Länge eines Augenblicks (zwei bis fünf Sekunden). Die Überflutung mit Einzelinformationen und das thematische Wechselbad überfordern die Aufnahmefähigkeit der Zuschauer, wie Tests erwiesen haben. Der größte Teil der Tagesschau flimmert am Publikum vorbei, das zudem ohnehin oft schon müde, abgelenkt, desinteressiert ist. Untersuchungen ergaben weiter: Zuschauer reagieren auf die Anforderungen der Tagesschau damit, daß sie die Meldungen nicht zu begreifen und zu verarbeiten suchen, sondern sie – wie die vorangegangenen Reklamesprüche – schlicht oberflächlich verkonsumieren. Ex und hopp.

Sie konzentrieren sich lediglich auf solche Nachrichten, die aus ihrem eigenen Erfahrungsbereich stammen oder von denen sie sich direkt betroffen fühlen (nur selten freilich knüpfen Meldungen an konkrete Lebensbedingungen an). Beispiel aus einem Testprogramm: Zuschauer mit Hauptschulabschluß erinnerten sich vor allem und besser an die Meldung über einen Gewerkschaftskongreß als Abiturienten, die wieder stärker beeindruckt waren von der Nachricht über eine Tagung des Hartmannbundes.

Hintergründe und Zusammenhänge werden in den Nachrichten meist nicht benannt, so daß das Publikum sich eben nicht „danach richten" kann. Warum etwas so ist, wird ebenso verschwiegen wie wohin etwas führt. Und fast nie merkt der Betrachter, ob ihn eine Sache persönlich betrifft (außer beim Wetter). Wirtschafts- und sozialpolitische Meldungen geistern durch so abstrakte Sphären, daß dem Zuschauer verborgen bleibt (und verborgen bleiben soll), wo ihre Pferdefüße denn auf die Erde kommen.

Zum Beispiel, die Haftpflichtversicherung wird teurer. Da wüßte ich nun gerne, warum. Gibt es mehr Unfälle? Und weshalb? Und wozu? Haben die Werkstattpreise etwas damit zu tun? Und dann wüßte ich schließlich gerne noch, wo und bei welcher Versicherung ich mehr oder weniger bezahlen muß. Da wüßte ich gerne etwas über die Lage der Versicherungswirtschaft: ihre Gewinne, ihre Arbeitslosen, ihre Verflechtungen und Konzentration. Und und und.

Zum Beispiel, eine Wohnungsnot droht? Aufgemerkt. Jetzt erfahre ich, warum die Mieten so hoch sind, soviele Luxuswohnungen leer stehen, warum die Neubauwohnungen so schlecht sind, die Bauarbeiter keine Arbeit und die Hauswirte so viel Geld haben, was es mit der Neuen Heimat auf sich hat und und und. Und? Denkste.

Na schön, wenn schon keine Inlandsaufklärung mit Rücksicht auf Macht und Interessen der Wohnungs- und Versicherungswirtschaft möglich sein soll, dann erfahren wir doch wenigstens etwas mehr aus dem Ausland? Ja, besonders wenn es sich im Kriegszustand befindet. Der macht dann gleich einen so übermäßig großen Anteil der Tagesschau aus, daß der Eindruck entsteht: Ausland gleich Krieg. Da wird dann minutenlang geschossen, zerstört und getötet – nur warum, das sagt uns auch hier wieder keiner. Ist der Krieg vorbei, hört auch die Berichterstattung schlagartig auf; die Berichterstatter sind auf der Suche nach neuen Katastrophen.

Vor allem Länder der Dritten Welt sind nur interessant durch ihre Putsche und Hungersnöte. Wird nicht geputscht oder gehungert, finden sie nicht statt. Irgendwelche hochdotierten, whiskygeilen Korrespondenten liefern irgendwelche Filme, die irgendwann irgendwo irgendwie gedreht und zusammengeschnitten wurden: Spätestens seit ihrer Vietnam-Lügen dürften diese Burschen, ginge es mit rechten Dingen zu, wegen der vielzitierten Objektivität und Glaubwürdigkeit gar nicht mehr auftreten. Aber sie treten weiter.

So macht sich der Tagesschau-Zuschauer sein Bild von der Welt: ein Scherbenhaufen. Fernsehnachrichten bieten nur das Spektakulärste und das nur von der Oberfläche, in keinen Zusammenhang gebunden. Einzelteile von Bruchstücken aus Fetzen der Realität.

Aber das liegt im Nachrichtensystem, nicht an der Tagesschau-Redaktion. Diese sortiert und reproduziert nur, was andere erfahren, ausgewählt und gemacht haben.

(Im nächsten Heft: Woher kommt die Nachricht?)

achenbach
bücher für kopfleser:
sperrig·fordernd·aktivierend

Neuerscheinungen 1977

Rainer Prätorius
Folgen der Planung
Ursachen, Bedingungen und Grenzen moderner Verwaltungsreform
262 Seiten, 22,– DM

Karl-Heinz Dehler
Langfristiger Wandel der Theorien zur Öffentlichen Meinung
mit einem Vorwort von H. J. Varain
52 Seiten, 10,– DM

M. Massarrat
Hauptentwicklungsstadien der kapitalistischen Weltwirtschaft
Versuch einer Ableitung des Übergangs vom Grundeigentumsverhältnis zum Kapitalverhältnis auf nationaler und internationaler Ebene
333 Seiten, 38,– DM

Siegfried Meyer
Sport und prozeßunabhängige Qualifikationsmerkmale
Zur materialistischen Analyse der Beziehungen zwischen Sport und Gesellschaft und ihrer Konsequenzen für eine emanzipative Sportstrategie – unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitersports und des Sports im Faschismus
337 Seiten, 28,– DM

Joachim S. Hohmann
Ladung zum Verhör
Gedichte (1971–1976)
93 Seiten, 6,– DM

Bahr, Bloch, Benseler u. v. a.
Humanistische Anthropologie und Dialektischer Materialismus
Leo Kofler zum 70. Geburtstag
ca. 352 Seiten, ca. 26,– DM
gebundene Bibliotheksausgabe
ca. 42,– DM

Jürgen Pedersen
Sportpolitik in der Bundesrepublik Deutschland
ca. 192 Seiten, ca. 9,80 DM

Wolfgang Jantzen
Konstitutionsprobleme materialistischer Behindertenpädagogik
Gesammtelte Aufsätze
ca. 240 Seiten, ca. 18,– DM

Gerhard Müller (Hg.)
Jollensegeln
Zur Strukturanalyse und Didaktik
ca. 136 Seiten, ca. 10,80 DM

Wilhelm Hopf
Kritik der Sportsoziologie
Eine Auseinandersetzung mit den modernen Theorien der Sportsoziologien
ca. 224 Seiten, ca. 16,50 DM

Verlag Andreas Achenbach · D 6304 Lollar · Postfach

Ich habe gelesen

Demnächst wird KONKRET einen Führer durch das Labyrinth linker Strömungen, Gruppen und Zirkel veröffentlichen. Einen Vorgeschmack gibt Rudi Dutschke, der vier linke Publikationen vorstellt

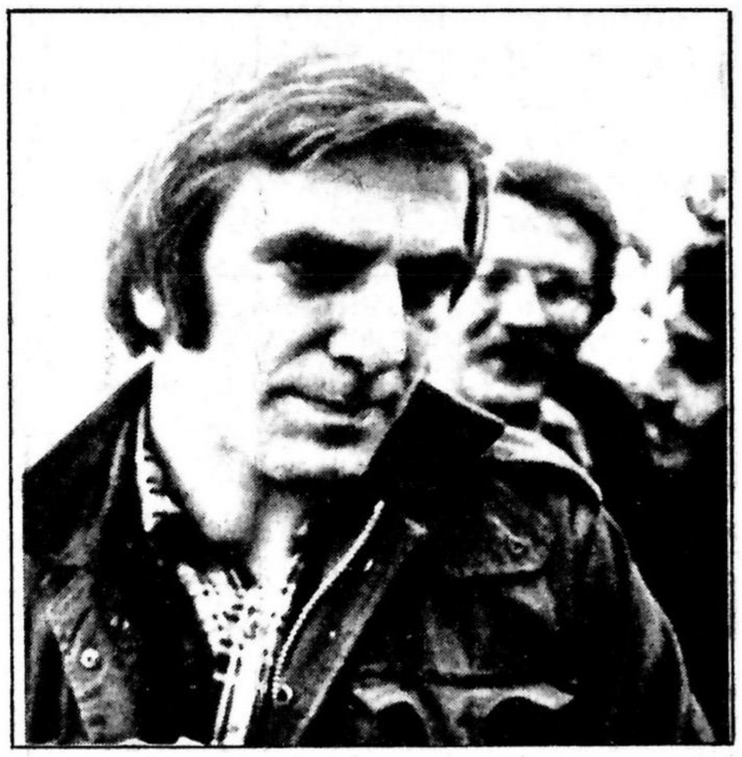
Über linke Zeitschriften in einer linken Zeitschrift zu schreiben ist durchaus nicht besonders gern gesehen. Der politisch-ökonomische Konkurrenzkampf ist nicht kleiner geworden. Kooperation, Kommunikation und intensive Diskussion zwischen den Strömungen ist noch immer nicht üblich.

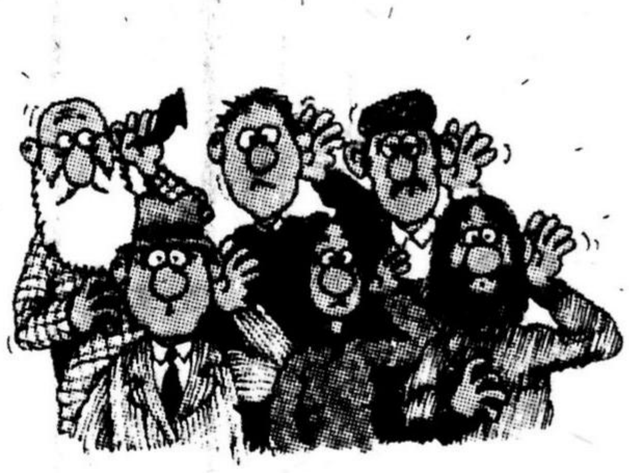
Ich habe in einigen Zeitungen rumgeschnuppert, die ich für wichtig halte und die dennoch in der linken „Szene" bzw. Öffentlichkeit im allgemeinen nicht besonders bekannt sind. Ich spreche von „Monthly Review", „Autonomie", „Langer Marsch" und „Berliner Hefte". Es gibt noch mehr.

„Monthly Review", die theoretische Zeitschrift der amerikanischen Linken, war in den 60er Jahren für uns von großer Bedeutung. Seit einiger Zeit erscheint sie jetzt auch in deutsch. Ist Amerika und das politisch-theoretische Nachdenken der dortigen Linken für uns irrelevanter geworden? Bestimmt nicht. Sicher, es mag in München, Berlin, Frankfurt nicht an Kennern des „Kapital" usw. mangeln, aber Paul W. Sweezys Zeitschrift scheint mir weiter von Bedeutung für unsere Diskussionen.

Man möge sich bloß in der Januar–Februar-Nummer die Analyse von H. Glass über die Klassenkämpfe in Südafrika anschauen. Er macht deutlich, wie die sozialen und politischen Unruhen die dortige herrschende Klasse zu gewissen Veränderungen zwingen, aber die Rebellionen noch nicht in eine soziale Revolution umschlagen können. Er sagt: „Der Kampf um Südafrika, dem Schlüssel zum gesamten südlichen Afrika und vielleicht viel mehr, hat begonnen." Neben einem Essay von Sweezy, für eine italienische Enzyklopädie geschrieben, über die „Marxsche Ökonomie" ist noch besonders wichtig die Analyse von Karin Sacks über die Engelsschen Rekonstruktionen der urkommunistischen Gemeinden und die Veränderungsprozesse der sozialen Lage der Frau in der Geschichte. Sie weist nach, daß es auch in manchen frühen klassenlosen Gesellschaften ohne Privateigentum keine wirkliche Egalität von Mann und Frau gegeben hat. Sie greift dabei besonders auf ethnologische Quellen über afrikanische Gesellschaften zurück. In ihrer Einschätzung der Lage der Frau in der hochentwickelten Klassengesellschaft sagt sie: „Für eine volle soziale Gleichstellung muß die Arbeit des Mannes und der Frau von gleicher Art sein: die Produktion von gesellschaftlichen Gebrauchswerten. Damit dies der Fall ist, dürfen die Familie und die Gesellschaft nicht getrennte *ökonomische* Lebenssphären bleiben".

Zum gleichen Problem, wenn auch von anderen Ausgangspunkten aus, wurde in der Zeitschrift *„Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft"* von K. H. Roth in äußerst interessanten Briefen





Völker, hört die Signale !

Stellung bezogen. Auf die echt kritisch-solidarische Rezension von P. P. Zahl an dem Buch von Verena Stefan einige Monate vorher zurückgreifend sagt er: „Das Abbauen einiger patriarchalischer Attituden und Verhaltensformen durch uns selber darf uns keinesfalls davon abhalten, ganz erhebliche Kritik an den Urwelt-Mythologismen, an der forcierten Generalisierung der weiblichen Sexualität und dem Trend zur neuen Innerlichkeit anzuwenden, die gegenwärtig in der Frauenbewegung grassieren."

Die amerikanische Sozialistin Karin Sacks hätte mit Sicherheit den Satz von Verena – „Der Mensch meines Lebens bin ich" – nicht aussprechen können. Nicht, weil sie weniger Beleidigungen als Verena hat hinnehmen müssen, sondern weil sie die grundlegende Daseinsspannung von Gesellschaftlichkeit und Individualität durchschaut hat.

Die strategischen Ansätze von Karl-Heinz Roth sind für eine sozialistische Politik sozialer Emanzipation von großer Bedeutung: wenn wir heute fordern, „den Kampf gegen die Arbeit als Moment des Kampfes für befreite soziale Selbsttätigkeit auf der Ebene der Kommune zu definieren und folglich nicht mehr von der unmittelbaren Ausbeutungssituation in der Fabrik, sondern von allen Komponenten der reproduktiven Lebenstätigkeit auszugehen, dann dürfen sie aber das Ziel nicht mit der heutigen Realität verwechseln". Der traditionelle Begriff des Industrieproletariats wird, vergesellschaftet, Ausdruck einer objektiven Tendenz. Und wie scharf kritisiert er den Sponti-Mythos, der glaubt, daß dezentralisierte Kleingewerbetätigkeit über Geldverkehr schon mit emanzipierter Selbsttätigkeit (Nicht-Arbeit) zu verwechseln wäre.

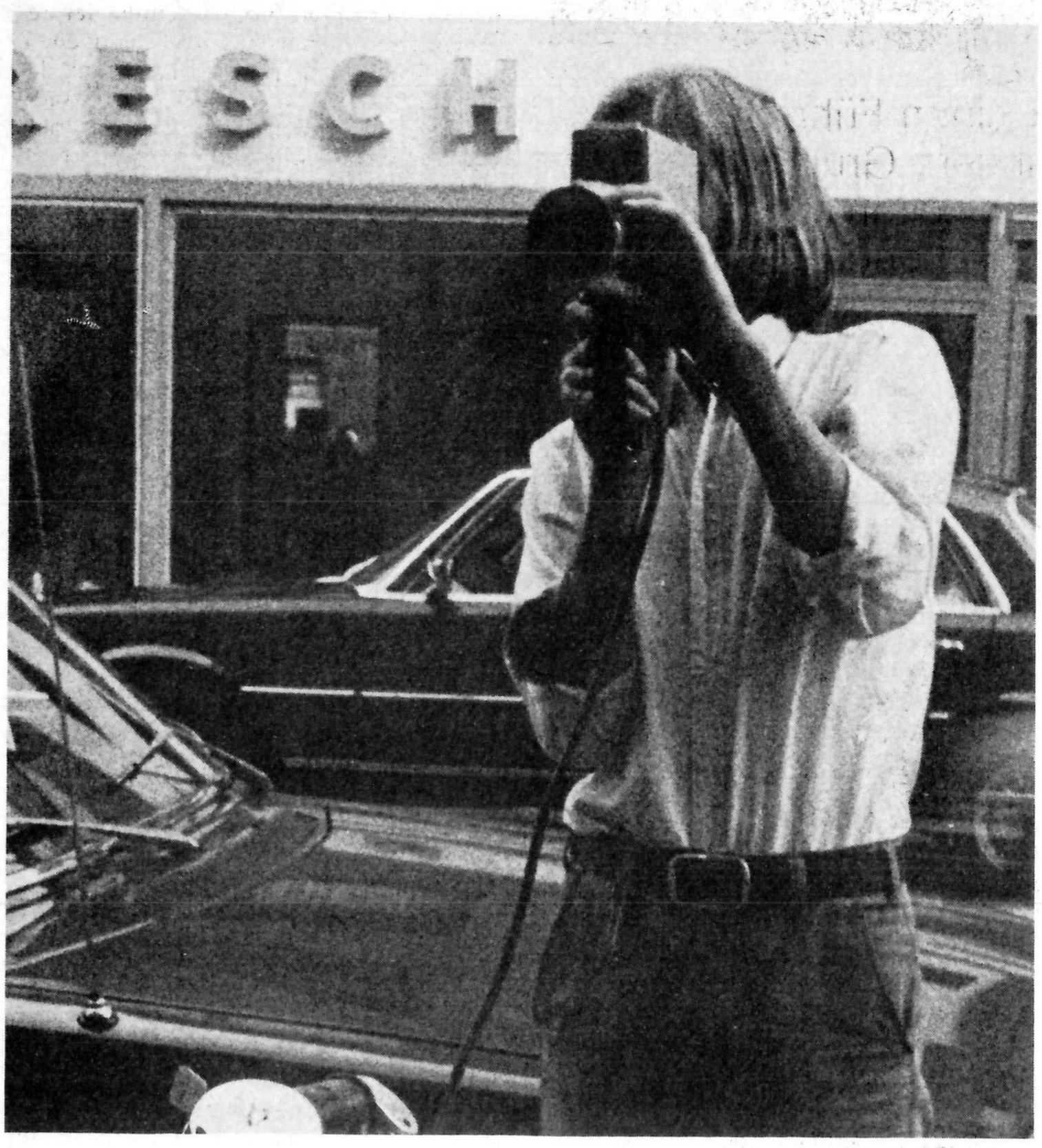
Hoffentlich wird diese „Autonomie" – Nr. 5 auch von Sozialisten und Kommunisten außerhalb der Sponti-Szene gelesen. Neben Karl-Heinz Roths Prozeß werden andere Prozesse intensiv analysiert. Der „Autonomie" kann ich nur wünschen, sich weiter zu halten und die unmittelbare Auseinandersetzung mit der anderen Seite zu verschärfen.

Neben den Zeitschriften aus der BRD will ich noch zwei aus West-Berlin kurz erwähnen: Der *„Lange Marsch"* hat mit seiner 25. Nummer vom Februar eine gewisse Kontinuität erreicht. Die Zeitschrift wird von einer Redaktionsgeneration getragen, die am Ende der Rebellionsperiode der 60er Jahre ihre politische Lebensgeschichte begann. Sie bemüht sich allerdings seit längerer Zeit darum, Sozialisten heranzuziehen, die schon lange vorher für den Sozialismus kämpften, ob nun H. Brandt, O. Flechtheim und Th. Pirker.

Im Mittelpunkt der Februar-Ausgabe steht ein Beitrag von O. Flechtheim: Es geht ihm um eine „Partei der Zukunft", führt insofern eine laufende Diskussion fort. Es geht ihm, wie inzwischen so manchen Zeitgenossinnen und Zeitgenossen außerhalb und innerhalb der herkömmlichen Parteien, um eine Organisation, für die die konkrete Wahrheit mehr wert ist als jenes Kalkul der Macht, in welchem die konkrete Wahrheit jedweder „Machtfrage" untergeordnet wird. Dieser Artikel ist verbunden mit einem „Aufruf zur Diskussion über eine unabhängige linke Liste für die Europa-Wahlen". Es kann eine spannende Diskussion werden. Besonders erwähnenswert ist noch in diesem Heft der kritische Beitrag über die Verhältnisse in der VR China.

Die *„Berliner Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik"* gibt es erst seit dem November 1976. Hier ist beeindruckend, wie sich Intellektuelle, die der ML-Linie äußerst nahe waren, sich systematisch an der Sache abarbeiten, um auf die eigenen Beine zu kommen. Sie wollen sich von Peking lösen, wie sich anderswo welche von Moskau freizumachen versuchen. Darin erschöpft sich aber die Zeitung nicht. Klaus Kuhnkes interessante Analyse des amerikanischen McCarthyismus ist so erwähnenswert wie die Debatte über Heinrich von Kleist.

Allein schon wegen K. Rudats Thailand-Analyse ist die März-Nummer der „Berliner Hefte" interessant. Hier wird durchschaubar, wie in der asiatischen Produktionszone die nationale Bourgeoisie scheitert, die Militärbürokratie sich über Putsche durchzusetzen versucht und die grundlegende soziale Agrarfrage nicht lösen kann. Auch die Rolle der demokratischen Studentenkämpfe ihre Schranken und Möglichkeiten wird erklärt. ■



Karl W. Pawek

Zeigt es ihnen!

Video – ich sehe. Und das kann eine ganze Menge sein, jedenfalls mehr als sich die Hersteller von Video-Geräten wohl wünschen

Kein Mieter kannte Herrn P. Aus einem Rundschreiben erfuhren sie nur, daß der von ihnen bewohnte Häuserblock in den Besitz dieses Herrn „übergegangen" sei und er sich gezwungen sähe, die Mieten neu zu kalkulieren. Wenige Tage später erhielten 7 der insgesamt 68 Wohnungsmieter einen zweiten Brief des Herrn P., in dem höhere Mietforderungen gestellt wurden. Unabhängig voneinander und im Glauben, bislang tatsächlich eine unterdurchschnittliche Miete bezahlt zu haben („Im Interesse der Mietgerechtigkeit fordere ich Sie daher..."), änderten 7 Haushaltsvorstände ihre Daueraufträge. Im folgenden Monat akzeptierten weitere 7 Mieter neue, bereits auf veränderter Zahlenbasis beruhende Mietkalkulationen.

Herr P. ist nicht sonderlich intelligent, doch eines hatte er kapiert: Nur als vereinzelte Individuen lassen sich Menschen ausbeuten. Diese simple Erkenntnis hätte Herrn P. weiterhin hohe Renditen gebracht, wäre unter den Mietern seines Hauses nicht auch ein Videoarbeiter gewesen, und zwar kein einfältiger.

Dieser lieh sich einen tragbaren Videorecorder samt Kamera, läutete bei seinen Nachbarn, um ihnen einige Fragen zu stellen. Wahrscheinlich hätten nur wenige Befragte Auskunft gegeben oder ihn gar die Wohnung betreten lassen, hätte sie nicht sein Angebot gereizt, Interview wie Wohnungsaufnahmen unmittelbar nach der Aufzeichnung auf dem eigenen Fernsehschirm sehen zu können. Oft förderte diese Aussicht die Einsicht, und die Befragten baten darum, das Gesagte noch einmal neu formulieren zu dürfen, nun klarer, konkreter. Da der Videoarbeiter geduldig, das Band löschbar war, erreichten Menschen, die für gewöhnlich angesichts einer Kamera

SOPO
SOZIALISTISCHE POLITIK
vierteljährlich herausgeben in Westberlin

Die SOPO nimmt teil an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, die von der mit der Arbeiterbewegung verbundenen Intelligenz in einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen und zu Fragen sozialistischer Politik kontinuierlich geführt wird.
Die Orientierung auf breite wissenschaftliche Diskussion ist nicht zu trennen von breiter, wissenschaftlich ausgewiesener Erörterung unterschiedlich organisierter und ideologisch kontroverser Positionen.

SOPO 37/38 DM 8.–
Politische Krise und demokratische Bewegung
Philosophie und Politik bei Althusser
Diktatur des Proletariats

SOPO 39
April 1977 DM 6.–
Neue Studentenbewegung?
Protokoll einer Diskussion zwischen UStA, ADSen, JUSO-HSG, SEW-HSG, LHV und anderen
H.J. Sandkühler
Über die logische Basis des Kommunismus oder Wie produktiv ist die Wissenschaft im Kapitalismus
F. Tomberg
Althussers antihumanistische "Kapital"-Lektüre
E. Stölting
Das soziale Bild der Wissenschaft
B. Heidtmann
Materialistische Dialektik und Theorie der Dialektik
M. Blankenburg
Konturen einer „Ideen-Politik"

Preis des Einzelheftes DM 6,–
Jahresabo (4 Hefte) DM 20,–

ausschneiden und einsenden an
verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

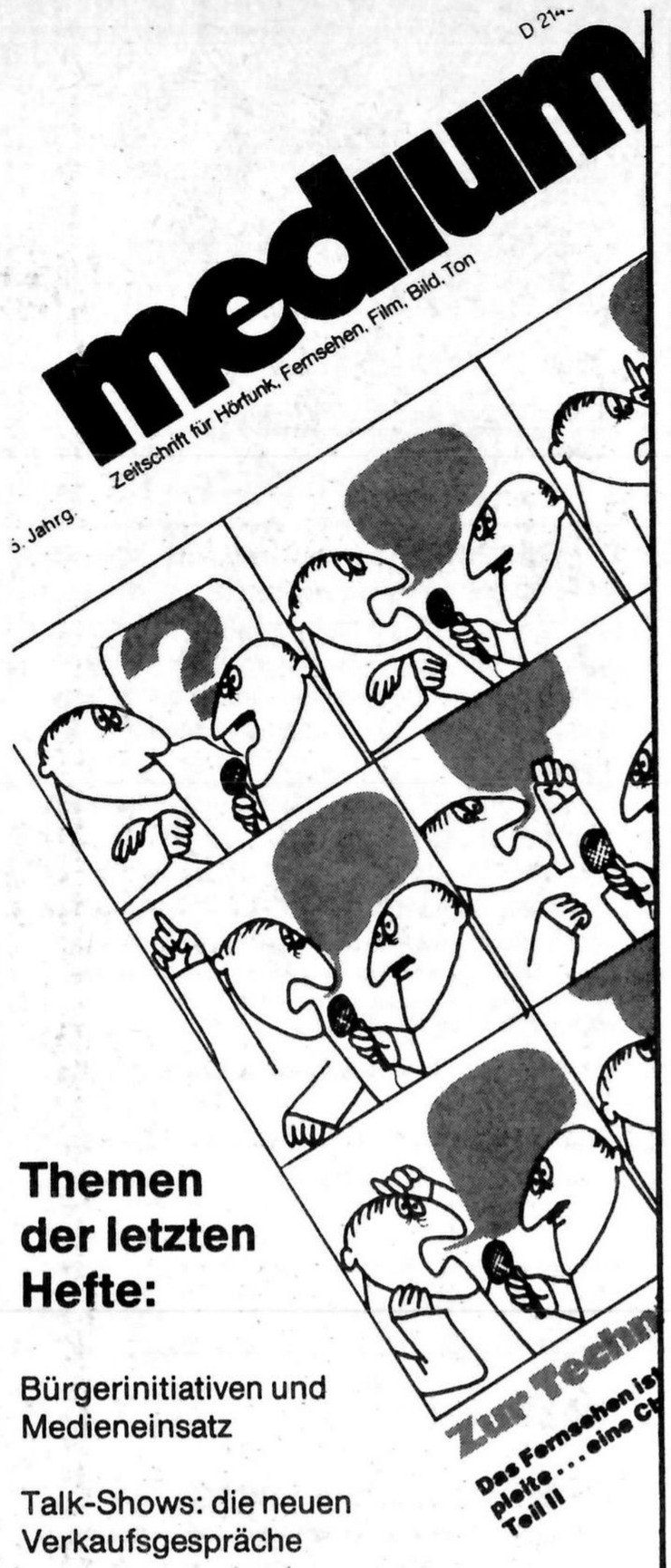
Hiermit bestelle ich die SOPO für ein Jahr (4 Hefte), beginnend mit Heft . . .

Name . . . . . .

Straße . . . . . .

PLZ/Ort . . . . . .

. . . . . .
(Datum/Unterschrift)



Themen der letzten Hefte:

Bürgerinitiativen und Medieneinsatz

Talk-Shows: die neuen Verkaufsgespräche

Berichte zur Mediensituation in Österreich und Italien

Spekulationsobjekt Kinofilm: die sog. Abschreibungsgesellschaften

Das US-Genre der Schnüfflerfilme

Neo-Kolonialismus: Kino in Afrika

Medienarbeit mit alten Menschen

Dazu: Filmkritiken, Fernsehvorkritiken, rundfunk- und filmpolitische Kommentare, Buchbesprechungen, Veranstaltungskalender u. a.

Zum Kennenlernen haben wir ein Probeabonnement eingerichtet: drei laufende Hefte für insgesamt 4,50 DM.

Einzelheft 3,– DM, Jahresabonnement 36,– DM, Studentenabonnement 25,20 DM (alles incl. Porto).

Bestellungen an:
medium, Gemeinschaftswerk Ev. Publizistik,
Friedrichstraße 2–6, 6000 Frankfurt

medium

nur stottern oder Sprüche klopfen können, höchste Ausdrucksfähigkeit. Zu sagen hatten sie als Betroffene ohnehin alle etwas.

Aus dem aufgezeichneten Material montierten der Videoarbeiter und seine Nachbarn einen Film, der nicht nur Herrn P.s Taktik, sondern auch den miserablen Zustand der ihm gehörenden Wohnungen aufzeigte: Bei mehreren Vorführungen („Guck mal, Papa im Fernsehen") sahen alle Mieter diesen Film, solidarisierten sich gegen P. Das neugebildete Mieterkomitee entdeckte bald, daß P. noch andere Häuser und Wohnblocks besaß, insgesamt vierundzwanzig, davon zwölf – wie der Videoarbeiter sehr schnell feststellte – mit Gemeinschaftsantennen.

Innerhalb weniger Tage fanden alle Mieter der verkabelten Häuser eine Notiz in ihren Briefkästen, die sie aufforderte, zu einem bestimmten Zeitpunkt einen bestimmten Kanal ihrer Fernsehgeräte einzustellen. Neugierig überwanden sie Fernsehgewohnheiten, und die meisten von ihnen sahen zu dem angegebenen Zeitpunkt statt Werberahmenprogrammen einen doch recht ungewöhnlichen, da konkreten, sie angehenden Bericht über ihren Vermieter, Herrn P. Nach der Sendung herrschte in jedem der Häuser derartige Aufregung, wurde telefoniert oder beim Nachbarn geklingelt, daß niemand den Videoarbeiter beachtete, der mit seinem Gerät leise die Treppe vom Dachboden, wo sich der Signalverstärker der Antennenanlage befindet, herunterschlich.

In den folgenden Wochen hatte der Videoarbeiter sehr viel zu tun, Herr P. aber verlor jede Freude am Vermieterdasein.

Diese Geschichte ist erfunden, aber sie kann sich so oder ähnlich heute überall ereignen: Videorecorder machen so etwas und Aufregenderes möglich. Nur weiß kaum jemand davon. Video (= ich sehe), das Medium der Basis – ein Mittel für Betroffene, über Probleme, die sie haben, anderen Leuten zu berichten, sich zusammenzuschließen und bestimmte Erkenntnisse zu bekommen – existiert unter Ausschluß der Öffentlichkeit, zumindest in der BRD.

Bereits in den frühen 60er Jahren hatte die US-amerikanische und japanische Elektronikindustrie Videoanlagen entwikkelt zur Überwachung/Steuerung von Arbeitsvorgängen, Verkehrsflüssen, Demonstrationen, Kinderspielplätzen, Gefängnissen usw. Video war ein Medium der Herrschenden zur Sicherung ihrer Herrschaft. In ihrem systemsprengenden Drang jedoch, neue Profitquellen zu erschließen, brachte die Industrie wenig später preisgünstige, leicht bedienbare Aufzeichnungsgeräte, Recorder, auf den Markt. Die Konservierung von Fernsehprogrammen, so höhnte die Werbung, erlaube jedem Zuschauer, sein eigener Programmdirektor zu sein. Kleine automatische Kameras kamen hinzu, die Recorder wurden netzunabhängig. Akai pries sein „Portopak" (so heißt die Gerätekombination Kamera/Recorder/Akku) an:

„9.00 Uhr: Sie lernen Ihren Sport – zum Beispiel Reiten – schneller und besser durch Sofort-Kontrolle des aufgenommenen Bewegungsablaufes.

11.00 Uhr: Im Betrieb trainieren Sie sich und andere z. B. als perfekte Verkäufer – durch Rollenspiel vor der Kamera und anschließender Verhaltensanalyse.

14.00 Uhr: Sie halten die Hochzeit Ihrer Schwester in Bild und Ton als bleibendes Bilddokument für alle Zeiten fest.

19.00 Uhr: Die ganze Familie daheim hat einen Riesenspaß an Ihren Bandaufzeichnungen.

21.00 Uhr: Mit Ihrem Akai-Koffer sind Sie der fröhliche Mittelpunkt auf jeder Party."

Doch trotz des relativ hohen Anschaffungspreises (2000 bis 6000 Mark für einfache Geräte) gerieten Portopaks in falsche Hände, bemächtigten sich Menschen dieser Geräte, die andere als von der Industrie suggerierte Anwendungsmöglichkeiten wußten.

Inzwischen haben sich in Europa und Nordamerika Hunderte von Videogruppen gebildet, wurden Tausende Filme produziert, aufklärerische, künstlerische, agitatorische, dokumentarische, gibt es einen täglichen Informationsdienst (BIS) neben ungezählten Zeitschriften, existieren allein in Paris drei Videokinos, erhalten holländische Videogruppen staatliche Zuschüsse in Millionenhöhe, haben kanadische und US-amerikanische Gruppen freien Zugang zu Kabelfernsehkanälen (in den USA ist jede Station mit mehr als 3500 Abonnenten gesetzlich verpflichtet, einen oder zwei Kanäle kostenlos und ohne Zensur der Öffentlichkeit zugänglich zu machen), verwenden bedeutende Regisseure wie Godard Filmmaterial nur mehr zur Distribution von Videoproduktionen (Godards hervorragendes Video-Beispiel „Numéro Deux" soll im April in den BRD-Kinos anlaufen), gibt es alternatives Fernsehen sogar in der Kulturwüste BRD.

Nun wäre es gewiß unsinnig, von einem neuen Medium allein die gründliche Veränderung der Verhältnisse zu erwarten. Noch unsinniger allerdings ist jegliches Lamentieren über die Programme der staatlichen/privaten Fernsehanstalten. Diese Institutionen sind nicht veränderbar, solange die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie produzieren und die sie durch ihre Produktionen stabilisieren, unverändert bleiben. Um aber „von der Ebene der bloßen Negativität und Ablehnung auf die Ebene der Konstruktivität und des Handelns zu gelangen" *), brauchen wir auch Video als das zur Zeit geeignetste Medium, Distributionsapparate (mit ihrer vertikalen Information) in Kommunikationsapparate (horizontale Information) zu verwandeln.

Video besitzt gegenüber den anderen weitverbreiteten aber fehlgenutzten Produktionsmitteln Fotoapparat/Schmalfilmkamera/Tonbandgerät einige Vorteile, deren Summe erst seine immense Bedeutung ausmacht: Produktion und Distribution von Videoprogrammen werden bestimmt durch die spezifische Attraktion des Mediums Fernsehen, die schnelle Verfügbarkeit des Aufgenommenen auch bei Tageslicht sowie die Ökonomie des Materialverbrauchs (30 Minuten löschbares Band ko-

---

Harald Meinke legt Wert auf die Feststellung, daß er Autor des Beitrags „Roberto hat ein Herz aus Gold" sowie Bearbeiter und Übersetzer des Textes „Ich habe nicht gegen niemand" in KONKRET 12/1976 Seite 50 war.

Die Red.

sten ungefähr 33 Mark). Hinzu kommt ein hoher technischer Standard: Gleichzeitige Aufnahme von Bild und Ton bei 3 Tonspuren, extreme Lichtempfindlichkeit der Kameras, elektronischer Schnitt. Zumindest Aufnahme und Wiedergabe können von Zwölfjährigen geleistet werden.

Diese Eigenschaften erlauben nicht weniger als die Neubegründung einer lange verschütteten Volkskultur. Videoarbeit zwingt zur kollektiven Arbeitsweise. Während der Foto-, Film- und Tonbandamateur für gewöhnlich als Vereinzelter entsprechend privatistische Produktionen herstellt (und für den Fall, daß er diese Position überwindet, sehr schnell die Distributionsbeschränkungen der Medienindustrie erfährt), wird der Videoarbeiter nicht nur aus finanziellen Gründen im Team und vorwiegend gesellschaftspolitisch arbeiten, es sei denn, er verstünde sich als fossiles Universalgenie der bürgerlichen Kultur verpflichtet. Die kollektive Arbeitsweise fördert die Solidarisierung der Gruppenmitglieder untereinander wie mit den Betroffenen, soweit die Betroffenen selbst Produzenten sind, was bei Video aufgrund der einfachen technischen Bedienung weitaus häufiger der Fall ist als beim Film. Natürlich gibt es auch unter Videoarbeitern bereits „Spezialisten", deren Spezialistentum man ihren Produktionen ansieht: Perfekt, schön, langweilig wie gehabt in ARD und ZDF.

Video ist spontan, es mobilisiert. Als die Prostituierten von Lyon im Sommer 75 die Kirche St. Nizier besetzten, um gegen den staatlichen Terror zu protestieren, übertrugen Videoarbeiter die Verhandlungen der Frauen in der Kirche nach draußen. Gleichzeitig zeichneten sie für die Besetzerinnen die Reaktionen der vor dem Fernseher versammelten Menge auf. Sie informierten also nicht nur eingleisig (Prostituierte – Öffentlichkeit), sondern übermittelten zugleich ein feedback, das die Verhandlungen selbst (und somit die nächsten Informationen) beeinflußte. Aus den Video-Aufnahmen wurde später eine Montage hergestellt für jene, die nicht an dem Konflikt direkt beteiligt waren. Ein solcher Videofilm unterscheidet sich gründlich von einem Negativ-Film. Der geringe technische Aufwand (kein Ausleuchten, keine Dunkelkammer/Kopieranstalt) wie die niedrigen Materialkosten beeinflussen bereits die Themenwahl. Das Beiläufige, Alltägliche wird berichtenswert, der Erfolgszwang teurer und daher normierter Filmproduktionen (und die damit verbundene Orientierung auf das Außergewöhnliche, kommerziell Verwertbare) entfällt. Jene, über die berichtet wird oder die über sich berichten, sind nicht länger Statisten in einer inszenierten Realität. Zwingt der Film zur Abgabe wohlformulierter Statements, erlaubt Video die langsame Entwicklung eines Gedankens beim Sprechen. Video ist eben nicht Inszenierung, sondern Betrachten, Zuhören, Zusehen. (Häufig entspricht die Filmzeit der Realzeit). Es vermittelt daher auch seltener Zustände als Prozesse. Das Bildangebot der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten schließlich – als Zitat genutzt(!) – ermöglicht nicht nur konkrete Medienkritik, sondern die ebenso attraktive wie einfache Illustration.

Ungelöst ist bislang das Vertriebsproblem. In den wenigen Medienzentren der BRD lagern ca. 600 Videoproduktionen. Jeder Interessent kann sie – bei Bedarf mit den notwendigen Abspielgeräten – entleihen. Nur: Wer kennt schon MPZ, Telewissen, VAM? Die Videogruppen selbst sind zu sehr mit aktuellen Produktionen ausgelastet und finanziell unterbemittelt, um über gelegentliche Videoverzeichnisse hinaus den Aufbau eines nationalen Vertriebes realisieren zu können. Und da die Verwalter unseres Staates sehr wohl wissen, daß Video alle Informationssysteme in Frage stellt, die auf größtmögliche Zentralisierung von Entscheidungen, extreme Arbeitsteiligkeit, Zensur und Eingleisigkeit in der Beziehung zum Publikum beruhen, somit diesen Staat selbst gefährden, ist an staatliche Subventionen nicht zu denken. Den emanzipatorischen Mediengebrauch werden sie dennoch nicht verhindern können. Wir werden sehen! ■

*) Roberto Faenza in seinem Video-Manual „Senza chiedere permesso", das der Basis-Verlag in einer überarbeiteten Fassung herausbrachte: „Wir fragen nicht mehr um Erlaubnis", 160 Seiten, 12,50 Mark.

Adressen

Architekturfakultät TU Berlin / Gunter Gude, 1 Berlin 31, Nassauische Str. 32, T: 861 14 23.

BBW Video / Klaus Ritter, 1 Berlin 30, Nollendorfstr. 15, T: 215 58 70.

Felix Borkenau, 51 Aachen, Theaterstr. 52, T: 29 861.

Deutsches Institut für Publizistische Bildungsarbeit / Joachim Dierichs, 58 Hagen, Haus Busch, Buschstr., T: 64 555.

Hochschule für Bildende Künste Berlin / Ulrich Weber, 1 Berlin 61, Baerwaldstr. 52, T: 69 28 48.

Institut für Publizistik / M. Tauchert, 1 Berlin 30, Akazienstr. 30, T: 784 14 19.

Institut für Theaterwissenschaft / G. Conradt, 1 Berlin 19, Horstweg 6, T: 307 77 99; W. Nitschke, 1 Berlin 12, Kantstr. 125, T: 312 94 97.

Kommunikationsgruppe / Ulrich Bernhard, 7 Stuttgart 1, Parlerstr. 52, T: 25 13 04.

Kommunikations & Kontaktzenter Nürnberg / Norbert Stör, 85 Nürnberg, Bucher Str. 21, T: 33 05 76.

Medienladen, 2 Hamburg 1, Rostocker Str. 25, T: 24 63 84.

Medienpädagogisches Zentrum, 2 Hamburg 13, Grindelhof 59 c, T: 45 27 02.

Harald Ortlieb, 2 Hamburg 52, Leistikowstieg 9, T: 89 59 86.

Irmbert Schenk, 28 Bremen, Friedrich-Ebert-Str. 37, T: 50 77 78.

Tele-Public-Westberliner Luft / Helge Heberle, 1 Berlin 36, Paul-Linke-Ufer 41, T: 612 79 97.

Telewissen / R. Schmieders, 61 Darmstadt, Herdweg 74, T: 43 112.

TVideo, Karl-Heinz Roesch, 8 München 22, Gewürzmühlstraße 12, T: 22 41 96.

Video-Audio-Media / M. Geißler, 1 Berlin 15, Uhlandstr. 144, T. 883 81 21.

Video Werkstatt „Prolog" / W. Hewig, 41 Duisburg, Siegstr. 23, T: 34 01 03.

Zusammengestellt von der Redaktion der Zeitschrift „medium", Friedrichstr. 2–6, 6000 Frankfurt/Main.

Zwei politische Sachbücher:

Die Bundesrepublik steht der künftigen technologischen Krise unvorbereitet gegenüber. Diese Krise wird im wesentlichen zwei Aspekte immer deutlicher hervortreten lassen: die ökologischen Grenzen und die technologisch bedingte Arbeitslosigkeit. Frank Haenschke wendet sich dagegen, daß die Politik von scheinrationalen Sachzwängen diktiert wird. Sie muß dagegen von ethischen und moralischen, an Grundwerten orientierten Kategorien beurteilt werden. Brosch. **DM 16,80**

Ein neuer Menschentyp hat sich der größten Unternehmungen Amerikas bemächtigt: der perfekte Organisator des Spieltriebs der Menschen. Der Autor beschreibt in dieser sozialwissenschaftlichen Untersuchung, welcher Techniken sich diese Manager bedienen, um eine stets siegreiche Mannschaft aufzubauen. Geb. **DM 29,80**

Reinhard Lettau

Deutschland als Ausland

Reinhard Lettau, Deutsch-Amerikaner, lebt in Californien. Bei seinem letzten Besuch in der Bundesrepublik entdeckte er, daß dieses Volk nahezu alles, was an ihm schön, liebenswürdig und zart war, verraten hat

Nach längerer Abwesenheit aus Deutschland, morgens, in Waldbronn bei Karlsruhe, auf dem Weg zum Bäcker, bemerke ich unter mir, zwischen Bürgersteig und Hausfront, einen fünf Zentimeter breiten Vorgarten mit echten Blumen und gepflegtem Rasen. Jedoch ist dieser Garten, in den man sich hinabbeugen, aber nicht setzen könnte, gegen die Außenwelt geschützt durch einen fingerhohen Gartenzaun. Erwartet man den Angriff von Personen in der Größe von Bleistiften?

Auf dem Weg zur Post, in Reichenbach bei Karlsruhe, muß ich, da ich mich verfahren habe, zum Wenden etwa den halben Meter einer Auffahrt benutzen, die in ein Mietshaus hineinführt, das man in Deutschland „modern" nennt. Aus einem plötzlich haltenden BMW springt, beim Verlassen des Wagens kleiner werdend, ein starker, rötlicher Mann in kurzen Hosen und brüllt: „Das ist hier kein Wendeplatz, das ist mein Haus!" Also dies wurde bereits als territoriale Bedrohung empfunden?

Noch immer die Schimpfe, wenn man in Ettlingen bei Karlsruhe im Gemüseladen eine Tomate berührt, in Frankfurt im Wartesaal einen Koffer neben den Tisch stellt, am Wannsee beim Fleischer das Geld nicht auf die dafür gedachte Gummiunterlage legt oder irgendwo bei Rot über die Straße geht. In den Blicken dieser Menschen ist Angst, Unsicherheit und Haß, als hätte man sie seit Jahren täglich ausgepeitscht.

In Berlin sah ich alte Menschen in großen Sätzen, von ihren seit ein paar Jahren motorisierten Landsleuten wie Freiwild gejagt, über die Straßen förmlich springen. Ein mir bekannter 70jähriger Hausmeister wurde im vergangenen Jahr zweimal von Autos in die Luft gewirbelt.

Fragt man aus Europa zurückkehrende Urlaubsreisende vorsichtig, warum sie, was für die Mehrheit zutrifft, um Deutschland einen Bogen machten, so erfährt man, daß dies ohne Absicht geschah. Es ist nicht so, daß man aus Deutschland nur Unappetitliches („Kreislaufstörung, Selbstmitleid, Berufsverbot") hörte. Es ist nur so, daß einem beim Gedanken an träges Herumbummeln in alten Straßen, unter freundlichen Menschen, Deutschland beim besten Willen nicht einfällt. Man versuche dies auf den breiten Gehsteigen Berlins mit den sich, wie es scheint, seitlich vorwärtsbewegenden Personengruppen, stämmige Personen, die Frauen oft eine am Arm der andern, das Haar bläulich zerzupft – so laufend, daß sie ein ihnen in den Weg gewälztes Hindernis, einen Tank, ohne Mühe beiseiteschieben würden. Während man ihnen entgegenkommt, bleiben sie oft stehen, wenden sich, leicht aufstampfend, während man vorübergeht, um und stehen staunend, traubenförmig ungeordnet noch eine Weile beisammen, ehe sie kopfschüttelnd weiterziehn: als hätte seit tausend Jahren die Geschichte sie in Scheunen gefangengehalten, deren Tore sie soeben erst gröhlend aufstoßen konnten.

Ferner sah ich in der Kantstraße in Berlin einen Schotten, d.h. einen Deutschen, der sich in einen karierten Tweed-Anzug hineingezwängt hatte, so daß er, unter heftig geschwollenen Stirnadern, nach links oder rechts nur die Augen rollen, nicht aber den durch einen Spreizkragen bedrängten Nacken wenden konnte. Dazu Schottenmütze und Regenschirm. Daß dies vorher ausgedacht und nicht etwa ein Zufall war, konnte man daran erkennen, daß seine Frau ebenso gekleidet war.

Andererseits sehen die Personen, die in nachgemachten westdeutschten „Bistros" oder „Pubs" sitzen, etwas zu groß aus. Oft starren sie auf die andern Tische, in Erwartung von etwas Französischem oder Englischem. Schlacksig wollen sie sein wie Briten, anrüchig wie Franzosen, nur sie selber wollen sie lieber nicht sein.

Die Dimensionen stimmen nicht. Ein befreundeter Schriftsteller hat bei Köln eine sog. Villa mit einem Schwimmbecken von der Größe eines Bananenblattes. Das Schwimmbecken, in das ich einmal den Zeigefinger steckte, ist so tief wie ein Radiergummi, aber wenn man es im Gespräch im Garten unerwartet von oben betrachtet, sieht es so aus wie ein wirklicher „swimming pool" aussieht, wenn man über Hollywood zur Landung ansetzt, d.h. Schwimmbecken, Schotte und Gartenzaun in Waldbronn bedeuten mehr als sie sind.

Deutschland erlebt man als Ausland vor allem bei dem Versuch, in einem Restaurant zu essen. Man beobachte die Auswahl des Tisches durch eine das Lokal betretende Gruppe von zwei Paaren. Zunächst ist es erschreckend, daß diese nicht etwa an der Tür stehenbleibt, um von dort eine ruhige Auswahl zu treffen. Vielmehr dringt die Gruppe in den meisten Fällen, wobei sie sich sogar zerstreut, gleich weit in das Restaurant vor und unternimmt dann sehr unruhige Vorstöße in mehrere Richtungen zugleich, wobei leere Tische sozusagen versuchsweise von einzelnen Mitgliedern der Gruppe besetzt, schlampig wieder aufgegeben werden, da schamlose Zurufe, dirigierendes Winken mit Knirpsen, Handtaschen der andern, die oft sogar schon sitzen, sie zu Tischen rufen, an denen man sich sicherer fühlt. Bekannt ist die Abwesenheit von Pfeffer und Salz, Wasser

„He, Kümmeltürk, hier liegt noch Dreck!"

Aus: „Jeder hat das Recht" von Kurt Halbritter, Hanser-Verlag

und Brot an deutschen Tischen, sowie die eigenartige Sitte, mit dem Essen zu beginnen, ehe allen serviert ist.

Die Aufnahme der Nahrung geschieht hastig. Flüssigkeiten werden eingenommen bei gleichzeitig noch erfolgender Zermalmung des Speisebreis. Der Kauvorgang ist, besonders im Falle von einzeln Sitzenden, häufig begleitet von unruhigem Hin- und Herblicken der Augen, sogar zu Nebentischen, als drohe von dort ein Angriff. Bei diesem Hin- und Herblicken bleibt jedoch der Kopf starr, das Messer schwebt vibrierend in der Rechten über dem Teller. Während des Kauens findet eine Musterung des Tellers auf der Suche nach der nächsten, blitzschnell in den Mund nachgeschobenen Ladung statt. Schließlich: in der Sekunde der Vollbringung der Mahlzeit, noch schluckend, jähes Wegschieben des Troges. All dies erinnert an die Eßgewohnheiten von Schäferhunden.

Ferner: die Schmückung der Speisekarte mit exotischen Namen, hinter denen sich jeweils identische Speisen verstecken. Eine Scheibe Ananas, die man auf ein „Steak" gelegt hat, gilt als hawaiische Spezialität, die gleiche Sache mit einem Stück Paprikaschote als ungarisch, die gleiche Sache, zusammen mit Zwiebeln und Fettpartikeln von einer Metallstange durchbohrt, von der man sie wieder entfernen muß, als serbisch etc.: hier zeigt sich das seit 1945 unveränderte und übrigens verständliche Bedürfnis, wieder zur Welt hinzuzugehören. Bei einem Besuch in Dannenberg war die ganze Ortschaft englisch beflaggt, da man, obwohl sich kein Engländer treffen ließ, der Ansicht war, es sei eine Deutsch-Englische Freundschaftswoche. In allen deutschen Städten, vor Bahnhöfen oder Ausstellungshallen, über die wir besser nicht sprechen: flatternde Fahnen aller Nationen. „Wir sind alle Amerikaner", sagte, für alle Europäer sprechend, 1976 der westdeutsche Kanzler Schmidt. Sich selbst nannte er einen „Weltökonomen" (Augstein nannte Kissinger einen „Weltaußenminister", zugleich lacht man in Westdeutschland über das ostdeutsche Wort vom „Weltniveau").

Über die Sprache (shop, happy, stress, soft, City, Center, beauty salon etc. etc.) ein anderes Mal. Nachdem dieses Volk nahezu alles, was an ihm schön, liebenswürdig und zart war, verraten hat, verliert es nun auch seine Sprache. Bei einem Essen im Hause von Freunden teilte mir eine Westdeutsche, als ich sie fragte, warum sie darauf bestehe, mit mir Französisch zu reden, auf Französisch mit, sie spreche Französisch, da Deutsch eine arme Sprache sei. Bei Tisch wurde ferner die Ansicht vertreten, man solle in den Schulen statt Goethe lieber die „gesprochene Sprache" der „Comics" lesen. Die Servilität gegenüber dem Angelsächsischen ist in intellektuellen Kreisen offenbar ersetzt durch eine historisch fast verständliche Hörigkeit gegenüber dem Französischen, die man unerklärlicherweise nicht einmal in Gegenwart von Franzosen (es war eine Französin anwesend) verbirgt. Denn auf solche Hörigkeit ist ja kein Verlaß. Bei dem erwähnten Essen ging die Servilität gegenüber dem Französischen Hand in Hand mit einer Art berufseuropäischem Anti-Amerikanismus: ein peinliches Erlebnis, Westdeutsche als Europäer-vom-Dienst auftreten zu sehen, die vor einigen Jahren noch, während des amerikanischen Überfalls auf Indochina, als Amerikaner-vom-Dienst tätig waren. Ich mußte an das böse Churchill-Wort denken, demzufolge man die Deutschen immer nur in zwei Haltungen erlebt: entweder treten sie einem die Stiefel ins Gesicht, oder sie lecken einem die Stiefel.

In einem Ausflugslokal am Wannsee hörte ich am Nebentisch Teile eines lauten Gesprächs über jene Sache, die man „Urlaub" nennt. „Wir sind", sagte ein braungebrannter Herr, wozu seine Frau nickte, „diesmal einfach nach Paris geflogen, von da nächsten Tag weiter nach Rom, und dann mit einer Lufthansa-Charter nach Karatschi und Ceylon." Schon im Flugzeug, fuhr er fort, habe es ununterbrochen „freie Piccolos"gegeben, womit er Schaumwein meinte, sowie sogar, warf die Frau ein, freie Zahnbürsten für jeden. In Ceylon selbst die Hotels seien ausgezeichnet, der beste „Service", den sie je erlebt hätten, zum Beispiel habe jeden Morgen im Zimmer ganz frisch eine Sache gestanden, die ich nicht verstand, da hier ein sehr großer Hund, der dem Erzähler zu Füßen ruhte, anläßlich der Ankunft neuer Gäste plötzlich aufsprang und bellte. „Behandelt wird man dort", sagte er, „hervorragend, solange", – und hier hob er tatsächlich den Zeigefinger hoch und schaute ihn an, – „solange die Leute wissen, daß man aus Deutschland ist. Wenn sie denken, man sei Engländer, ist es aus." ■

Die neue LP von Degenhardt:

⊙ 2371 728 ☹ 3150 728
Wildledermantelmann

Lieferbare LP's:

Spiel nicht mit den Schmuddelkindern	⊙ 237 816
Väterchen Franz	⊙ 237 829
Wenn der Senator erzählt	⊙ 237 834
Degenhardt-Live	⊙ 249 268
Im Jahr der Schweine	⊙ 249 331
Die Wallfahrt zum Big Zeppelin	⊙ 2371 138
Mutter Mathilde	⊙ 2371 254
Kommt an den Tisch unter Pflaumenbäumen	⊙ 2371 380
Mit aufrechtem Gang	⊙ 2371 599
Meine Lieblings-Songs	⊙ 2371 466

polydor
Aus dem Hause Deutsche Grammophon Gesellschaft

BERUFSVERBOT –
ein bundesdeutsches Lesebuch
FT 15, 214 Seiten 14,80 DM

NEUERSCHEINUNGEN

J.P. Stössel, Der Grund zum Leben,
Gedichterzählung, Grafik: Zingerl
FT 12, ca. 130 S., ca. 12,80 DM

David Erlay, Verwunschene Gärten
Roter Stern. Heinrich Vogeler
Dokumentarische Biografie
FT 16, ca. 60 Seiten

Wolfgang Bittner, Probealarm
Politische Gedichte, Grafik Evezard
FT 13 9,80 DM

Wolfgang Bittner (Hg.)
Astel Böll Degenhardt
Drewitz Fried
Halbritter Hannover Kittner
Mechtel Ostermeyer
Parnass Schütt Spoo
Staeck Ulrichs
Volland Wallraff Zahl
Zingerl Zwerenz

Strafjustiz

Ein bundesdeutsches Lesebuch

VERLAG ATELIER IM BAUERNHAUS
2802 FISCHERHUDE

Schallplatten

Klaus Merque

Plattentips

Neulich hab ich einen gesehn, der aussah wie einer, der die „Frankfurter Rundschau" liest und noch lieber KONKRET, und der dennoch unentwegt vor sich hinträllerte „Marlen, einer von uns beiden muß jetzt gehn..." Als ich genauer hinsah, erkannte ich ihn: mich.

Will sagen: Musik und kritisches Bewußtsein – das ist ein weites Feld. Und tröste mich damit, daß ich mir in den letzten Wochen keine Platte von Marianne Rosenberg angeschafft habe, sondern, zum Beispiel, weil ja nach Mozart und vor Bob Dylan nicht viel war:

Bob Dylan
Hard Rain
CBS 86016

Nicht mehr brandneu, gewiß, aber darum kümmere ich mich so wenig wie die meisten Hörer. Dafür wieder ein paar Neueinspielungen alter Dylan-Songs wie „Lay, Lady, Lay" und „I Threw It All Away" (von der zu früh vergessenen LP „Nashville Skyline"), die ja die eigentliche Sensation Dylan enthüllen: Die stimmliche, lyrische, musikalische, intellektuelle Vertiefung eines einmal festgehaltenen Themas. Schönstes Beispiel: Die vier eingespielten Versionen von „Just Like A Woman" (unter andrem mit George Harrison beim Bangla Desh-Konzert und mit The Band).

Wer nicht Englisch singt, wer aus „I Threw It All Away" ein „Ich warf alles weg" machen muß, hat's schwer, weil guter Pop Volkskunst ist und das Volk wohl (in USA) Englisch, nicht aber (in Deutschland) Deutsch spricht, sondern Bayrisch und Hessisch, und Kölsch und Platt. Oder, in der Ostmark, Österreichisch. Einer, der so singt, ist

Georg Danzer
Jö schau...
CBS S81749

Ein runder Wurf der Titelsong „Jö schau, so a Sau, Jessas na – wos mocht a Nacketer im Hawelka", schön auch „Oide, i hoid auf di". Die paar hochdeutschen Stücke sind leider bloß noch leicht geadelte Heck-Parade: Rex von Gildo.

Was dann wieder auf Deutsch geht und nur auf Deutsch, soll hier nicht besprochen, sondern nur annonciert werden:

Wolf Biermann
Das geht sein' sozialistischen Gang
CBS 88224
(Doppelalbum)

Denn wir habens alle gesehen. Pech für Biermann wie für uns, daß sein (mein) schönstes Lied, der preußische Ikarus, in Köln (und folglich auf der Platte) nur angespielt ist.

In der BRD ist Biermann gemeinsam mit Daniel Viglietti, seinem Kollegen aus Uruguay, aufgetreten. Von diesem ist erschienen:

Daniel Viglietti
Uruguay-Lieder
für mein Amerika
Verlag „pläne"
S88122

Mit Stimme und Gitarre Volkslieder und (überwiegend) eigenes, sanftes, kämpferisches, trauriges. Aus einem Erdteil, wo Rechnungen noch ganz einfach aufgehen, z.B.: Volk = links, Volkslied = linkes Lied, Gitarre = Knarre. Und was für eine.

Bei uns muß man solche Gleichungen in der funk- und fernsehlosen Zeit suchen. Dort freilich findet man sie, und mehr als der durch Ännchen von Tharau verdorbene Kopf erwartet. „Ich bin Soldat und bins nicht gerne" z.B. singen

Zupfgeigenhansel
Volkslieder
I und II
Verlag „pläne"
S19F901/02

Und was wir auch nicht in der Schule hatten: „Und die Moral von der Geschicht/Trau nicht des Pfaffen Arschgesicht." Ein kräftiger Kontrast zur offiziellen musikalischen Gutsverwaltung, der sich Walter Scheel und andere Fischerchöre angenommen haben.

Natürlich lebt das Volks-Lied auch in Teilen Europas noch, in Italien zum Beispiel. Eine faszinierende Anthologie auf nur einer LP (aber mit 32 Stücken) ist

Le Canzoni di Bella Ciao
Trikont L4

Mit Liedern der Arbeit, der Liebe, aus dem Gefängnis, aus dem Krieg und aus den Klassenkämpfen. Zu Beginn die schönste Aufnahme von „Bella Ciao", sowohl in der Urfassung als auch in der Partisanen-Version.

Nicht ganz so urig, etwas gepflegter die LP von

Il Contemporaneo
Verlag „pläne"
S88101

Auch sie beginnt mit „Bella Ciao", bringt dann aber neuere politische Lieder, wie eine sehr gute Aufnahme von „Comandante Che Guevara". Um so aggressiv und doch selbstbewußt singen zu können, muß man eine starke Klasse hinter sich wissen.

Eine verprügelte Linke singt selten. Lacht sie? Und worüber? Immer nur über Kohl? Ich weiß nicht. Ich habe versucht zu lachen über

Talk täglich
Von und mit
Dieter Hildebrandt
und
Werner Schneyder
Teldec 628322
(Doppelalbum)

Es ist mir über Strecken gelungen. Der Juso-Song (auszugsweise zitiert in KONKRET 3/77) ist Spitze, das „Planspiel über Lohn & Preis", „Die Oper ist bezaubernd schön" auch. Anderes, insbesondere die Schneyderschen Mühen beim Spritzigsein, weniger. Mehr Hildebrandt – auch als Texter – wäre (noch) mehr gewesen.

Völlig zu Unrecht von einer arroganten Jugend abgehakt ist ein Show-Profi, von dem die bei uns so gefragten US-Unterhalter noch manches lernen könnten – und Freund Otto erst recht:

Heinz Erhardt
Was bin ich wieder
für ein Schelm
Teldec 628019
(Doppelalbum)

Erst reibt er sich Morpheus Arme aus den Augen, wirft sich den Hut um die Schultern (und das lange vor Theo Sommer!) und geht in den Wald, wo er auf diesen Satz und mich durch die Kniescheibe trifft: „Der Hase ist ebenso furchtsam wie schmackhaft."

„pläne„

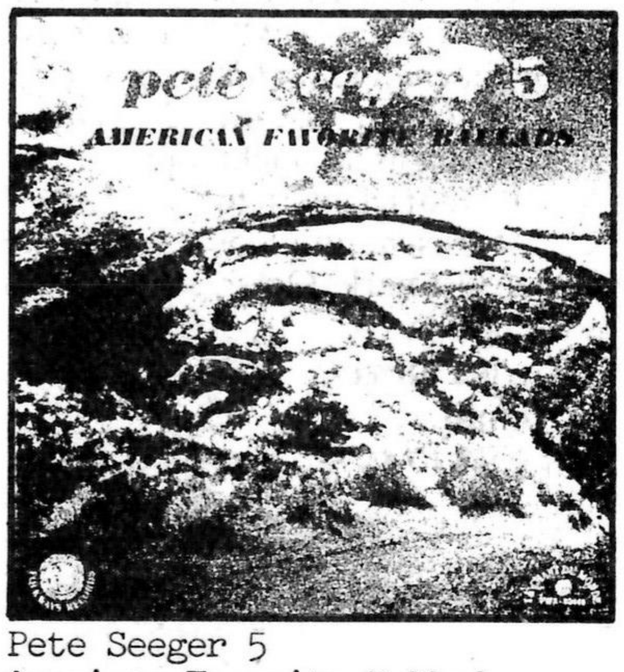
Schallplatten und MusiCassetten für Kopfhörer. In jeder guten Fachhandlung und direkt vom Verlag zu beziehen.

Dieter Süverkrüp
Süverkrüp L I V E
Warum wird so einer Kommunist?
Best.-Nr. L22304 MC L2304
30-cm-LP, stereo

Gruppe " Z "
Lieder aus Griechenland
Best.-Nr. L88119 MC L8119
30-cm-LP, stereo
mit Textbeilage

Brecht - Songs
mit Gisela May
Best.-Nr. L825797
30-cm-LP, stereo

Hanns Eisler
Lieder mit Sonja Kehler
Best.-Nr. L885087
30-cm-LP, stereo



Pete Seeger 5
American Favorite Ballads
Best.-Nr. L52445
30-cm-LP, stereo

Irish Pubs Music
Best.-Nr. L53575
30-cm-LP, stereo

Verlag „pläne„ GMBH
Braunschweiger Str. 20
4600 Dortmund
Tel.: 0231 · 81 89 25

pläne

GESAMTVERZEICHNIS anfordern!

berliner EXTRA dienst

Willy Brandt hält dafür, wir seien kein Organ, in dem „Sozialdemokraten sich artikulieren sollten".

Nachdem wir jüngst „dasda" auf die Finger klopften, orteten uns die Röhl-Brothers als in Richtung SED/DKP driftend.

Die SEW meinte anläßlich der Biermann-Diskussionen in unserem Blatt, uns in der „widerlichen Mitte"(Lenin) ansiedeln zu müssen.

Die Trotzkisten der GIM vermuten, wir seien nun auf „Kurs Eurokommunismus".

Für die Maoisten sind wir das Zentralorgan des KGB schlechthin. Für den „Bayernkurier" Bolschewisten. Und für Pg Frey von der „Nazionalzeitung" mal die Nachhut Willy Brandts, mal die Vorhut Leonid Breschnews.

MACHEN SIE SICH SELBST EIN BILD.

Vielleicht halten Sie' s dann mit dem Westberliner „Tagesspiegel", der mal schrieb, EXTRA-Dienst sei ein „Organ für höherenorts unerwünschte Nachrichten". Zweimal die Woche. Dienstags und freitags randvoll mit aktueller Information, Hintergrund, Analyse, Dokumentation. Exklusivem. 56 Seiten pro Woche. 9 DM pro Monat.

DAS KÖNNEN SIE SICH LEISTEN.

☐ Ich bestelle den berliner EXTRA-Dienst für mindestens 6 Monate. Ich nehme zur Kenntnis, daß das Abonnement sich um jeweils 3 Monate verlängert, wenn es nicht spätestens einen Monat vor Ablauf der Verpflichtungszeit gekündigt wird.

Name . . . . . .

Straße . . . . . .

Ort . . . . . .

Datum . . . . . .

Unterschrift . . . . . .

☐ Ich möchte noch kein festes Abonnement aufgeben, sondern erst eine Probenummer haben.

Ausschneiden und einschicken an:
Verlag + Druck Informdienst GmbH,
Pfalzburger Straße 20, 1000 Berlin 31

Satire

Heiteres Berufsverbote-Raten

Und nun, wie immer live gesendet: Unsere beliebte Unterhaltungssendung „Was bin ich?" – das heitere Berufsverbote-Raten nach Robert Lembke.

Robert: Grüß Gott, verehrte Zuhörer. Ich freue mich, Ihnen den ersten Gast in unseren heiteren Berufsverbote-Raten vorstellen zu dürfen. Grüß Gott, Herr Vorbeck, nehmen Sie bitte Platz und hier ist auch Ihr Schweinderl.

Ja liebe Zuhörer, Malte Vorbeck ist 33 Jahre alt und von Beruf Vermessungstechniker bei den Gas- und Elektrizitätswerken der Stadt Köln. Seit anderthalb Jahren ist Malte Vorbeck arbeitslos. Warum ihn die Kölner Stadtwerke nicht mehr beschäftigen, das ist eine kniffelige Aufgabe für unser bewährtes Rateteam. Marianne, willst du anfangen?

Marianne: Ja. Gehe ich recht in der Annahme, daß Sie nicht freiwillig arbeitslos sind, Herr Vorbeck?

Vorbeck: Ja, Marianne.

Marianne: Das heißt: die Stadtwerke haben Ihnen gekündigt?

Vorbeck: Ja, Marianne.

Marianne: Haben Sie gegen die Kündigung beim Arbeitsgericht geklagt?

Vorbeck: Ja.

Marianne: Mit Erfolg?

Vorbeck: Ja.

Marianne: Dann sind Sie ja schon wieder flott am Arbeiten, Herr Vorbeck?

Robert: Nein Marianne. 5 Mark ins Schweinderl! (Klingeling) Dann wäre jetzt Guido dran, unser schlauer Fuchs aus der Schweiz.

Guido: Jaaa. Darf ich davon ausgehen, daß die Stadtwerke gegen das Urteil Revision eingelegt haben.

Vorbeck: Ja, Guido.

Guido: Und in zweiter Instanz haben die Stadtwerke dann Recht bekommen?

Robert: Nein Guido. 5 Mark ins Schweinderl! (Klingeling) Annette, du fragst weiter.

Annette: Dann sind Sie ja schon wieder flott am Arbeiten, Herr Vorbeck?

Robert: Nein, Annette. Macht wieder 5 Mark. Dann ist die Reihe jetzt wohl an Hans.

Hans: Danke sehr. Na Malte, jetzt mal ganz offen von Mann zu Mann: Haben Sie vielleicht eine Dummheit gemacht? Irgendwas Radikales oder so?

Vorbeck: Jein.

Hans: Aber fürs Wasserwerk sind Sie sozusagen ein Sicherheitsrisiko.

Vorbeck: Ja.

Hans: Haben Sie vielleicht mal – also ich als kleiner Junge, ich hätte immer gern gewollt – wissen Sie, so einfach ins Wasserreservoir...

Robert: Neinneinnein. Fünf Mark ins Schweinderl. Aber wir sind auf der richtigen Fährte. Also los, Marianne!

Marianne: Ehrlich, Malte, haben Sie vielleicht die Kanalisation der Stadt Köln kommunistisch unterwandert?

Robert: Nein. (Klingeling) Guido!

Guido: Haben Sie im Gaswerk möglicherweise Gasmasken für Terroristen geklaut?

Robert: Nein. (Klingeling) Annette!

Annette: Haben Sie vielleicht, auf Grund

Ihrer Tätigkeit, verwässerte Anschauungen vom Grundgesetz verbreitet?

Robert: Nein. (Klingeling) Hans!

Hans: Ist zu befürchten, daß Sie dem Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz den Strom abgedreht haben, abdrehen oder abdrehen werden?

Robert: Nein. (Klingeling) Und schon wieder Marianne.

Marianne: Es muß also was Schlimmeres sein. Haben Sie etwa regelmäßig KONKRET gelesen?

Robert: Nä. (Klingeling) Und jetzt Guido, unser schlauer Fuchs aus der Schweiz.

Guido: Also, wenn Sie mich fragen, ich würde sagen: das riecht hier doch alles sehr nach einer kleinen Jugendsünde. 68 Krawall gemacht, hä?

Robert: Nein. (Klingeling) Annette!

Annette: Ich passe. Ich habe keine Ahnung, warum dieser Mann nicht arbeiten darf.

Robert: Gut, Annette verzichtet. Dann fragt Hans weiter. Hans, du bist Staatsanwalt, du wirst schon irgendwas finden.

Hans: Herr Vorbeck. Leben Sie mit einer Frau zusammen?

Vorbeck: Ja.

Hans: Hat diese Frau etwas auf dem Kerbholz?

Vorbeck: Jein.

Hans: „Jein", das heißt: nicht sie selbst, sondern jemand anders.

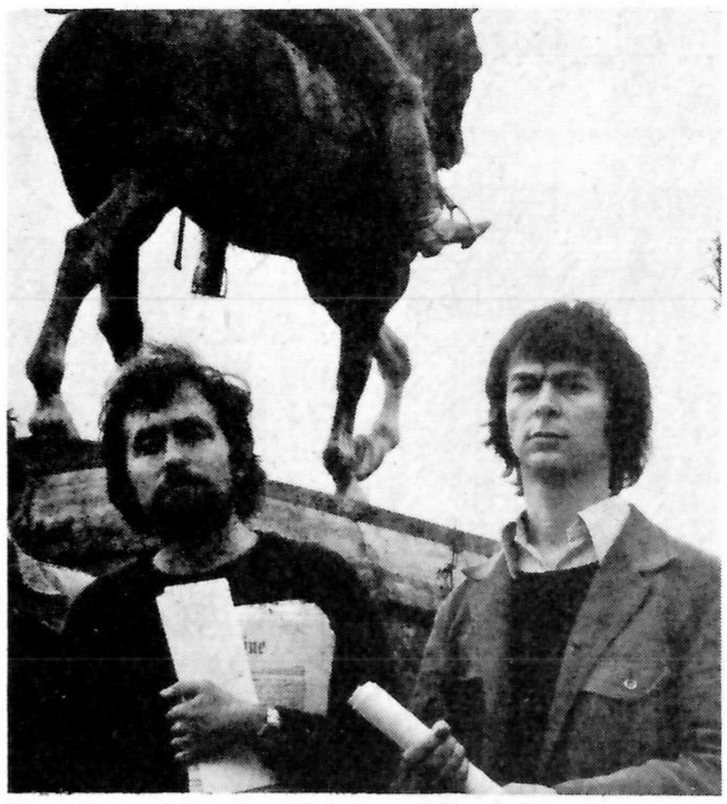
Vorbeck: Ja.

Hans: Sehen Sie, Herr Vorbeck, wir kommen der Wahrheit näher.

Vorbeck: Ja.

Hans: Geben Sie also zu, daß Ihre Partnerin eine Schwester hat?

Vorbeck: Ja.



Hans Conrad Zander (links) und Georg Bungter

Hans: Geben Sie weiter zu, daß die Schwester der Frau, mit der Sie zusammenleben, in Untersuchungshaft sitzt.

Vorbeck: Ja.

Hans: Ergo geben Sie zu, daß Sie, wenn Sie verheiratet wären mit der Frau, mit der Sie zusammenleben, daß Sie dann nichts Geringeres wären als der leibhaftige Schwager von Gudrun Ensslin?

Vorbeck: Ja, und?

Hans: Antworten Sie gefälligst mit Ja oder Nein.

Vorbeck: Jawohl.

Hans: Mein lieber Herr Vorbeck. Das wäre ja noch schöner, wenn in unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat jemand beim Gaswerk Techniker bleiben könnte, der in einem schwagerähnlichen Verhältnis mit Gudrun Ensslin lebt.

Ja verehrte Hörer. Das war für heute unser heiteres Berufsverboteraten nach Robert Lembke. Ich hoffe, es hat Ihnen Spaß gemacht, und ich bin sicher: Es wird Ihnen auch in Zukunft noch viel viel Spaß machen. Guten Abend. ■

Zeichnung: Marunde

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift berichtete in den letzten Nummern über:

+ *Neue Weltwirtschaftsordnung: Veränderungen für die Dritte Welt?*
+ *VR China: Innenpolitische Konflikte — Außenpolitik*
+ *Nestle = Babykiller?*
+ *Kuba: Eindrücke eines Arbeitsaufenthalts*
+ *Frauen in der Dritten Welt*
+ *Aufbau in kürzlich befreiten Ländern.*

Außerdem geben die „blätter des iz3w"

+ *regelmäßig Anregungen zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der 3. Welt um Freiheit und Unabhängigkeit*
+ *Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit.*

Jahresabonnement bei 8 Nummer mit 40-60 Seiten:
DM 28,–/ öS 200,–/ Sfr. 28,80
(für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–/ öS 140,–/ Sfr. 20,40)

Informationszentrum
Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg
Telefon: 0761 / 7 40 03
Probeexemplar anfordern!

Ästhetik und Kommunikation

Jahres plan '77

27 Kindermedien (Ende März 1977)

28 Fotografieren

29 Ausbildung

30 Ästhetische Praxis/ Alltagsverhalten

Ästhetik und Kommunikation
Redaktion und Verlag
Bogotastraße 27, 1000 Berlin 37
Telefon 030/8028789

Ästhetik und Kommunikation ab Heft 24,– DM jährl. 4 Hefte; Einzelpreis 7,50 DM

Ich abonniere

Absender
PLZ Ort
Datum Beruf
Straße
Unterschrift

Ästhetik und Kommunikation
Beiträge zur politischen Erziehung

Hermann L. Gremliza's

konkret ex-press

Gazetten dürfen nicht genieret werden.

Hier haben sich nicht drei als Dressmen beim Deutschen Wollsiegel-Institut durchgefallene Bewerber zum Erinnerungsphoto aufgestellt, es handelt sich vielmehr um zwei stellvertretende und einen von ihnen zu vertretenden Chefredakteur einer Hamburger Wochenzeitung, die zusammen mit Friedrich dem Großen, dessen Meinung zur Prügelstrafe aber doch eine etwas skeptischere war, Anzeigenmodell stehen. Damit man sieht, daß sie auch so aussehn, wie sie schreiben. Wie konnte unter diesen Dreien bloß der Chefredakteur ermittelt werden? Vermutlich wurden sie einem kombinierten Intelligenz-Diabetes-Test unterworfen – wer den Reagenzstreifen nicht auffraß, hatte gewonnen: **Theo Sommer** (r.).

Wer erinnert sich noch daran, daß die Baader-Meinhof-Terroristen den Staat so gefährdeten, daß der sich daraufhin mit ein paar hundert Millionen Mark zum letzten Gefecht rüsten mußte, vor allem gegen diese Symphatisanten, die die Bedrohung verharmlosen wollten. Gut ein Jahr danach schreibt **Herbert Kremp** zum Fall Traube in der „Welt":

Die Bombenbasteleien der Baader-Meinhof-Bande erinnern in diesem Zusammenhang ans Dampfzeitalter.

Und am selben Tag amüsiert sich in der „Frankfurter Allgemeinen" der Staatsschutz-Redakteur **Friedrich Karl Fromme** über

den guten alten Dampfterrorismus (mit Sprengstoff, Weckern und allenfalls Maschinenpistolen).

Es fehlte halt das Allernotwendigste: Leitartikler.

Und gar Feuilletonisten, wie dieser **„Welt"**-Redakteur:

Papier ist geduldig, sagt man. Offenbar aber auch die deutsche Sprache und noch mehr diejenigen, die sie sprechen.

Ein Satz, der seine Wahrheit in sich trägt, denn dem Verleger, der dies erscheinen ließ, müßte das Papier ausgehen, wenn diejenigen, die geduldig *ist*, darauf bestünden, daß sie es *sind* und beschlössen, es nicht länger zu sein. Und sich dies zu ersparen:

Man kann heute getrost zu einem Löwen Kamel sagen, und nur wenigen fällt das überhaupt auf. Da gibt es eine Wählerliste, die überall unter dem harmlosschafsäugigen Namen „Gewerkschaftlich orientiert" firmiert. Bei näherem Studium läßt sich freilich nur mit fest zugedrückten Augen übersehen, daß diese Liste fast ausschließlich mit Mitgliedern des orthodox-kommunistischen MSV Spartakus besetzt ist.

Man kann also getrost einen Marxistischen-Studenten-Bund (MSB) einen Meidericher Spielverein (MSV) nennen, wenn man näher studiert, das heißt: ein Auge zudrückt. Nur wenigen fällt das überhaupt auf. Und überhaupt niemand fällt was auf, wenn die „Welt" sagt, die Gewerkschafts-Liste sei ein

Trojanischer Einfall.

Abgeleitet von jenem Kamel, das die Griechen Pferd nannten, was ihnen die Trojer, die Schafe, glaubten. So war das trojanische Pferd ein griechischer Einfall, während der trojanische Einfall schon damals ein Reinfall war.

Wenn aber der Kollege vom Feuilleton sowas darf, will auch der Leitartikler **Georg Schröder** mitmachen:

Schon sehen wir, daß die Sozialdemokraten sich in den Strudeln zwischen Scylla und Charybdis befinden.

Schröder, setzen! Die Skylla (mit k) war eine Felsklippe in der Straße von Messina (bewohnt von einem Ungeheuer), die gegenüberliegende Charybdis tatsächlich ein Strudel und zwischen beiden die Fahrrinne, durch die Jason, Odysseus und Aeneas ins Äolische Meer gelangten. Schwerer haben es, auf ihrem Weg in die griechische Mythologie, die trojanischen Einfallspinsel der Bildungsbürgerpresse, die vor einem halben Jahrhundert schon die Warnung von Karl Kraus ignorierten, daß ihnen zwischen Skylla und Charybdis unter anderem die Gefahr drohe, sie miteinander zu verwechseln.

Zurück zu Herrn **Schröder** und der „Welt":

Schon kann es keinen Zweifel mehr daran geben, daß die Observierung des mit gemeingefährlichen Terroristen befreundeten Atomphysikers und Managers Traube zu einem Politikum allerersten Ranges geworden ist.

Es war also klar, daß Traube den Terroristen gekannt hat, bevor dieser einer wurde, daß Traube mit dem Terroristen, auch bevor dieser einer wurde, nicht befreundet war, daß nicht bloß observiert, sondern daß bei Traube eingebrochen wurde. Schon gab es auch keinen Zweifel mehr daran, daß Traube nie Atomphysik studiert hat, sondern Maschinenbau. Aber vielleicht war das nur mir klar, der ich während meines Studiums eine Arbeit über die Falschmelde-Technik des „Völkischen Beobachters" schreiben mußte.

Zwei Tischnachbarn aus dem Salon der Gabriele Henkel, nämlich „Professorchen" Wapnewski und „Grüß Sie, lieber Hochhuth", werfen sich in der **„Zeit"** mit Wattebäuschchen:

Lieber Herr Professor, Ihnen und uns allen herzliche Glückwünsche zu dem Essay, mit dem Sie die deutsche Lyrik wiederherstellen wollen, eine hoffentlich epochemachende Arbeit; jedenfalls auch dann, wenn sie folgenlos bliebe...

Aber epochemachende Arbeiten, die folgenlos bleiben, verrichtet auch der Hochhuth ununterbrochen:

Es kann ja ein dichtender Jüngling diese totale, diese durchaus erotische Befriedigung nicht empfinden, die sich einstellt nur dann

wenn die Einladung zum Salon Gabriele kommt? Nein:

wenn man ein Problem, ein Gefühl, einen Gedanken, die sich als Aphorismus nicht sagen lassen,

weil der Plural schwerfällt oder die Aphorismusen nicht jeden Erotiker küssen,

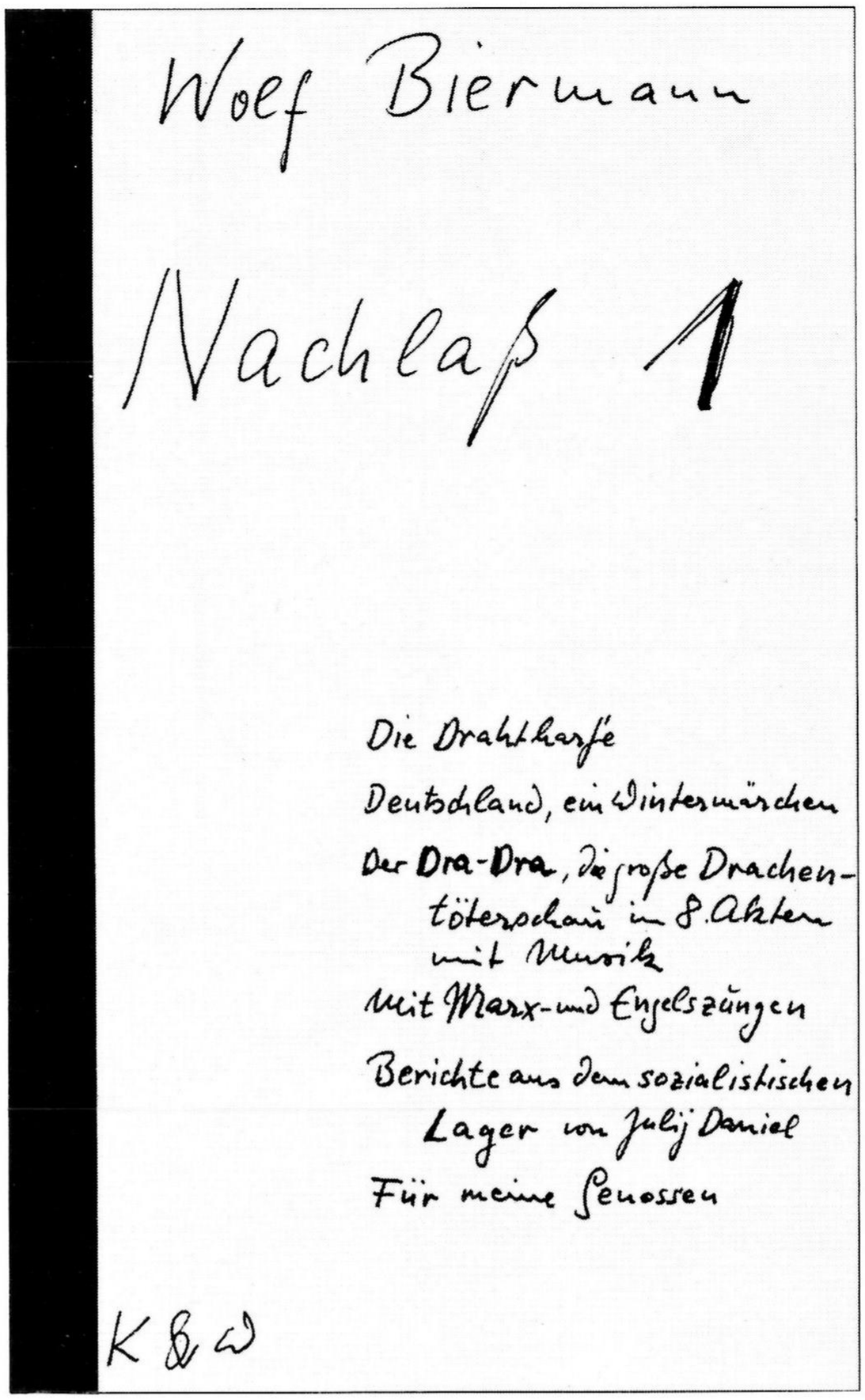
in die nächstknappste Form gezwungen und sich damit von ihm oder ihnen

oder Ihnen?

befreit hat.

Vom Gedanken befreit sind Hochhuth und Wapnewski... Jetzt liegen nur das Problem und das Gefühl noch herum. Aus dem Problem machen wir ein nächstknappstes zeitgeschichtlichstes Stück, aus dem Gefühl einen epochemachendsten Leserbrief. Hach Du! ■

konkret Heft 5 erscheint am 28. April 77



Wolf Biermann
Nachlaß 1

Noten, Schriften, Beispiele

Nachlaß 1 stellt eine vollständige chronologische Sammlung aller bisher erschienenen Bücher von Wolf Biermann dar. Der Band enthält ein Vorwort des Autors zu der Frage, weshalb er seine Werke unter dem Stichwort „Nachlaß" zusammenfaßt. Ferner die bisher nur als Einzelausgaben erschienenen Bücher: Die Drahtharfe; Deutschland, ein Wintermärchen; Der Dra-Dra – Die große Drachentöterschau in 8 Akten; Mit Marx- und Engelszungen; Berichte aus dem sozialistischen Lager von Julij Daniel; Für meine Genossen; Das Märchen vom kleinen Herrn Moritz, der eine Glatze kriegte.
Die Lieder, Balladen und Songs werden ergänzt durch eigenhändige Notenschrift des Autors.
Fortgesetzt wird die Edition, die in drei Bänden erscheinen wird, mit den frühen Gedichten Wolf Biermanns und seinen noch unveröffentlichten oder noch nicht in Buchform vorliegenden neuen Gedichten und Liedertexten.
480 Seiten, Leinen DM 28,–

Exil

Die Ausbürgerung
Wolf Biermanns aus der DDR
Eine Dokumentation

Herausgegeben von
Günter Wallraff und
Peter Roos

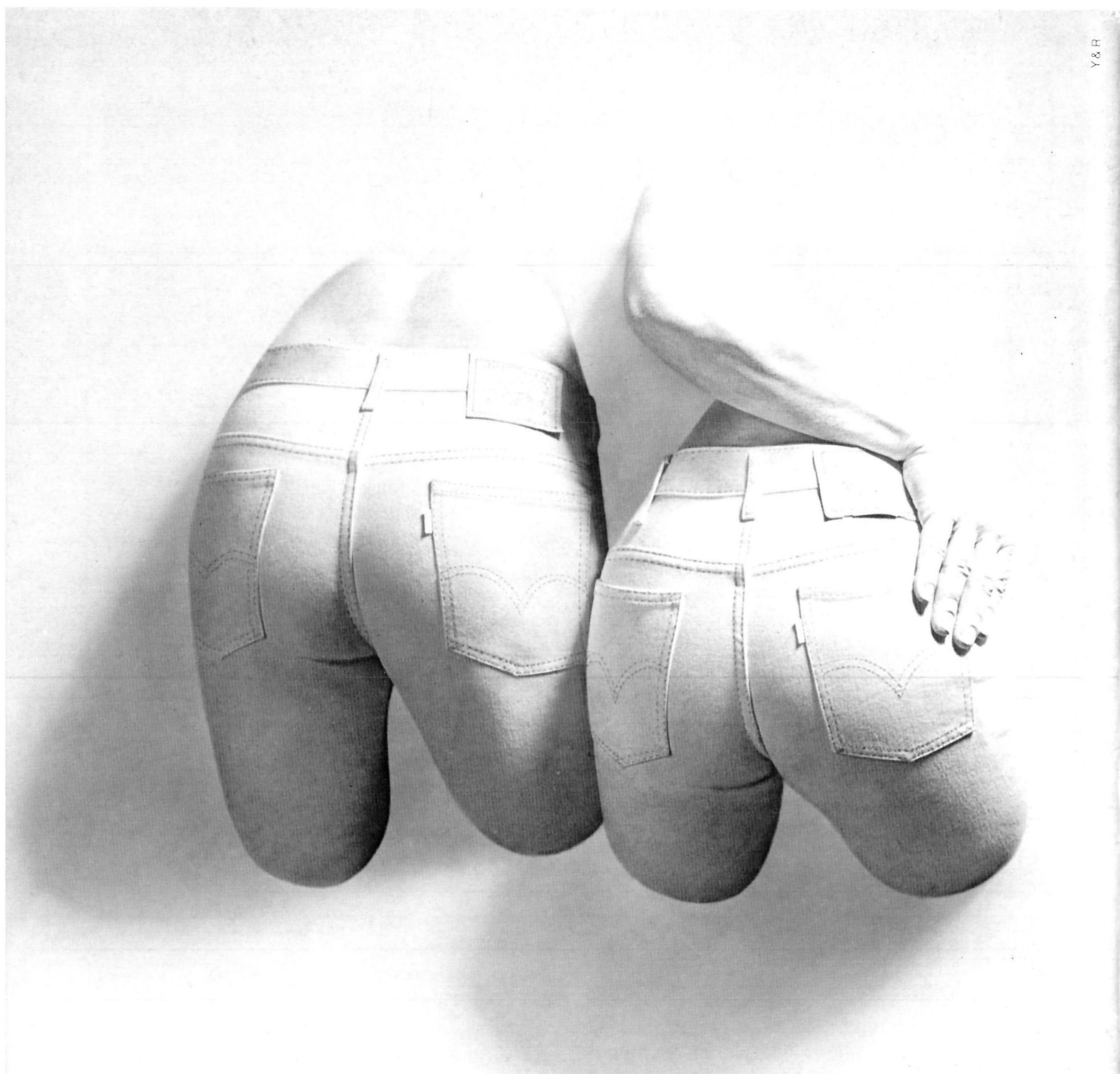
Kiepenheuer & Witsch

Exil

Die Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR
Eine Dokumentation
Herausgegeben von Günter Wallraff
und Peter Roos

Dieses Buch dokumentiert die Ausbürgerung von Wolf Biermann, wie sie sich in der Presse der DDR und der Bundesrepublik und in der internationalen Presse darstellt. Es belegt das Verhalten der DDR-Behörden ebenso wie die Solidaritätsbekundungen für Biermann in Ost und West und die Folgen, die die Solidarisierung für Angehörige, Freunde und Genossen Biermanns hat.
200 Seiten, Broschur DM 10,–

K&W
Verlag Kiepenheuer & Witsch



Levi's zeigt Ihre beste Seite am besten

Levi's